

Inhalt

Einführung	2
1. Migrantinnen und Migranten im Stadtbezirk Mülheim	5
1.1 Einwohner/innen des Stadtbezirks Mülheim	5
1.2 Schule und Ausbildung	21
1.3 Arbeitslosigkeit	35
1.4 Sozialhilfebezug	40
1.5 Wohnungsversorgung	60
2. Lebenslagen und soziale Integration der Migranten	63
2.1 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	63
2.2 Familien	68
2.3 Ältere Generation	77
2.4 Flüchtlinge in Wohnheimen	81
2.5 Bedeutung des Islam für Migrantinnen und Migranten moslemischer Religionszugehörigkeit	87
2.6 Selbstorganisationen und Moscheenvereine	88
2.6.1 Selbstorganisationen / Migrantenvereine	88
2.6.2 Moscheenvereine	91
2.7 Türkische Selbständige – Wirtschaftspotenziale am Beispiel der Keupstraße	95
2.7.1 Unternehmerbefragung Keupstraße	98
3. Angebotsstruktur und Kooperationsprojekte zur Verbesserung der Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten	107
4. Handlungsfelder	129
5. Literatur	133

Einführung

In Köln leben heute 177875 (17,4 %) Menschen mit Migrationshintergrund aus 191 Ländern. Es sind ehemals als Gastarbeiter angeworbene Arbeitskräfte und ihre nachgezogenen Familien, Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen, Asylbewerber, Roma und Sinti, jüdische Kontingentflüchtlinge aus Russland und Zuwanderer / Spätaussiedler aus der GUS.

Aus demographischen, wirtschaftlichen und globalen politischen Gründen werden auch künftig die Bevölkerungsanteile mit ausländischer Herkunft zunehmen und zwar vor allem in den großen Städten. Die Gestaltung der Zuwanderung bildet daher eine wichtige Querschnittsaufgabe jeder zukunftsorientierten Stadtpolitik.

Dies gilt in besonderer Weise für Stadtbezirke im Strukturwandel wie Mülheim, in dem 26659 Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, und unterschiedlicher kultureller, religiöser, ethnischer und sprachlicher Herkunft leben, das sind 18,4 % der Gesamtbevölkerung des Stadtbezirks. Der größte Anteil der Zuwanderer kommt aus der Türkei und lebt teilweise bereits in der 3. Generation in Deutschland. Viele von ihnen sind ökonomisch und sozial integriert. Aufstiegsmobilitäten zeigen sich z.B. an der Bildung eines ausländischen Mittelstandes, an verbesserten Bildungsabschlüssen der Jugendlichen, an vergleichsweise ausgeprägten Selbsthilfepotenzialen sowie an ihrer Konsum- und Wirtschaftskraft, die inzwischen eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielen. Dennoch haben Jahrzehnte der Einwanderungsrealität nichts daran geändert, dass große Teile der Einwanderer und ihrer Kinder nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch ökonomisch und sozial Wohn- und Wirtschaftsbürger "zweiter Klasse" geblieben sind.

Gegenüber dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung haben sie in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Partizipation deutlich schlechtere Chancen und leiden unter vermehrten Ausgrenzungsrisiken .

Vor diesem sozio-ökonomischen Hintergrund der Zuwanderung wurde im Auftrag der Bezirksvertretung des Stadtbezirks Mülheim unter der Federführung des Interkulturellen Dienstes des Bezirksjugendamtes Mülheim ein Bericht zu den Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten im Stadtbezirk Mülheim erstellt. Der Bericht konzentriert sich dabei im wesentlichen auf Bereiche, die für die soziale und berufliche Integration der Migranten von besonderer Bedeutung sind: Bildungssituation, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Sicherung des Lebensunterhaltes, Infrastrukturversorgung. Wichtig ist, dass er auch die sozialen und ökonomischen Selbsthilfepotenziale beschreibt.

Aber auch die Darstellung von türkischen Wirtschaftspotenzialen ist Bestandteil dieses Migrantenberichtes. Sie sind zunehmend ein bedeutender ökonomischer und sozialer Faktor in der Stadt und vor Ort in Mülheim.

Türkische Selbständige tragen zur Belebung der Kölner Wirtschaft bei und sind mit ihrer lokalen Ökonomie aus Stadtteilen und Quartieren nicht mehr wegzudenken. In Mülheim steht hierfür exemplarisch die Keupstraße. Sie hat sich zu einem türkischen Versorgungszentrum entwickelt, dessen Anziehungskraft weit über die Stadtgrenzen hinaus geht.

Dies bestätigen auch die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, die das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln ausgewertet hat. Die Antwort der Befragung beinhaltet Handlungsempfehlungen zu den Bereichen Parkplätze, Erscheinungsbild und Bürokratie.

Für die Fokussierung auf die türkische Wohnbevölkerung im Migrantenbericht waren folgende Aspekte ausschlaggebend: Migranten türkischer Herkunft bilden die größte Zuwanderergruppe im Stadtbezirk und ihre benachteiligte soziale Lebenssituation erfordern besondere Integrationsmaßnahmen.

Die Lebenslagen der Migrantinnen und Migranten sind in dem Bericht auf der Grundlage von Fachliteratur beschrieben. Sie treffen aber in besonderer Weise auf den Stadtbezirk Mülheim zu. Die industrielle Umstrukturierung zeigt bis heute ihre Auswirkungen in hoher Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit, von denen besonders Zuwanderer betroffen sind. In Siedlungen und Stadtteilen mit hohem sozialen Wohnungsbaubestand, wie z.B. Buchforst und Buchheim hat die Zuwanderung von Migranten aus eher bildungsfernen Schichten zu einer sozialen Umstrukturierung beigetragen.

Der Migrantenbericht soll als Grundlage für eine interkulturell ausgerichtete Gestaltung der Zuwanderung durch die Politik dienen, denn erst verlässliche Daten über die verschiedenen Aspekte und Themenbereiche der Zuwanderung ermöglichen eine Planung und Bereitstellung der zur Integration notwendigen Ressourcen. Vorrangiges Ziel sollte sein, die Bemühungen um eine lebensweltliche Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu intensivieren.

Zusätzliche Anstrengungen sind auch in anderen Bereichen nötig, um die gegenwärtig beobachtbare Tendenz zur Verschlechterung der Sprachkompetenz von Kindern und jungen Müttern aus Zuwandererfamilien zu bremsen und umzukehren.

Weitere Handlungsempfehlungen werden im Kapitel drei des Berichtes aufgeführt – Zuwanderung gestalten – Integration fördern.

Der Interkulturelle Dienst des Bezirksjugendamtes Mülheim dankt den Fachämtern und Fachabteilungen der Stadt Köln für ihre Unterstützung. Mein Dank gilt auch den Geschäftsleuten der Keupstraße, dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Keupstraße e.V., Ali Demir und Muhammet Mertek und Markus Gerhold für ihren Beitrag zur Bedeutung des Islam für Zuwanderer moslemischen Glaubens.

Mein besonderer Dank gilt Hubert Kötter, der den Bericht in wesentlichen Teilen erstellt hat und den zahlreichen Gesprächspartnern aus den Bürgerdiensten Mülheim, die mir mit fachlichem Rat zur Seite standen.

Beteiligte Fachämter und Dezernate der Stadt Köln :

Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln

Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln

Dezernat für Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung

Wohnungsversorgungsbetriebe der Stadt Köln

Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln

Bürgeramt Mülheim der Stadt Köln

Schulamt für die Stadt Köln

1. Migrantinnen und Migranten im Stadtbezirk Mülheim

1.1 Einwohner/innen des Stadtbezirkes Mülheim

Zum Ende des Jahres 2003 lebten im Stadtbezirk Mülheim 144911 Personen. Hiervon hatten 26659 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Anteil von 18,4 Prozent an der Gesamteinwohnerzahl des Stadtbezirkes Mülheim. Er liegt damit um einen Prozentpunkt oberhalb des städtischen Durchschnittes von 17,4 Prozent. Im Vergleich mit den anderen Kölner Stadtbezirken ist der prozentuale Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Stadtbezirk Mülheim als durchschnittlich zu bezeichnen, auch wenn von den neun Kölner Stadtbezirken die meisten Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Stadtbezirk Mülheim leben. Ein gleich hoher prozentualer Anteil wie im Stadtbezirk Mülheim ist in den Stadtbezirken Innenstadt (18,4%) und Nippes (18,5%) zu verzeichnen. In den Stadtbezirken Kalk, Ehrenfeld und Chorweiler liegt der entsprechende prozentuale Anteil oberhalb dem im Stadtbezirk Mülheim. Im Stadtbezirk Kalk hat annähernd jede(r) vierte Einwohner/in (24,7%) eine ausländische Staatsangehörigkeit und in den Stadtbezirken Ehrenfeld und Chorweiler sind es rd. jede(r) fünfte (20,3% bzw. 19,4%).

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Anzahl der Einwohner/innen in den neun Kölner Stadtbezirken und dem prozentualen Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.

Tab. 1: Einwohner/innen in den Stadtbezirken nach Nationalität

Stadtbezirk	Gesamt	Deutsche	Ausländische	%-Anteil ausl. Einwohner/innen
Innenstadt	130253	106282	23971	18,4
Rodenkirchen	99648	85497	14151	14,2
Lindenthal	137437	123614	13823	10,1
Ehrenfeld	101434	80848	20586	20,3
Nippes	108242	88260	19982	18,5
Chorweiler	83552	67383	16169	19,4
Porz	108224	92100	16124	14,9
Kalk	106902	80492	26410	24,7
Mülheim	144911	118252	26659	18,4
Stadt Köln	1020603	842728	177875	17,4

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Zu den zuvor genannten und den folgenden Angaben zur Einwohnerstruktur ist erläuternd hinzuzufügen, dass die statistische Differenzierung „deutsche bzw. ausländische

Staatsangehörigkeit“ den tatsächlichen Personenkreis mit einem Migrationshintergrund nur unzureichend wiedergibt. Denn „alle Untersuchungen, die mit statistischen Begriffen wie »Ausländer« und »Inländer« (Hervorhebung im Original) arbeiten, sind nicht vorbereitet auf eine Lebenswirklichkeit, die zunehmend transnational wird, die durch mehrfache Zugehörigkeiten über Länder- und Nationalitätsschranken gekennzeichnet ist“ (Beck-Gernsheim, 2004, S. 106). Die Autorin der Studie „Evaluation von Integrationsprozessen“ verweist ferner darauf, „dass aufgrund zunehmender Einbürgerung der Begriff „Ausländer“ (...) analytische Aussagekraft einbüßt. Hinzu kommt, dass er für viele Zuwanderergruppen, die längst gesellschaftlich integriert und zum Teil hier geboren sind, ausgrenzend wirkt und einer Identifikation mit der aufnehmenden Gesellschaft im Wege steht“ (Straßburger, 2001, zit. nach Beck-Gernsheim, 2004, S. 109f). D.h. es haben sich Lebensverhältnisse entwickelt, „in denen Herkunftslinien und Zugehörigkeiten sich immer weniger in starren Gegensatzpaaren abbilden lassen, vielmehr gekennzeichnet sind durch vielerlei Querverbindungen und Überlappungen (ebd. S. 110). „Auf der Seite der Deutschen finden sich viele Menschen mit Migrationserfahrung: Aussiedler, eingebürgerte Ausländer, mobile Deutsche, die beruflich oder privat viel Zeit im Ausland verbringen; auf der Seite der Einwanderer dagegen leben viele schon in der zweiten oder dritten Generation hier. Sie sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, die sie als Schüler, Studenten, Arbeitnehmer, Unternehmer, als Politiker und Künstler aktiv mitgestalten“ (Römhild, 2003, zit. nach Beck-Gernsheim, ebd.).

Der 3. Bericht der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen (2004) verweist ebenfalls auf die Begrenztheit der statistischen Kategorie „Deutsch/ Ausländisch“: „Allerdings sagen die Begriffe ‘Deutsche’ und ‘Ausländer’ nichts Definitives über einen etwaigen Migrationshintergrund aus. Beide Begriffe erfassen sowohl Personen mit als auch ohne Wanderungsbiographie:

- Viele Deutsche sind im Ausland geboren und, insbesondere als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, im Laufe ihres Lebens zugewandert.
- Viel Deutsche sind ehemalige Ausländer, die einst nach Deutschland zugewandert und dann eingebürgert wurden. (...) Beide, Aussiedler und eingebürgerte ehemalige Ausländer, gehen als Deutsche in die Statistiken ein, ohne dass ihr Wanderungshintergrund ausgewiesen würde (S. 27).

Der Bericht weist zudem darauf hin, „dass Deutschland bis heute nicht über ein statistisches Erfassungssystem verfügt, welche der Realität der Einwanderungssituation gerecht wird. Noch wird in dieser Linie auf der Basis der Staatsangehörigkeit in ‘Deutsche’ und ‘Ausländer’ differenziert“ (ebd.). Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln hat diese Situation zum Anlass genommen, die statistische Kategorie „Einwohner mit Migrationshintergrund bzw. ausländischer Herkunft“ aufzunehmen. Unter diesem Blickwinkel

ergab sich für das Jahr 2002, dass jede(r) vierte (25,2%) Einwohner/in im Stadtgebiet Köln über Migrationserfahrungen bzw. einen Migrationshintergrund verfügt, während es zu diesem Zeitpunkt bei der Differenzierung nach „Deutsch“ und „Ausländisch“ jede(r) fünfte bis sechste (17,8%) ist (vgl. Landesbericht NRW, 2004, S. 28 und Stadt Köln, 2003, S. 7f). In diesem Kapitel werden beide statistische Kategorien berücksichtigt.

Wie oben aufgezeigt, verfügt im Stadtbezirk Mülheim annähernd jede(r) fünfte Einwohner/in über eine ausländische Staatsangehörigkeit. In den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirkes variiert der prozentuale Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit voneinander. Der höchste prozentuale Anteil ist im Stadtteil Mülheim und der niedrigste im Stadtteil Dellbrück zu verzeichnen. Im Stadtteil Mülheim haben annähernd drei von zehn Einwohner/innen eine ausländische Staatsangehörigkeit und in Dellbrück etwa eine(r) von zehn. Im Vergleich der Stadtteile untereinander kann der entsprechende prozentuale Anteil im Stadtteil Buchforst als überdurchschnittlich bezeichnet werden. Dort verfügt etwa jede(r) vierte Einwohner/in über eine ausländische Staatsangehörigkeit. Für Buchheim liegt der prozentuale Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im oberen Durchschnittsbereich und für Höhenhaus im unteren. In Buchheim hat etwas mehr als jede(r) fünfte Einwohner/in eine ausländische Staatsangehörigkeit und in Höhenhaus jede(r) zehnte. In den verbleibenden Stadtteilen (Holweide, Dünwald, Stammheim, Flittard) liegt der entsprechende Anteil jeweils im mittleren Durchschnittsbereich.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die absolute Zahl und den entsprechenden prozentualen Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirks Mülheim.

Tab. 2: Ausländische Einwohner/innen in den Stadtteilen des Stadtbezirks Mülheim

Stadtteile	Einwohner/innen gesamt	Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit	%-Anteil der ausländischen Einwohner/innen an der Gesamteinwohnerzahl
Mülheim	40614	11879	29,2
Buchforst	6991	1706	24,4
Buchheim	12265	2767	22,6
Holweide	20783	3299	15,9
Dellbrück	21259	1812	8,5
Höhenhaus	15059	1558	10,3
Dünnwald	11883	1575	13,3
Stammheim	8014	1141	14,2
Flittard	8043	922	11,5

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

In dem Zeitraum von 1990 bis 2000 ist im Stadtbezirk Mülheim sowohl die absolute Zahl als auch der prozentuale Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit kontinuierlich angestiegen, und zwar von 21979 im Jahre 1990 auf 28406 im Jahre 2000. Der prozentuale Anteil erhöhte sich in diesem Zeitraum von 15,4 Prozent auf 19,7 Prozent. Seither hat sich die Anzahl der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit leicht verringert, was zu einem großen Teil auf die Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes im Jahre 2000 zurückzuführen ist. Einen Überblick über die Entwicklung der Einwohnerzahlen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit von 1990 bis 2003 gibt folgende Tabelle.

Tab. 3: Entwicklung der Einwohnerzahlen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit von 1990 bis 2003 im Stadtbezirk Mülheim

Jahr	Einwohner/innen gesamt	Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit	%-Anteil der ausländischen Einwohner/innen an der Gesamteinwohnerzahl
1990	143121	21979	15,4
1991	143242	22552	15,7
1992	143123	23138	16,2
1993	143002	24280	17,0
1994	142684	25104	17,6
1995	141921	25643	18,1
1996	141998	26398	18,6
1997	142890	27148	19,0
1998	142396	27938	19,6
1999	143209	28324	19,8
2000	144360	28406	19,7
2001	144343	27335	18,9
2002	141730	27114	19,1
2003	144911	26659	18,4

Einwohner/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalität

Die ausländischen Einwohner/innen mit türkischer Staatsangehörigkeit bilden ebenso wie in Nordrhein-Westfalen auch im Stadtbezirk Mülheim die mit Abstand größte Zuwanderergruppe. Annähernd jede(r) zweite (48,6%) ausländische Einwohner/in im Stadtbezirk Mülheim verfügt über die türkische Staatsangehörigkeit. Werden die Zuwanderer/innen aus den EU-Ländern (vor dem 01.05.2004) und den übrigen Ländern Europas zu jeweils einer Gruppe zusammengefasst, bilden sie die zweitgrößte Gruppe der Zuwanderer/innen im Stadtbezirk Mülheim. Ihr Anteil an der Anzahl der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit liegt bei 18,5 Prozent bzw. 18,3 Prozent. Mit Abstand folgen als dritt- und viertgrößte Gruppe die Zuwanderer/innen aus asiatischen (7,3%) und afrikanischen (5,5%) Ländern. Die geringsten prozentualen Anteile entfallen auf die Zuwanderer/innen aus Nord- und Südamerika (1,4%) und den verbleibenden Ländern wie Australien etc. (0,4%).

Wird der Blickwinkel erweitert auf die Einwohner/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund, so ändert sich die Rangfolge der Herkunftsländer der Zuwanderer/innen ein wenig. Die größte Zuwanderergruppe bilden weiterhin die Einwohner/innen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Ihr prozentualer Anteil an den

Einwohner/innen mit einem Migrationshintergrund sinkt jedoch auf etwas mehr als ein Drittel (35,5%). Die zweitgrößte Zuwanderergruppe bilden unter dem erweiterten Blickwinkel die Gruppe der Aussiedler/innen (14,0%). Somit zeigt sich auch unter dem erweiterten Blickwinkel im Stadtbezirk Mülheim die gleiche Struktur wie auf Landesebene. „Neben den Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und ihren Nachkommen sind die Aussiedlerinnen und Aussiedler und (seit 1997) Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler die bedeutendste Einwanderergruppe in Nordrhein-Westfalen“ (Landesbericht NRW, 2004, S.38).

Die beiden folgenden Tabellen geben eine Übersicht über die Nationalität der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit und der Einwohner/innen mit einem Migrationshintergrund im Stadtbezirk Mülheim.

Tab. 4: Einwohner/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Nationalität

Herkunftsland	Einwohner/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
	abs.	%
Türkei	12967	48,6
EU (vor 01.05.2004)	4931	18,5
Übriges Europa	4889	18,3
Afrika zus.	1463	5,5
Amerika zus.	364	1,4
Asien zus.	1953	7,3
Übrige Länder	92	0,4
Gesamt	26659	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Tab. 5: Einwohner/innen mit Migrationshintergrund nach Nationalität

Herkunftsland	Einwohner/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
	abs.	%
Türkei	12967	35,5
EU (vor 01.05.2004)	4931	13,5
Übriges Europa	4889	13,4
Afrika zus.	1463	4,0
Amerika zus.	364	1,0
Asien zus.	1953	5,3
Übrige Länder	92	0,3
Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit (Aussiedler/innen)	5120	14,0
Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit (EU)	987	2,7
Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit (Sonstige)	3776	10,3
Gesamt	36542	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Auf der Stadtteilebene zeigt sich in acht der neun Stadtteile des Stadtbezirkes Mülheim bei der Nationalität der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ein vergleichbares Bild wie auf der Bezirksebene. In diesen acht Stadtteilen verfügt die Mehrheit der ausländischen Einwohner/innen über die türkische Staatsangehörigkeit. In den Stadtteilen Mülheim, Buchforst, Buchheim, Holweide, Höhenhaus und Dünnwald haben annähernd oder etwas mehr als jede(r) zweite Einwohner/in mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit die türkische Staatsangehörigkeit. In dem Stadtteil Flittard sind es etwas mehr als vier Zehntel (43,8%) und im Stadtteil Stammheim rd. vier Zehntel (39,3%). Allein im Stadtteil Dellbrück bilden die Einwohner/innen mit türkischer Staatsangehörigkeit nicht die größte Gruppe.

Dort verfügt jede(r) Fünfte (20,5%) der ausländischen Einwohner/innen über die türkische Staatsangehörigkeit. Die meisten der ausländischen Einwohner/innen im Stadtteil Dellbrück kommen mit jeweils rd. drei Zehntel aus einem EU-Land (29,8%) oder aus einem der übrigen europäischen Länder (31,1%).

In den übrigen Stadtteilen kommt – mit Ausnahme von Stammheim – die zweitgrößte Gruppe der ausländischen Einwohner/innen aus einem EU-Land, wobei unter den EU-Angehörigen die Italiener in allen Stadtteilen die größte Gruppe bilden. Im Stadtteil Stammheim ist die zweihäufigste Herkunftsregion der ausländischen Einwohner/innen ein europäisches Land außerhalb der EU. Mehr als ein Drittel (35,6%) kommt dort aus der Herkunftsregion „Übriges Europa“.

Der prozentuale Anteil der ausländischen Einwohner/innen aus einem asiatischen Land liegt in allen Stadtteilen unterhalb von neun Prozent. Im Vergleich der Stadtteile untereinander sind hier die entsprechenden Anteile in Dellbrück mit 8,4 Prozent und Stammheim mit 8,3 Prozent als überdurchschnittlich und für Dünwald mit 4,9 Prozent und Buchforst mit 5,4 Prozent als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Unterhalb von sieben Prozent liegen die prozentualen Anteile der ausländischen Einwohner/innen, die aus einem afrikanischen Land kommen. Hier ließe sich der entsprechende Anteil in Buchforst und Dellbrück mit je 6,5 Prozent als überdurchschnittlich und für Höhenhaus (4,6%) und Stammheim (4,1%) als unterdurchschnittlich bezeichnen. Aus nord- und südamerikanischen Ländern kommen bis auf den Stadtteil Dellbrück in den einzelnen Stadtteilen weniger als zwei Prozent der ausländischen Einwohner/innen. In Dellbrück sind es 3,5 Prozent. Der Anteil der Zuwanderer/innen aus den verbleibenden Ländern wie Australien, Ozeanien etc. liegt in allen neun Stadtteilen unterhalb von einem Prozent.

Durch den Einbezug der Einwohner/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit und einem Migrationshintergrund verändern sich die prozentualen Anteile, die in den einzelnen Stadtteilen auf die einzelnen Herkunftsregionen entfallen. In den einzelnen Stadtteilen variiert der Anteil der Zuwanderer/innen mit Migrationserfahrungen und deutscher Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Gesamtzahl der Zuwanderer/innen. Sie erstrecken sich von 18,8 Prozent im Stadtteil Mülheim bis zu 47,9 Prozent im Stadtteil Stammheim.

Unter diesem erweiterten Blickwinkel kommt in sieben (zuvor acht) der neun Stadtteile die größte Anzahl der Einwohner/innen mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei. Im Stadtteil Dellbrück ist auch unter diesem Blickwinkel der größte Teil der Zuwanderer/innen den beiden Kategorien „EU“ und „Übriges Europa“ zugeordnet. Die drittgrößte Gruppe der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund ist in Dellbrück die Gruppe der Aus- bzw. Spätaussiedler/innen. Jede sechste (16,2%) Zuwanderer/in in diesem Stadtteil gehört dieser Gruppe an. Jede siebte Zuwanderer/in – und damit die viertgrößte Zuwanderergruppe – kommt hier aus der Türkei.

Deutliche Verschiebungen bei den prozentualen Anteilen zeigen sich durch den Einbezug der deutschen Einwohner/innen mit Migrationshintergrund im Stadtteil Stammheim. Unter diesem erweiterten Blickwinkel ist in diesem Stadtteil die größte Gruppe der Zuwanderer/innen nun die Gruppe der Aus- bzw. Spätaussiedler/innen. Etwas mehr als vier Zehntel (41,0%) der Zuwanderer/innen sind Aus- bzw. Spätaussiedler/innen. Ein Fünftel (20,5%) der Zuwanderer/innen kommen aus der Türkei – zuvor waren es vier Zehntel. Unter dem erweiterten Blickwinkel sinkt auch der Anteil der Zuwanderer/innen, der auf die Kategorie „Übriges Europa“ entfällt. Entfielen zuvor ein Drittel der Zuwanderer/innen in Stammheim auf diese Kategorie, sind es nun etwas weniger als ein Fünftel (18,5%). In drei

weiteren Stadtteilen (Buchheim, Holweide, Dünwald) sind die Aus- bzw. Spätaussiedler/innen die zweitgrößte Zuwanderergruppe.

Altersstruktur der Einwohner/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Der Migrationsbericht 2004 der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung hebt hervor, dass sich die Altersstruktur der Zuwanderer/innen von derjenigen der Gesamtbevölkerung unterscheidet und dass die jüngeren und mittleren Altersgruppen jeweils einen höheren prozentualen Anteil aufweisen als die Gesamtbevölkerung (vgl. S. 19). Im Ergebnis hält der Bericht fest, „dass die Zugezogenen im Durchschnitt jünger sind als die Gesamtbevölkerung und somit die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung derzeit „verjüngen“ (Hervorhebung im Original)“ (ebd.).

Diese Gegebenheit lässt sich auch für den Stadtbezirk Mülheim konstatieren, wie der Vergleich der Altersstruktur zwischen den Einwohner/innen mit deutscher und denen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit veranschaulicht. So sind von den deutschen Einwohner/innen des Stadtbezirkes 13,9 Prozent jünger als 14 Jahre, während es bei den ausländischen Einwohner/innen 15,7 Prozent sind. Bei den vierzehn bis unter 25jährigen ist der Unterschied noch ein wenig ausgeprägter. Etwa jede(r) neunte (11,5%) deutsche Einwohner/in gehört dieser Altersgruppe an, von den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist es jede(r) sechste (16,4). Des Weiteren ist der prozentuale Anteil der Menschen, die im Erwerbsalter von 25 bis 60 Jahren sind bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit höher als bei denen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit (57,1% bzw. 48,4%). Bei den Einwohner/innen von 60 Jahren und älter ändert sich dieses Verhältnis. Von den deutschen Einwohner/innen ist etwas mehr als jede(r) Vierte (26,2%) 60 Jahre und älter, von den ausländischen Einwohner/innen ist es rd. jede(r) Neunte (10,8%).

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Altersstruktur der deutschen und ausländischen Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim.

Tab. 6: Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim nach Alter

Altersgruppe in Jahren	Einwohner/innen nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
0 bis unter 3	3885	3,3	429	1,6
3 bis unter 6	3509	3,0	933	3,5
6 bis unter 10	4419	3,7	1435	5,4
10 bis unter 14	4558	3,9	1391	5,2
14 bis unter 18	4653	3,9	1226	4,6
18 bis unter 25	8938	7,6	3155	11,8
25 bis unter 35	15072	12,7	6755	25,3
35 bis unter 45	20723	17,5	4217	15,8
45 bis unter 60	21548	18,2	4258	16,0
60 bis unter 75	20834	17,6	2577	9,7
75 und älter	10113	8,6	283	1,1
Gesamt	118252	100	26659	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Dass die Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Durchschnitt jünger sind als die deutschen Einwohner/innen, ist auch daran ablesbar, dass die jungen ausländischen Einwohner/innen in den Altersgruppen von drei bis 35 Jahren überrepräsentiert sind. Von den 3 bis unter 6jährigen Kindern im Stadtbezirk hat etwas mehr als jedes Fünfte (21,0%) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den 6 bis unter 19jährigen ist es etwa jedes Vierte (24,5%) und bei den 10 bis unter 14jährigen ist es annähernd jedes Vierte (23,4%). Bei den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis unter 35 Jahren ist der Anteil der ausländischen jungen Menschen noch ausgeprägter. So haben im Stadtbezirk von den 18 bis 25jährigen etwas mehr als jede(r) Vierte (26,1%) eine ausländische Staatsangehörigkeit und bei den 25 bis 35jährigen drei von zehn (30,9%).

Bei den älteren Altersgruppen sinkt der Anteil der ausländischen Einwohner/innen zunehmend unter den durchschnittlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung des Stadtbezirkes. D.h. in den Altersgruppen von 35 bis 45 Jahren und von 45 bis 65 Jahren hat jeweils jede(r) sechste (16,9% bzw. 16,5%) Einwohner/in eine ausländische Staatsangehörigkeit. In der nächst höheren Altersgruppe ist es jede(r) Neunte (11,0%) und in der Altersgruppe ab 75 Jahre ist es jede(r) Siebenunddreißigste (2,7%).

In der jüngsten Altersgruppe, den Kinder unter 3 Jahren, zeigen sich die Wirkungen des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes, das zum 1. Januar 2000 in Kraft trat. Danach erwirbt das Kind „die deutsche Staatsangehörigkeit, falls ein Elternteil sich länger als 8 Jahre dauerhaft und regelmäßig in Deutschland aufhält und entweder eine Aufenthaltsberechtigung

besitzt oder seit mindestens drei Jahren über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt“ (Kölner Statistische Nachrichten, 2004, S. 16). Nach den Angaben des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik „erwirbt knapp 50% der in Köln geborenen Kinder ausländischer Mütter mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit“ (ebd.). Hieraus ergibt sich, dass im Stadtbezirk Mülheim der Anteil der Kinder unter drei Jahren mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf rd. zehn Prozent gesunken ist.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über den Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in den unterschiedenen Altersgruppen an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen.

Tab. 7: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen

Altersgruppen in Jahren	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner/innen je Altersgruppe mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner/innen je Altersgruppe an der entsprechenden Gesamteinwohnerzahl
0 bis unter 3	4314	429	9,9
3 bis unter 6	4442	933	21,0
6 bis unter 10	5854	1435	24,5
10 bis unter 14	5949	1391	23,4
14 bis unter 18	5879	1226	20,9
18 bis unter 25	12093	3155	26,1
25 bis unter 35	21827	6755	30,9
35 bis unter 45	24940	4217	16,9
45 bis unter 60	25806	4258	16,5
60 bis unter 75	23411	2577	11,0
75 und älter	10396	283	2,7
Gesamt	144911	26659	18,4

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

In den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim ist die Altersstruktur der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit miteinander vergleichbar und entspricht der für den Stadtbezirk aufgezeigten. D.h. die Prozentwerte, die in den neun Stadtteilen auf die einzelnen Altersgruppen entfallen, variieren nur geringfügig von dem arithmetischen Mittel der jeweiligen Altersgruppe.

Unterschiede zeigen sich hingegen bei den prozentualen Anteilen der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl der jeweiligen Altersgruppe. Die Variationsbreite ist hier zwischen den einzelnen Stadtteilen zum Teil

beträchtlich. Am geringsten ist sie in der Altersgruppe der über 75jährigen. Für diese Altersgruppe liegen die prozentualen Anteile der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zwischen 1,3 Prozent und 4,3 Prozent, wobei im Vergleich der Stadtteile die Anteile für Mülheim (4,3%) und Buchheim (3,7%) als überdurchschnittlich und für Flittard (1,3%) als unterdurchschnittlich bezeichnet werden können. Aufgrund der unterschiedlichen Einwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in den neun Stadtteilen differieren die absoluten Zahlen sowohl in dieser als auch in den anderen Altersgruppen erheblich. So haben von den 2691 Personen im Stadtteil Mülheim, die 75 Jahre und älter sind, 115 (= 4,3%) eine ausländische Staatsangehörigkeit, während es in Flittard zehn von 759 (= 1,3%) Personen sind.

Die zweitniedrigste Variationsbreite zeigt sich in der Altersgruppe der bis zu drei Jahren alten Kinder mit einem Migrationshintergrund. Für diese Altersgruppe liegen die entsprechenden Werte zwischen 16,1 Prozent und 2,8 Prozent. Hier sind die Werte für Stammheim (16,1%) und Mülheim (15,1%) im Vergleich mit den anderen Stadtteilen als überdurchschnittlich zu bewerten. Für die weiteren neun unterschiedenen Altersgruppen gilt: Der jeweils höchste prozentuale Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in diesen neun unterschiedenen Altersgruppen ist für den Stadtteil Mülheim zu verzeichnen. In Mülheim erstrecken sich die prozentualen Anteile der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in den sechs unterschiedenen Altersgruppen für die drei bis 35jährigen von einem Drittel bis zu rd. vier Zehntel, und zwar von 33,2 Prozent bei den drei bis 6jährigen bis zu 39,6 Prozent bei den zehn bis 14jährigen und 39,2% bei den 25 bis 35jährigen. In den drei unterschiedenen Altersgruppen bei den 35 bis 75jährigen liegen die entsprechenden Werte zwischen etwas mehr als einem Fünftel (21,2%) und rd. drei Zehntel (28,3%).

Ebenso wie im Stadtteil Mülheim sind auch im Stadtteil Buchforst die entsprechenden prozentualen Anteile für die Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in diesen neun Altersgruppen im Vergleich der neun Stadtteile des Stadtbezirkes als überdurchschnittlich zu bezeichnen. Überdurchschnittlich sind ferner die Anteile bei den drei bis sechsjährigen und sechs bis zehnjährigen im Stadtteil Buchheim. Zudem liegt in diesem Stadtteil der Anteil der ausländischen Einwohner/innen in den beiden Altersgruppen 25 bis 35 Jahren und 35 bis 45 Jahren am oberen Durchschnittsbereich. Als unterdurchschnittlich lassen sich die jeweiligen prozentualen Anteile im Stadtteil Dellbrück in den Altersgruppen der drei bis 18jährigen und 25 bis 45jährigen sowie in der Altersgruppe 60 bis unter 75 Jahren bezeichnen. In diesem Stadtteil liegen die prozentualen Anteile in den unterschiedenen Altersgruppen von drei bis achtzehn Jahren zwischen 8,3 Prozent und 10 Prozent. Des Weiteren weist der Stadtteil Höhenhaus in den unterschiedenen fünf Altersgruppen der drei bis 25jährigen unterdurchschnittliche prozentuale Anteile aus. Gleiches

gilt auch für die Altersgruppe der 10 bis 14jährigen im Stadtteil Flittard. Alle übrigen Werte für die Stadtteile Buchheim, Holweide und Flittard sowie die Stadtteile Höhenhaus, Dünnwald und Stammheim liegen im Durchschnittsbereich.

Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die Anzahl der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in den einzelnen Altersgruppen und dem jeweiligen prozentualen Anteil an der Gesamteinwohnerzahl der entsprechenden Altersgruppe.

Tab. 8: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in den Stadtteilen Mülheim und Buchforst

Altersgruppen in Jahren	Stadtteile					
	Mülheim			Buchforst		
	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner
0 bis unter 3	1216	184	15,1	235	32	13,6
3 bis unter 6	1158	384	33,2	197	58	29,4
6 bis unter 10	1468	565	38,5	260	90	34,6
10 bis unter 14	1488	589	39,6	289	90	31,1
14 bis unter 18	1517	565	37,2	243	83	34,2
18 bis unter 25	3970	1500	37,8	576	186	32,3
25 bis unter 35	7693	3012	39,2	1102	408	37,0
35 bis unter 45	6875	1828	26,6	1130	253	22,4
45 bis unter 60	6781	1916	28,3	1263	298	23,6
60 bis unter 75	5757	1221	21,2	1127	195	17,3
75 und älter	2691	115	4,3	569	13	2,3
Gesamt	40614	11879	29,2	6991	1706	24,4

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Tab. 9: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in den Stadtteilen Buchheim und Holweide

Altersgruppen in Jahren	Stadtteile					
	Buchheim			Holweide		
	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner
0 bis unter 3	413	50	12,1	665	52	7,8
3 bis unter 6	403	121	30,0	727	128	17,6
6 bis unter 10	475	172	36,2	923	181	19,6
10 bis unter 14	525	133	25,3	900	171	19,0
14 bis unter 18	452	120	26,5	891	133	14,9
18 bis unter 25	1056	304	28,8	1887	378	20,0
25 bis unter 35	2017	715	35,4	3116	892	28,6
35 bis unter 45	1988	425	21,4	3706	543	14,7
45 bis unter 60	2177	433	19,9	3777	522	13,8
60 bis unter 75	1971	265	13,4	2995	266	8,9
75 und älter	788	29	3,7	1196	33	2,8
Gesamt	12265	2767	22,6	20783	3299	15,9

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Tab. 10: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in den Stadtteilen Dellbrück und Höhenhaus

Altersgruppen in Jahren	Stadtteile					
	Dellbrück			Höhenhaus		
	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner
0 bis unter 3	603	30	5,0	362	10	2,8
3 bis unter 6	619	52	8,4	451	46	10,2
6 bis unter 10	765	75	9,8	662	81	12,2
10 bis unter 14	757	76	10,0	707	84	11,9
14 bis unter 18	767	64	8,3	736	70	9,5
18 bis unter 25	1429	228	16,0	1190	185	15,5
25 bis unter 35	2914	445	15,3	1565	373	23,8
35 bis unter 45	3997	327	8,2	2468	251	10,2
45 bis unter 60	3980	331	8,3	2951	268	9,1
60 bis unter 75	3634	152	4,2	2831	163	5,8
75 und älter	1794	32	1,8	1136	27	2,4
Gesamt	21259	1812	8,5	15059	1558	10,3

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Tab. 11: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in den Stadtteilen Dünnwald und Stammheim

Altersgruppen in Jahren	Stadtteile					
	Dünnwald			Stammheim		
	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner
0 bis unter 3	393	22	5,6	224	36	16,1
3 bis unter 6	443	64	14,4	239	44	18,4
6 bis unter 10	640	156	24,4	332	73	22,0
10 bis unter 14	595	128	21,5	357	82	23,0
14 bis unter 18	586	89	15,2	331	61	18,4
18 bis unter 25	849	153	18,0	590	126	21,4
25 bis unter 35	1517	409	27,0	974	254	26,1
35 bis unter 45	2106	262	12,4	1321	182	13,8
45 bis unter 60	2055	179	8,7	1327	166	12,5
60 bis unter 75	1823	99	5,4	1732	107	6,2
75 und älter	876	14	1,6	587	10	1,7
Gesamt	11883	1575	13,3	8014	1141	14,2

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

Tab. 12: %-Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamteinwohnerzahl in den einzelnen Altersgruppen in dem Stadtteil Flittard

Altersgruppen in Jahren	Stadtteil Flittard		
	Einwohner/innen je Altersgruppe gesamt	Einwohner mit einer ausl. Staatsangehörigkeit	%-Anteil ausl. Einwohner
0 bis unter 3	203	13	6,4
3 bis unter 6	205	36	17,6
6 bis unter 10	329	42	12,8
10 bis unter 14	331	38	11,5
14 bis unter 18	356	41	11,5
18 bis unter 25	546	95	17,4
25 bis unter 35	929	247	26,6
35 bis unter 45	1349	146	10,8
45 bis unter 60	1495	145	9,7
60 bis unter 75	1541	109	7,1
75 und älter	759	10	1,3
Gesamt	8043	922	11,5

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: 31.12.2003)

1.2. Schule und Ausbildung

Schulische Bildung

Bildung und Ausbildung sind wesentliche Faktoren für die berufliche und soziale Integration in die Gesellschaft oder zugespitzter formuliert, der erreichte Bildungsabschluss ist eine wesentliche Voraussetzung „überhaupt an der Verteilung von Lebenschancen in Form von Ausbildung und Arbeit teilzunehmen“ (Bremer, 2000, S. 123). Dies gilt in gleicher Weise für alle Mitglieder der Gesellschaft und nicht nur für die Zuwanderer/innen (Bremer/ Gestring, 2004, S. 259). Die Bedeutung der Schule als einem wichtigen Integrationsfaktor heben auch Bukow u.a. hervor: „Schulen können als eines der wichtigsten Teilsysteme innerhalb der Gesellschaft betrachtet werden. Ihre Bedeutung liegt dabei vor allem in ihrem integrativen Charakter, den sie für jedes Gesellschaftsmitglied ausfüllt: Sie schafft u.a. die formalen Voraussetzungen, um am Arbeitsmarkt partizipieren zu können. Die Integration in den Arbeitsmarkt wiederum ermöglicht die Absicherung des Einzelnen unabhängig von sozialstaatlichen Maßnahmen. Der Schule kommt damit aus systemischer Perspektive eine herausragende Rolle zu. Zugleich sind Schulen ein Ort, an dem höchst unterschiedliche Menschen tagtäglich durch die systemische Verknüpfung aneinander gebunden sind. Menschen mit ihren unterschiedlichen Hintergründen, Wertorientierungen und Lebensstilen

treffen hier aufeinander und verbringen gezwungenermaßen einen großen Teil ihrer Zeit miteinander“ (Bukow u.a., 2001, S. 243).

Allgemein ist zur Entwicklung der erreichten Schulabschlüsse zunächst festzuhalten, dass in den letzten beiden Dekaden sowohl bei den deutschen Schüler/innen als auch bei den Schüler/innen mit Migrationshintergrund die Bildungsabschlüsse kontinuierlich gestiegen sind (vgl. Bremer, 2000, S. 125; Schulze/ Soja, 2003, S. 199). Gleichwohl kann diese Entwicklung im Sinne eines „Fahrstuhleffektes“ (Beck) beschrieben werden. Denn da es bei beiden Schülergruppen eine Tendenz zu höherwertigen Schulabschlüssen gibt, hat sich die Differenz zwischen deutschen und Schüler/innen mit Migrationshintergrund kaum verändert (Bremer, 2000, S. 125). Parallel zu diesem positiven Trend zu höherwertigen Schulabschlüssen ist jedoch gleichzeitig eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen, so dass „sich hier tendenziell eine Schere öffnet. Während auf der einen Seite inzwischen eine wachsende Gruppe gut ausgebildeter, zum Teil hoch qualifizierter Jugendlicher mit Migrationshintergrund steht, wächst auf der anderen Seite die Gruppe derjenigen, die auf Sonderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen verwiesen werden und in ihrer schulischen Laufbahn scheitern“ (Schulze/ Soja, 2003, S. 201)

Des Weiteren verweist die Pisa-Studie darauf, dass „in keinem anderen Land die Abhängigkeit des Schulerfolges von sozialer Herkunft so groß und die Förderung benachteiligter Kinder so erfolglos ist wie in Deutschland“ (Ratzki, 2003, S. 23). Die sozioökonomische Stellung, das kulturelle Kapital und die ethnische Herkunft der Familie wirken sich selektionswirksam auf die Bildungsbeteiligung und den Kompetenzerwerb aus. „Der Schulerfolg ist weiterhin ein Ergebnis der kulturellen Passung zwischen Familien- und Schulkultur“ (Hurrelmann, 2003, S. 179). Neben der sozialen Herkunft kommt bei Schüler/innen mit Migrationshintergrund „die sprachliche Sozialisation als Belastungsfaktor hinzu“ (Auernheimer, 2003, S. 8) und aufgrund „der starken Abhängigkeit des Schulerfolges von Sozialschicht und Sprachvermögen, die von den deutschen Schulen bisher nicht gelockert wird, sind Migrationsjugendliche von der Ungleichheit der Bildungschancen besonders stark betroffen“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist – so der 3. Bericht zu Einwanderung und Integration in NRW – „die Beherrschung der deutschen Sprache entscheidend für den Schulerfolg und nicht so sehr die ‘kulturelle Distanz’ (Hervorhebung im Original) der Familie“ (2004, S. 102).

Der 3. Landesbericht verweist ferner darauf, dass die Leistungen der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien eng verknüpft sind mit der Aufenthaltsdauer der Eltern. „Am schlechtesten schneiden diejenigen in der PISA-Studie ab, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, deutlich besser die Jugendlichen mit einem in Deutschland geborenen Elternteil. Am besten schneiden diejenigen ab, deren Herkunftsfamilie in Deutschland

aufgewachsen und hier zur Schule gegangen ist. Je später die Jugendlichen kommen, umso schlechter sind ihre Schulleistungen“ (ebd.).

Neben den genannten beeinflusst ein weiterer Faktor die schulische Entwicklung bzw. die Schullaufbahn von Kindern mit Migrationshintergrund. Dieser Faktor wird als „institutionelle Diskriminierung“ (Gomolla/ Radtke) oder auch als „institutionelle Barriere“ (Gomolla) bezeichnet, wobei „das Wort ‘institutionell’ die Ursachen der Diskriminierung im *organisatorischen Handeln* (Hervorhebung im Original) in gesellschaftlichen Institutionen (z.B. im Bildungs- und Ausbildungssektor, durch die Polizei oder im Gesundheitswesen) speziell unter Gesichtspunkten der Ungleichheit lokalisiert“ (Gomolla, 2003, S. 99). Gomolla und Radtke gehen in einer Studie an Bielefelder Schulen von der These aus, dass „ein nicht unbedeutender Teil der Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung von deutschen im Vergleich mit nicht-deutschen Schülern sich *nicht* (Hervorhebung im Original) auf die Eigenschaft der Kinder und ihre migrationsbedingten Startnachteile zurückführen lässt, sondern in der Organisation Schule selbst erzeugt wird“ (2002, S. 16f), und zwar aufgrund der „geläufigen Wahrnehmungsmuster, Normen, Gewohnheiten und Routinen der Schule, die an die in der Schule allfälligen Selektionsentscheidungen angelagert sind“ (ebd.).

Solche Formen institutioneller bzw. struktureller Benachteiligung zeigen sich insbesondere in der Schullaufbahnberatung beim Eintritt in die Grundschule und bei den Übergängen von einer Schulform zur nächst höheren.

- Für Kinder mit Migrationshintergrund besteht bei der Einschulung in die Grundschule ein erhöhtes Risiko, in den Schulkinder- bzw. Vorschulkindergarten zurückgestellt zu werden (Gomolla, 2003, S. 101).
- Kinder mit Migrationshintergrund „mit (vermuteten) ‘Sprachdefiziten’ (Hervorhebung im Original) werden einer gründlicheren Untersuchung auf mangelnde Schulfähigkeit unterzogen als ihre Mitschülerinnen. ‘(Fehlende) Deutschkenntnisse’ (Hervorhebung im Original) werden als Hinweis auf andere Fähigkeits- und Leistungsdefizite betrachtet und damit indirekt zu einem Schul(un)fähigkeitskriterium erhoben“ (Gomolla/ Radtke, 2002, S. 270).
- In den Elternberatungen und in den Übergangsempfehlungen durch die Grundschule werden Kinder mit Migrationshintergrund vielfach heruntergestuft (ebd.; S. 269).
- Auch bei guten Noten für die Kinder mit Migrationshintergrund wird vermehrt die Haupt-, Real- oder Gesamtschule empfohlen und weniger das Gymnasium (Gomolla, 2003, S. 104).
- Die Überweisung auf eine Sonderschule wird vielfach in ähnlicher Weise begründet wie die Zurückstellung in einen Schulkindergarten. Neben sprachlichen Defiziten werden „negative ethnisch-kulturelle Zuschreibungen entscheidungswirksam (...): ‘fehlende/

falsche Elternunterstützungen' (z.B. werden außerschulische Beratungsangebote oder therapeutische Unterstützung nicht wahrgenommen; der muttersprachliche Familienkontext wirke hemmend etc.), 'psychologische Belastungen' durch die Migration und Fremdheit, Selbstsegregation, 'Koranschulbesuch' und 'islamischer Fundamentalismus' (Hervorhebungen im Original) werden als Lern-, Leistungs- und Integrationshindernisse beschrieben" (Gomolla/ Radtke, 2002, S. 218).

Neben den aufgeführten Gesichtspunkten ist bei der Interpretation der Daten zur Bildungssituation der Schüler/innen mit Migrationshintergrund noch ein weiterer Aspekt zu beachten. Die amtlichen Statistiken geben nach Beck-Gernsheim auch in diesem Bereich „kein vollständiges und ausgewogenes Bild. Denn sie berücksichtigen mehrere Gruppen nicht bzw. nicht hinreichend – die Eingebürgerten, die Rückwanderer, die Seiteneinsteiger – und sie lassen darüber hinaus die Bildungsfortschritte im Generationenverlauf außer acht“ (2004, S. 115). So wird der Bildungserfolg von Schüler/innen mit Migrationshintergrund bspw. unterschätzt, „weil eingebürgerte Schüler/innen in der Statistik als Deutsche geführt werden“ (ebd.). Diese These gründet auf der Einschätzung, dass die eingebürgerten Kinder und Jugendlichen tendenziell höhere Bildungsabschlüsse anstreben als die Kinder und Jugendlichen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, jedoch in der Statistik nicht mehr entsprechend erfasst werden (ebd.).

Ein zweiter Aspekt, wodurch der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterschätzt wird, ist, dass die Schulstatistik nicht zwischen Kindern von ausländischen Eltern unterscheidet, die schon seit längerem hier leben, und sog. späteingereisten (in den 90iger Jahren) Kindern und Jugendlichen. Gerade letztere erreichen vielfach einen niedrigeren Bildungsabschluss, was sich wiederum entsprechend auf die Bildungsstatistik für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund auswirkt. D.h. aufgrund dieser Vorgehensweise werden die erreichten mittleren und höheren Bildungsabschlüsse einer wachsenden Zahl von Schüler/innen mit Migrationshintergrund weniger deutlich sichtbar (ebd., S. 116f). Es wird daher eine differenzierte Bildungsstatistik gefordert, die es ermöglicht zu erkennen, „wer (Hervorhebung im Original) unter den ausländischen Jugendlichen zu einer besonderen Risikogruppe gehört – und wo die Politik deshalb ansetzen muss, damit sich die Startchancen dieser Jugendlichen verbessern (ebd., S. 118).

Vor dem aufgezeigten Hintergrund sind die nachstehend aufgeführten statistischen Angaben zurückhaltend bzw. mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Wie aufgezeigt, ist bei deutschen Schüler/innen und bei Schüler/innen mit Migrationshintergrund eine Entwicklung zu höheren Schulabschlüssen zu beobachten. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass nicht alle

Schüler/innen – sowohl deutsche als auch Schüler/innen mit Migrationshintergrund – in gleicher Weise an dieser Entwicklung teilhaben. Nach wie vor sind „Angehörige der höheren sozialen Schichten in den höheren Bildungsgängen und die der unteren sozialen Schichten in den weniger attraktiven Bildungsgängen überrepräsentiert“ (Kornmann, 2003, S. 85). Darüber hinaus lässt sich allgemein für Kinder mit Migrationshintergrund sagen, sie besuchen weitaus häufiger als Deutsche die Hauptschule, wohingegen die deutschen Schüler/innen weit häufiger das Gymnasium besuchen als Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Auch die Realschule wird von deutschen Kindern häufiger besucht als von Kindern mit Migrationshintergrund. Demgegenüber hat die Gesamtschule für Schüler/innen mit Migrationshintergrund eine größere Bedeutung als für deutsche Schüler/innen (vgl. Diefenbach, 2002, S. 18). In der Schule für Lernbehinderte sind Schüler/innen mit Migrationshintergrund gegenüber deutschen Schüler/innen deutlich überrepräsentiert (Kornmann, 2003, S. 83).

Dieses Bild spiegelt sich im Schuljahr 2003/04 im Wesentlichen auch an den Kölner Schulen wider. Von den Schüler/innen an den Kölner Schulen oberhalb der Grundschule mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit besuchen ein Drittel (33,4%) die Hauptschule, von den deutschen Schüler/innen sind es jede(r) Siebte (14,2%). Annähernd ein Viertel (23,5%) der Schüler/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist an der Realschule, bei den deutschen sind es ein Fünftel (19,4%), was ein wenig gegenläufig zu dem zuvor aufgezeigten bundesweiten Trend ist. Nahezu die Hälfte (47,6%) der deutschen Schüler/innen ging im Schuljahr 2003/04 auf das Gymnasium, von den Schüler/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist es ein Fünftel (20,7%). Auch für die Gesamtschule bestätigt sich der bundesweite Trend, wonach für Schüler/innen mit Migrationshintergrund die Gesamtschule eine etwas höhere Bedeutung hat als für deutsche Schüler/innen. Ein Sechstel (16,1%) der Kölner Schüler/innen mit Migrationshintergrund besucht die Gesamtschule, von den deutschen Schüler/innen sind es ein Siebtel (14,4%). Ebenso zeigt sich für die Sonderschule, dass von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund ein größerer Anteil die Schule für Lernbehinderte besucht als von den deutschen Schüler/innen. Von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund gehen 5,6 Prozent zu einer Schule für Lernbehinderte, von den deutschen Schüler/innen sind es 3,0 Prozent; d.h. ausländische Schüler/innen gehen gegenüber deutschen Schüler/innen nahezu doppelt so häufig in eine Sonderschulen für Lernbehinderte. Bei den Sonderschulen für Erziehungshilfe ist das Verhältnis genau umgekehrt. Von den deutschen Schüler/innen in Köln gehen 1,4 Prozent zu einer Schule für Erziehungshilfe, bei den ausländischen Schüler/innen sind es 0,7 Prozent.

Darüber hinaus ist zu vermerken, dass die Schülerinnen mit Migrationshintergrund zu einem größeren Anteil einen höherwertigen Schulabschluss anstreben als die Schüler mit Migrationshintergrund. Dies gilt für die deutschen Schülerinnen und Schüler in gleicher Weise. Von den Schülerinnen mit Migrationshintergrund besuchen etwa zwei Drittel (65,1%) die Realschule, das Gymnasium oder die Gesamtschule, bei den Schülern mit Migrationshintergrund sind es etwas mehr als die Hälfte (55,8%). Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern beträgt das Verhältnis 84,8 Prozent zu 78,1 Prozent.

Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über den Schulbesuch der Schüler/innen mit Migrationshintergrund und den deutschen Schüler/innen nach der Grundschule.

Tab. 13: Schüler/innen an Kölner Schulen der Sekundarstufe I und II nach Nationalität

Schulform	Schüler/innen an Kölner Schulen nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
Hauptschule	7007	14,2	5366	33,4
Realschule	9590	19,4	3781	23,5
Gymnasium	23462	47,6	3325	20,7
Gesamtschule	7093	14,4	2595	16,1
Schule für Lernbehinderte	1468	3,0	903	5,6
Schule für Erziehungshilfe	683	1,4	116	0,7
Gesamt	49303	100	16086	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Tab. 14: Schüler/innen an Kölner Schulen der Sekundarstufe I und II nach Nationalität und Geschlecht

Schulform	Schüler/innen an Kölner Schulen nach Nationalität und Geschlecht							
	Deutsche				Ausländische			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hauptschule	3957	16,0	3050	12,4	3036	36,6	2330	30,0
Realschule	4768	19,3	4822	19,6	1845	22,3	1936	24,8
Gymnasium	10823	43,8	12639	51,4	1521	18,3	1804	23,1
Gesamtschule	3690	15,0	3403	13,8	1256	15,2	1339	17,2
Schule für Lernbehinderte	862	3,5	606	2,5	526	6,3	377	4,8
Schule für Erziehungshilfe	599	2,4	84	0,3	109	1,3	7	0,1
Gesamt	24699	100	24604	100	8293	100	7793	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Im Stadtbezirk Mülheim folgt die prozentuale Verteilung der Schüler/innen mit Migrationshintergrund und der deutschen Schüler/innen auf die einzelnen Schulformen nur annähernd den entsprechenden Anteilen auf städtischer Ebene. Einschränkend ist zu den nachstehenden Angaben ferner anzumerken, dass sie allein Hinweise geben über den Schulbesuch der Schüler/innen an Schulen im Stadtbezirk Mülheim und nicht über den Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen, die ihren Wohnsitz im Stadtbezirk Mülheim haben. Der Wohnort ist in den vorliegenden statistischen Daten nicht berücksichtigt.

Von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Schulen im Bereich der Sekundarstufe I und II im Stadtbezirk Mülheim besuchen etwa drei Zehntel (29,0%) die Hauptschule, von den deutschen sind es ein Siebtel (16,4%). Die Anteile, die bei den Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Mülheimer Schulen auf die Realschule, das Gymnasium und die Gesamtschule sind fast gleich hoch und liegen jeweils leicht oberhalb von zwanzig Prozent, und zwar für die Realschule bei 21,1 Prozent, für das Gymnasium bei 22,2 Prozent und die Gesamtschule bei 22,1 Prozent. Bei den deutschen Schüler/innen an Schulen im Stadtbezirk Mülheim differieren die Anteile bei diesen drei Schulformen stärker voneinander. So besucht ein Sechstel (16,6%) der deutschen Schüler/innen die Realschule, etwas mehr als ein Drittel (35,1%) das Gymnasium und etwas mehr als ein Viertel (26,9%) die Gesamtschule. Die Schule für Lernbehinderte besuchen 4,9 Prozent von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund an Schulen im Stadtbezirk und 3,7 Prozent der deutschen Schüler/innen. Ferner besuchen 0,7 Prozent der Schüler/innen mit Migrationshintergrund die Schule für Erziehungshilfe, von den deutschen Schüler/innen sind es 1,3 Prozent.

Des Weiteren gilt ebenso wie auf Stadtebene auch für die Schülerinnen an den Schulen im Stadtbezirk Mülheim, dass sie einen höherwertigen Schulabschluss anstreben als die Schüler. Von den Schülerinnen mit Migrationshintergrund sind es etwas mehr als sieben Zehntel (71,8%), die eine Realschule, eine Gymnasium oder eine Gesamtschule besuchen, von den Schülern mit Migrationshintergrund sind es etwa sechs Zehntel (59,6%). Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern beträgt das Verhältnis 81,6 Prozent zu 75,8 Prozent. Die beiden nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die Verteilung der Schüler/innen an Schulen im Stadtbezirk Mülheim auf die einzelnen Schulformen oberhalb der Grundschule.

Tab. 15: Schüler/innen an Schulen der Sekundarstufe I und II im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität

Schulform	Schüler/innen an Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
Hauptschule	1367	16,4	862	29,0
Realschule	1380	16,6	627	21,1
Gymnasium	2924	35,1	661	22,2
Gesamtschule	2244	26,9	658	22,1
Schule für Lernbehinderte	307	3,7	145	4,9
Schule für Erziehungshilfe	105	1,3	20	0,7
Gesamt	8327	100	2973	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Tab. 16: Schüler/innen an Schulen der Sekundarstufe I und II im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität und Geschlecht

Schulform	Schüler/innen an Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität und Geschlecht							
	Deutsche				Ausländische			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hauptschule	758	17,8	609	15,0	509	32,8	353	24,8
Realschule	646	15,1	734	18,1	300	19,4	327	23,0
Gymnasium	1426	33,4	1498	36,9	318	20,5	343	24,1
Gesamtschule	1164	27,3	1080	26,6	306	19,7	352	24,7
Schule für Lernbehinderte	181	4,2	126	3,1	99	6,4	46	3,2
Schule für Erziehungshilfe	94	2,2	11	0,3	18	1,2	2	0,2
Gesamt	4269	100	4058	100	1550	100	1423	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Die Unterschiede im Besuch der allgemeinenbildenden Schulen zwischen deutschen Schüler/innen und den Schüler/innen mit Migrationshintergrund zeigen sich auch in den erreichten Schulabschlüssen. Zum Ende des Schuljahres 2002/03¹ beendeten im Stadtgebiet Köln etwas weniger als drei Zehntel (28,7%) der Schulabgänger/innen mit Migrationshintergrund den allgemeinbildenden Schulbesuch mit einem Hauptschulabschluss. Bei den deutschen Schulabgänger/innen liegt der entsprechenden Anteil bei etwas mehr als einem Sechstel (17,1%). Der prozentuale Anteil, der die Fachoberschulreife erreichte, ist bei den deutschen Schüler/innen und Schüler/innen mit Migrationshintergrund annähernd gleich hoch. Von den deutschen Schüler/innen erlangten 44,6 Prozent und von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund 46,3 Prozent die Fachoberschulreife. Eine Differenz zeigt sich wieder beim Fachhoch-/ Hochschulabschluss. Dieser Abschluss wird von den deutschen Schüler/innen doppelt so häufig erreicht wie von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Während im Jahre 2003 von den deutschen Schüler/innen etwa ein Drittel (32,1%) die allgemeinbildenden Schulen mit dem Fachhoch-/ Hochschulabschluss verließen, waren es bei den Schüler/innen mit Migrationshintergrund etwas mehr als ein Siebtel (15,0%). Ferner beendeten 1,7 Prozent der Schüler/innen mit Migrationshintergrund und ein Prozent der deutschen Schüler/innen die allgemeinbildenden Schulen mit dem Schulabschluss für Lernbehinderte. Ohne Abschluss blieben 8,3 Prozent der Schüler/innen

¹ Angaben zu den Schulabschlüssen des Schuljahres 2003/04 lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.

mit Migrationshintergrund und 5,2 Prozent der deutschen Schulabgänger/innen am Ende des Schuljahres 2002/03.

Des Weiteren zeigt sich auch bei den erreichten Schulabschlüssen, dass der Anteil der Schülerinnen, die einen qualifizierteren Schulabschluss erreichten, höher ist als bei den Schülern. Die gilt für deutsche Schülerinnen und Schülerinnen mit Migrationshintergrund in gleicher Weise. Demgegenüber verließen prozentual gesehen Schüler mit Migrationshintergrund annähernd doppelt so häufig die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss als deutsche Schüler/innen und auch als Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die erreichten Schulabschlüsse der deutschen und Schüler/innen mit Migrationshintergrund am Ende des Schuljahres 2002/03 an allgemeinbildenden Schulen in Köln.

Tab. 17: Schulabschlüsse der Schulabgänger/innen am Ende des Schuljahres 2002/03 an allgemeinbildenden Schulen in Köln nach Nationalität

Erreichte Schulabschlüsse	Schulabgänger/innen von allgemeinbildenden Schulen in Köln nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
Hauptschulabschluss	1355	17,1	763	28,7
Fachoberschulreife	3536	44,6	1232	46,3
Fachhoch-/Hochschulreife	2542	32,1	399	15,0
Abschluss Schule für Lernbehinderte	78	1,0	46	1,7
Ohne Abschluss	409	5,2	220	8,3
Gesamt	7920	100	2660	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Tab. 18: Schulabschlüsse der Schulabgänger/innen am Ende des Schuljahres 2002/03 an allgemeinbildenden Schulen in Köln nach Nationalität und Geschlecht

Erreichte Schulabschlüsse	Schulabgänger/innen von allgemeinbildenden Schulen in Köln nach Nationalität und Geschlecht							
	Deutsche				Ausländische			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hauptschulabschluss	785	20,1	570	14,2	413	30,2	350	27,2
Fachoberschulreife	1703	43,7	1833	45,6	606	44,2	626	48,5
Fachhoch-/Hochschulreife	1160	29,7	1382	34,4	173	12,6	226	17,5
Abschluss Schule für Lernbehinderte	42	1,1	36	0,9	25	1,8	21	1,6
Ohne Abschluss	212	5,4	197	4,9	153	11,2	67	5,2
Gesamt	3902	100	4018	100	1370	100	1290	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Bei den Schulabgänger/innen des Schuljahres 2002/03 von den allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim ist bei den erreichten Schulabschlüssen die gleiche Rangfolge zu verzeichnen wie auf Stadtebene, jedoch zum Teil eine unterschiedliche Gewichtung. Im Vergleich zur Stadtebene hat sich sowohl bei den deutschen Schüler/innen als auch bei den Schüler/innen mit Migrationshintergrund der Anteil der Schülerinnen mit Hauptschulabschluss und Fachoberschulreife leicht erhöht und mit Fachhoch-/Hochschulreife vermindert.

Von den Schüler/innen mit Migrationshintergrund, die zum Ende des Schuljahres 2002/03 aus den allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim entlassen wurden, haben drei Zehntel (29,2%) den Hauptschulabschluss und mehr als die Hälfte (54,2%) die Fachoberschulreife erreicht, von den deutschen Schulabgänger/innen waren es ein Fünftel (19,9%) bzw. etwas weniger als die Hälfte (47,8%). Ein Neuntel (10,8%) der Schüler/innen mit Migrationshintergrund beendeten die allgemeinbildenden Schulen mit der Fachhoch-/Hochschulreife, von den deutschen waren es ein Viertel (25,5%). Die Anzahl der Schüler/innen, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem Abschluss der Schule für Lernbehinderte oder ohne einen Schulabschluss verließen, sind sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual als gering zu bezeichnen. Hervorzuheben ist hier, dass von den 18 Schüler/innen mit Migrationshintergrund, die im Stadtbezirk Mülheim die Schule ohne einen Abschluss beendeten, 17 männlich waren. Darüber hinaus erreichte ebenso wie auf der Stadtebene auch im Stadtbezirk Mülheim von den deutschen Schülerinnen und von den Schülerinnen mit Migrationshintergrund ein höherer Anteil die Fachoberschulreife oder die

Fachhoch-/ Hochschulreife als von den deutschen Schülern und den Schülern mit Migrationshintergrund.

Die beiden nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Schulabschlüsse der Schulabgänger, die zum Ende des Schuljahres 2002/03 die allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim verließen.

Tab. 19: Schulabschlüsse der Schulabgänger/innen am Ende des Schuljahres 2002/03 an allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität

Erreichte Schulabschlüsse	Schulabgänger/innen von allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
Hauptschulabschluss	293	19,9	140	29,2
Fachoberschulreife	706	47,8	260	54,2
Fachhoch-/ Hochschulreife	376	25,5	52	10,8
Abschluss Schule für Lernbehinderte	21	1,4	10	2,1
Ohne Abschluss	80	5,4	18	3,7
Gesamt	1476	100	480	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Tab. 20: Schulabschlüsse der Schulabgänger/innen am Ende des Schuljahres 2002/03 an allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität und Geschlecht

Erreichte Schulabschlüsse	Schulabgänger/innen von allgemeinbildenden Schulen im Stadtbezirk Mülheim nach Nationalität und Geschlecht							
	Deutsche				Ausländische			
	Männlich		Weiblich		Männlich		Weiblich	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hauptschulabschluss	168	22,8	125	16,9	85	30,2	55	27,6
Fachoberschulreife	344	46,7	362	49,0	148	52,7	112	56,3
Fachhoch-/ Hochschulreife	169	22,9	207	28,0	26	9,3	26	13,1
Abschluss Schule für Lernbehinderte	13	1,8	8	1,1	5	1,8	5	2,5
Ohne Abschluss	43	5,8	37	5,0	17	6,0	1	0,5
Gesamt	737	100	739	100	281	100	199	100

Quelle: Stadt Köln, Schulverwaltungsamt, Abt. Schulentwicklung; Stand: 15.10.2003

Berufliche Bildung

Eine Reihe von Studien zur Berufsausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigen auf, dass sich der Trend aus den allgemeinbildenden Schulen zu höheren Schulabschlüssen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich der beruflichen Bildung nicht in gleicher Weise fortsetzt. Diese Entwicklung ist in besonderer Weise strukturell begründet, da die Arbeitsmarktkrise „allgemein die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen zu Lasten von Bevölkerungsgruppen verteilt, die sowieso gesellschaftlich benachteiligt sind. Dazu zählen gerade ausländische Jugendliche, die wie ihre Eltern Interesse an Bildung und Qualifikationen haben“ (Bremer/ Gestring, 2004, S. 273f). Granato konstatiert in diesem Zusammenhang, „die Chancen von Jugendlichen ausländischer Nationalität auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben sich trotz einer Steigerung der schulischen Eingangsqualifikation im letzten Jahrzehnt nicht nachhaltig erhöht. Die Aussichten Jugendlicher ausländischer Herkunft auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz sind nach wie vor geringer als bei deutschen Jugendlichen“ (2003, S. 114). In der zweiten Hälfte der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte sich die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund kontinuierlich verbessert, lag jedoch auch in dieser Zeit weit unterhalb dem Anteil der deutschen Jugendlichen. Gegenwärtig kann davon ausgegangen werden, dass rd. vier Zehntel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem erhalten gegenüber rd. zwei Drittel bei den deutschen Jugendlichen (vgl. Granato, ebd.; Bremer, 2000, S. 131). Noch ungünstiger ist die Situation bei den Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund. Sie haben noch geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als die Schulabgänger mit Migrationshintergrund, obgleich sie – wie aufgezeigt – vielfach über qualifiziertere Schulabschlüsse verfügen (ebd.).

Verstärkt werden diese Prozesse zusätzlich durch einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb zwischen Schulabgänger/innen mit Hochschulreife einerseits und Schulabgänger/innen mit Haupt- oder Realabschluss, „der eigentlichen ‘klassischen’ Klientel des dualen Systems“ (Fuchs/ Reuter, 2000, S. 78) andererseits, wobei Hauptschüler/innen immer geringere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Darüber hinaus ist das Spektrum der Ausbildungsberufe für Jugendliche mit Migrationshintergrund enger als für deutsche Jugendliche und vielfach auch nicht so attraktiv wie für deutsche Jugendliche (vgl. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung, 2000, S. 141; Granato, 2003, S. 117). Die Ausbildungsberufe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind von den deutschen Jugendlichen in der Regel weniger nachgefragt sowie Berufe „mit schlechteren Arbeitsbedingungen und oftmals geringerer Übernahme- wie Aufstiegschancen. (...) Diese Konzentration auf nur wenige Ausbildungsberufe kann nicht auf ein eingeschränktes Spektrum der Berufswünsche oder mangelndem Engagement bei der Suche nach einem

Ausbildungsplatz zurückgeführt werden. Sie ist offenbar auch eine Folge von Ausgrenzung und Diskriminierung“ (Granato, ebd.). Überrepräsentiert sind die Schulabgänger mit Migrationshintergrund in Ausbildungsberufen wie Kfz-Mechaniker, Gas- und Wasserinstallateur oder Maler/ Lackierer und die Schulabgängerinnen mit Migrationshintergrund in Berufen wie Friseurin, Arzt-/ Zahnarzthelferin, Verkäuferin, Kauffrau im Einzelhandel oder auch Rechtsanwältin und Notariatsfachangestellte. Demgegenüber haben Jugendliche mit Migrationshintergrund geringe Chancen in modernen, zukunftsweisenden Berufen wie IT- und Medienberufen, im Dienstleistungsbereich und insbesondere im öffentlichen Dienst (vgl. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung, 2000, S. 141f; Bremer, 2000, S. 132f; Granato, 2003, S. 177ff). Überrepräsentiert sind Jugendliche mit Migrationshintergrund ferner in solchen beruflichen Schulformen, die nicht zu einem qualifizierten Berufsabschluss führen wie etwa dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufsgrundschuljahr (Granato, ebd., S. 121).

Ein weiterer Faktor, der die Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund einengt, ist u.a. das Auswahlverhalten einer Reihe von Betrieben, die Jugendliche mit einem ausländischen Hintergrund nicht einstellen (vgl. Fuchs/ Reuter, 2000, S. 94; Bremer, 2000, S. 138; Granato, 2003, S. 123). Weiterhin kann „neben Misstrauen und Vorurteilen von Personalchefs – vor allem gegenüber jungen Menschen türkischer Nationalität und insbesondere gegenüber jungen Frauen – die ‘Befürchtung’ ausländischer Vorurteile bei Kunden und Mitarbeitern Personalentscheidungen beeinflussen“ (Granato, ebd., S. 124). Dies gilt insbesondere für Firmen, die bisher keine Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgebildet haben. Zudem beachten potentielle Ausbildungsbetriebe zu wenig die interkulturelle Kompetenz der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Auswahlverfahren. Auf Seiten der Zuwandererfamilien wirkt einschränkend, dass ihnen vielfach die informellen Netzwerke fehlen, die den Zugang zu den Ausbildungsbetrieben ermöglichen. So verdanken nach einer Untersuchung ein Viertel der deutschen Auszubildenden den persönlichen Beziehungen der Eltern den Ausbildungsplatz gegenüber etwas mehr als einem Achtel der Auszubildenden aus Zuwandererfamilien (Granato, 2003, S. 124). Demgegenüber spielen die Informationsdefizite der Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund über das duale Ausbildungssystem und die unterschiedlichen Berufe nur noch eine nachgeordnete Rolle (ebd., S. 125).

Vor dem dargestellten Hintergrund gilt also nach wie vor die Forderung des 3. Berichtes der Landesregierung zu Zuwanderung und Integration in NRW: „Die Chancen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien beim Zugang zum Ausbildungssystem müssen gezielt verbessert werden“ (2004, S. 111).

1.3 Arbeitslosigkeit

Nach wie vor ist das Risiko für ausländische Arbeitnehmer/innen arbeitslos zu werden, doppelt so hoch wie für deutsche Arbeitnehmer/innen. So lag im Jahr 2000 in NRW die Arbeitslosigkeitsquote für ausländische Erwerbspersonen bei 19,9 Prozent und für die deutschen bei 10,1 Prozent (Landessozialbericht 2003, S. 93). Gleiches gilt sowohl für die Stadt Köln als auch für den Stadtbezirk Mülheim. In der Stadt Köln waren Ende September 2004 von den deutschen Erwerbspersonen jede(r) Neunte (10,9%) arbeitslos gemeldet, von den Erwerbspersonen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit waren es etwas mehr als jede(r) Fünfte (22,3%). Für den Stadtbezirk Mülheim betrug die Arbeitslosigkeitsquote Ende September 2004 bei den deutschen Arbeitnehmer/innen 13,0 Prozent und bei den ausländischen Arbeitnehmer/innen 25,3 Prozent. Im Vergleich der Stadtbezirke untereinander liegt die Arbeitslosigkeitsquote für die deutschen Arbeitnehmer/innen am oberen Ende des Durchschnittsbereiches und für die ausländischen Arbeitnehmer/innen im oberen Drittel des Durchschnittsbereiches. Überdurchschnittlich sind hier die Werte für den Stadtbezirk Kalk (Deutsche 14,6%; Ausländische 27,6%). Die niedrigsten Werte sind für den Stadtbezirk Lindenthal (Deutsche 7,2%; Ausländische 13,9%) zu verzeichnen.

Tab. 21: Arbeitslosigkeitsquote Stadt Köln und den Kölner Stadtbezirken nach Nationalität

Stadtbezirke	Arbeitslosigkeitsquote		
	Deutsche	Ausländische	Insgesamt
1/ Innenstadt	11,2	18,0	12,3
2/ Rodenkirchen	8,9	18,2	10,2
3/ Lindenthal	7,2	13,9	8,0
4/ Ehrenfeld	12,4	23,6	14,3
5/ Nippes	10,3	18,8	11,7
6/ Chorweiler	10,1	25,0	12,7
7/ Porz	10,3	25,9	12,4
8/ Kalk	14,6	27,6	17,3
9/ Mülheim	13,0	25,3	15,1
Stadt Köln	10,9	22,3	12,7

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Sep. 2004)

Im Stadtbezirk Mülheim haben Ende September 2004 die Stadtteile Mülheim, Buchforst und Buchheim die höchsten Arbeitslosigkeitsquoten und die Stadtteile Dellbrück und Flittard die niedrigsten. Differenziert nach „Deutsch“ und „Ausländisch“ weisen wiederum die Stadtteile Mülheim, Buchforst und Buchheim die höchsten und die Stadtteile Dellbrück und Flittard die niedrigsten Arbeitslosigkeitsquoten auf. Im Vergleich der Stadtteile untereinander sind die Arbeitslosigkeitsquoten sowohl für deutsche als auch für ausländische Arbeitnehmer/innen in

Dellbrück (D: 8,6% bzw. A: 18,5%) und Flittard (D: 9,1% bzw. A: 16,3%) als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Überdurchschnittlich hoch ist im Vergleich der Stadtteile untereinander die Arbeitslosigkeitsquote für deutsche Arbeitnehmer/innen in den Stadtteilen Mülheim, Buchforst und Buchheim. Die Arbeitslosigkeitsquoten für ausländische Arbeitnehmer/innen liegen – außer in Dellbrück und Flittard – in den Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim relativ dicht beieinander und in allen Stadtteilen – einschließlich Dellbrück und Flittard – oberhalb der jeweiligen Arbeitslosigkeitsquote für Arbeitnehmer/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die größte Differenz zwischen der Arbeitslosigkeitsquote für deutsche und ausländische Arbeitnehmer/innen besteht in dem Stadtteil Höhenhaus. Dort liegt die Arbeitslosigkeitsquote für ausländische Arbeitnehmer/innen sechzehn Prozentpunkte oberhalb der Quote für deutsche Arbeitnehmer/innen. Am geringsten ist die Differenz in Flittard mit 7,2 Prozentpunkte. In den übrigen Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim liegen die Differenzpunkte zwischen 8,8 und 13,5.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosigkeitsquoten in den Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim für Arbeitnehmer/innen mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit.

Tab. 22: Arbeitslosigkeitsquote in den Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim nach Nationalität

Stadtteile	Arbeitslosigkeitsquote		
	Deutsche	Ausländische	Insgesamt
901/ Mülheim	16,5	26,3	18,6
902/ Buchforst	17,8	27,1	19,5
903/ Buchheim	16,5	27,2	18,5
904/ Holweide	12,5	26,0	14,6
905/ Dellbrück	8,6	18,5	9,7
906/ Höhenhaus	10,9	26,9	12,7
907/ Dünwald	11,9	24,0	13,5
908/ Stammheim	12,8	21,6	14,1
909/ Flittard	9,1	16,3	10,1
Stadtbezirk Mülheim	13,0	25,3	15,1

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Sep. 2004)

Zur Struktur der Arbeitsmarktsituation im Stadtbezirk Mülheim können an dieser Stelle keine detaillierten Angaben gemacht werden, sondern allein allgemeine Hinweise gegeben werden – ergänzt um einzelne Strukturmerkmale der im Stadtgebiet Köln arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen. Verschiedene Untersuchungen und der Bericht der Bundesbeauftragten

der Bundesregierung für Ausländerfragen weisen darauf hin, dass nicht alle Nationalitäten in gleicher Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Für Arbeitnehmer/innen mit spanischer oder portugiesischer Staatsangehörigkeit oder aus dem ehemaligen Jugoslawien liegt die Arbeitslosigkeitsquote geringfügig oberhalb und für Arbeitnehmer/innen mit türkischer, griechischer oder italienischer Staatsangehörigkeit deutlich oberhalb des Wertes für deutsche Arbeitnehmer/innen (vgl. Hanesch u.a., 2000, S. 417; Bremer, 2000, S. 70; Bremer/ Gestring, 2004, S. 269; Bundesbeauftragte, 2000, S. 159). Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeitsquote für Migranten/innen höher sein dürfte als sie in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesen wird, „da seit August 1992 arbeitslos gemeldete Asylbewerber, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe erworben haben, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt werden und arbeitslos gewordene Ausländer sich aus Angst vor Ausweisung häufig nicht bei den Arbeitsämtern melden“ (Hanesch u.a., 2000, S. 417).

Für Arbeitnehmer/innen ohne einer abgeschlossenen Berufsausbildung besteht generell ein erhöhtes Risiko, arbeitslos zu werden. Dies gilt insbesondere für ausländische Arbeitnehmer/innen (vgl. Bundesbeauftragte, 2000, S. 159; Bremer, 2000, S. 84f). Diese These wird u.a. auch durch die Strukturdaten der Agentur für Arbeit Köln über die im September 2004 arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen untermauert. Danach hatten von den in Köln arbeitslos gemeldeten ausländischen Arbeitnehmer/innen drei Viertel (75,3%) keine abgeschlossene Berufsausbildung, bei den arbeitslos gemeldeten deutschen Arbeitnehmer/innen waren es etwas mehr als vier Zehntel (41,5%). Über eine abgeschlossene betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildung verfügten knapp ein Siebtel (14,6%) der arbeitslos gemeldeten ausländischen und vier Zehntel (40,3%) der arbeitslos gemeldeten deutschen Arbeitnehmer/innen. Weiterhin hatte etwa jede(r) fünfzehnte (6,5%) arbeitslos gemeldete ausländische Arbeitnehmer/in und annähernd jede(r) achte (12,9%) arbeitslos gemeldete deutsche Arbeitnehmer/in einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.

Die Bedeutung der beruflichen Qualifikation zeigt sich auch darin, dass insbesondere „Migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern eine hohe Konzentration in den Segmenten mit niedrigem Arbeitsmarkterfolg und eine niedrige Konzentration in den Segmenten mit hohem Arbeitsmarkterfolg aufweisen“ (Granato, 2003b, S. 126f). D.h. u.a. der „Zugang zu den attraktiven Tätigkeiten des Dienstleistungssektors „ (Bremer, 2000, S. 78) ist für ausländische Arbeitnehmer/innen schwerer als für deutsche. Ferner sind ausländische Arbeitnehmer/innen „deutlich seltener als mittlere oder höhere Angestellte beschäftigt“ (ebd. S. 79). Bei der zweiten Generation hat sich diese Differenz zur deutschen Vergleichsgruppe verringert bzw. zeigt sich, „dass sich die Migranten der zweiten Generation (mit Ausnahme der Türken und Osteuropäer) kaum mehr von der deutschen Vergleichsgruppe

unterscheiden“ (Granato, 2003b, S. 138). Diese Bewertung ist jedoch abhängig von dem Zuzugsalter bzw. von dem Anteil der schulischen und beruflichen Qualifikation, die in Deutschland erworben wurde (ebd. S. 154): „Je mehr Humankapital (‘wie Sprache, on-the-job training und formale Bildungsabschlüsse’ [ebd. S. 51]) in Deutschland erworben wurde, desto besser sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Dies zeigt sich daran, dass mit steigendem Zuzugsalter der negative Nationalitäteneffekt zunimmt“ (ebd. S. 141f). Gleichwohl ist festzuhalten, ausländische Arbeitnehmer/innen „konzentrieren sich nach wie vor auf die Tätigkeiten im industriellen Bereich, die durch ein überdurchschnittliches Arbeitsplatzrisiko gekennzeichnet sind“ (Bremer, 2000, S. 80).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die berufliche Qualifikation der im September 2004 bei der Agentur für Arbeit Köln gemeldeten arbeitslosen Arbeitnehmer/innen.

Tab. 23: Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen nach beruflicher Qualifikation und Nationalität – Stadt Köln

Berufliche Qualifikation	Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen					
	Deutsche		Ausländische		gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Ohne abgeschl. Berufsausbildung	17349	41,5	12575	75,3	29924	51,1
Betriebl./ außerbetriebl. Ausbildung	16856	40,3	2444	14,6	19300	33,0
Berufsfachschule	772	1,8	213	1,3	985	1,7
Fachschule	1452	3,5	375	2,3	1827	3,1
Fachhochschule	1635	3,9	253	1,5	1888	3,2
Universität	3769	9,0	842	5,0	4611	7,9
Gesamt	41833	100	16702	100	58535	100

Quelle: Agentur für Arbeit Köln – Information und Controlling (Stand: Sep. 2004)

In der Altersstruktur unterscheiden sich die arbeitslos gemeldeten deutschen und ausländischen Arbeitnehmer/innen nur unwesentlich. Bei beiden Gruppen ist der prozentuale Anteil derjenigen, die jünger als 25 Jahre sind, im Vergleich mit den unterschiedenen Altersgruppen unterdurchschnittlich. Bei den deutschen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen sind die beiden Altersgruppen „35 bis unter 40 Jahre“ und „40 bis unter 45 Jahre“ leicht überdurchschnittlich besetzt. Bei den ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen ist die Altersgruppe „30 bis unter 35 Jahre“ etwas stärker und die Altersgruppe „35 bis unter 40 Jahre“ leicht überrepräsentiert.

Der prozentuale Anteil, der auf die unter 25jährigen entfällt, ist bei den deutschen und ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen nahezu gleich hoch (7,4% bzw. 7,8%). In den beiden Altersgruppen „25 bis unter 30 Jahre“ und „30 bis unter 35 Jahre“ liegt

der jeweilige prozentuale bei den ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen höher als bei den deutschen (13,8% zu 10,8% und 17,0% zu 12,8%). In der Altersgruppe „35 unter 40 Jahre“ liegt der prozentuale Anteil bei beiden Gruppen wiederum gleich hoch. In den nächstfolgenden drei bis unter 55 Jahre liegt der jeweilige Prozentsatz für die deutschen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen oberhalb der entsprechenden Prozentsätze bei den ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen. Bei den 55 Jahre und älteren arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen ist bei beiden Gruppen der prozentuale Anteil nahezu gleich hoch.

Einen Überblick über die Altersstruktur der arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen gibt nachstehende Tabelle.

Tab. 24: Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen nach Alter und Nationalität – Stadt Köln

Alter der arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen	Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen					
	Deutsche		Ausländische		gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Unter 20 Jahren	470	1,1	171	1,0	641	1,1
20 J. bis unter 25 J.	2650	6,3	1137	6,8	3787	6,5
25 J. bis unter 30 J.	4504	10,8	2313	13,8	6817	11,7
30 J. bis unter 35 J.	5344	12,8	2841	17,0	8185	14,0
35 J. bis unter 40 J.	6591	15,8	2622	15,7	9213	15,7
40 J. bis unter 45 J.	6334	15,1	2093	12,5	8427	14,4
45 J. bis unter 50 J.	5642	13,5	1747	10,5	7389	12,6
50 J. bis unter 55 J.	5293	12,6	1699	10,2	6992	11,9
55 J. bis unter 60 J.	4139	9,9	1768	10,6	5907	10,1
60 Jahre und älter	866	2,1	311	1,9	1177	2,0
Gesamt	41833	100	16702	100	58535	100

Quelle: Agentur für Arbeit Köln – Information und Controlling (Stand: Sep. 2004)

Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich bei den im September 2004 arbeitslos gemeldeten deutschen und ausländischen Arbeitnehmer/innen nicht wesentlich. Der prozentuale Anteil der ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen, die unter sechs Monaten arbeitslos sind, liegt unterhalb dem für die deutschen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen (37,5% zu 41,8%). Der Anteil, der zwischen sechs Monate und unter einem Jahr arbeitslos gemeldet ist, ist bei beiden Gruppen gleich hoch. Langzeitarbeitslos sind im September 2004 etwas mehr als vier Zehntel (43,0%) der ausländischen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen und etwas weniger als vier Zehntel (38,5%) der deutschen arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmer/innen.

Tab. 25: Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen nach beruflicher Qualifikation und Nationalität – Stadt Köln

Dauer der Arbeitslosigkeit	Arbeitslos gemeldete Arbeitnehmer/innen					
	Deutsche		Ausländische		gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Unter 1 Monat	4449	10,6	1773	10,6	6222	10,6
1 M. bis unter 2 M.	3334	8,0	1137	6,8	4471	7,6
2 M. bis unter 3 M.	3763	9,0	1226	7,3	4989	8,5
3 M. bis unter 6 M.	5927	14,2	2131	12,8	8058	13,8
6 M. bis unter 1 J.	8255	19,7	3257	19,5	11512	19,7
1 J. bis unter 2 J.	7814	18,7	3536	21,2	11350	19,4
2 J. und länger	8291	19,8	3642	21,8	11933	20,4
Gesamt	41833	100	16702	100	58535	100

Quelle: Agentur für Arbeit Köln – Information und Controlling (Stand: Sep. 2004)

1.4 Sozialhilfebezug

Die in diesem Kapitel aufgeführten Angaben zum Sozialhilfebezug im Stadtbezirk Mülheim beziehen sich auf den Bereich der offenen Sozialhilfe. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsbetrachtung zum Stichtag Januar 2004 bzw. Juli 2004 bei der Betrachtung der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften. Das bedeutet, die nachstehend aufgeführten Daten geben ein statistisches Bild über die Struktur des Sozialhilfebezuges zu diesem Zeitpunkt. Ferner ist bei der Interpretation der Sozialhilfedaten zu berücksichtigen, dass sie nur über den Personenkreis Auskunft geben, die einen Antrag auf Sozialhilfe gestellt haben, und nicht über den Personenkreis, der sein Anrecht auf Sozialhilfe nicht wahrnimmt, obgleich er aufgrund seines geringen Einkommens leistungsberechtigt ist (vgl. Hanesch u.a., 2000, S. 142). In diesem Zusammenhang verweisen Alisch und Dangschat darauf, dass „die Dunkelziffer sozial selektiv (ist). Je älter, je schlechter gebildet, je weniger kompetent in der deutschen Sprache und je eher in ländlichen Regionen wohnend, desto seltener dürfte vom Anspruch auf Sozialhilfe Gebrauch gemacht werden“ (1998, S. 25). Zudem führen bei Migranten/innen die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu, dass sie die ihnen zustehende Hilfe zum Lebensunterhalt nicht in Anspruch nehmen (vgl. Bremer/ Gestring, 2004, S. 274f). Unabhängig davon ist festzuhalten, dass Migranten/innen stärker von Sozialhilfebezug betroffen sind als Deutsche. Gleichzeitig verweist der Bericht der Bundesbeauftragten darauf, „dass mit zunehmender Verweildauer in Deutschland das Risiko eines Sozialhilfebezuges abnimmt, was im Wesentlichen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen sei“ (2000, S. 164).

Insgesamt bezogen im Stadtbezirk Mülheim im Januar 2004 12651 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Dies entspricht einer Sozialhilfedichte für den Stadtbezirk von 8,7 Prozent. Knapp zwei Drittel (65,0%) der Sozialhilfebezieher/innen haben die deutsche und etwas mehr als ein Drittel (35,0%) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das erhöhte Risiko für Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, Sozialhilfe zu beziehen, spiegelt sich in der Sozialhilfedichte wider. Sie ist im Stadtbezirk Mülheim für ausländische Einwohner/innen mehr als doppelt so hoch wie für deutsche. Von den ausländischen Einwohner/innen des Stadtbezirkes bezieht rd. jede(r) Sechste (16,6%) Hilfe zum Lebensunterhalt, von den deutschen ist es jede(r) Vierzehnte (7,0%).

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt weiter, dass sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Einwohner/innen Frauen in stärkerem Maße von Sozialhilfebezug betroffen sind als Männer. Auch unter der Geschlechterperspektive gilt weiterhin, ausländische Frauen und Männer tragen ein doppelt so hohes Risiko, Sozialhilfe zu beziehen, als deutsche Frauen und Männer. So beziehen von den männlichen deutschen Einwohnern des Stadtbezirkes 6,5 Prozent Hilfe zum Lebensunterhalt, von den männlichen ausländischen Einwohnern sind es 15,0 Prozent. Bei den Einwohnerinnen betragen die entsprechenden Anteile 7,5 Prozent bzw. 18,3 Prozent.

Auch in den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirkes liegt die Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen jeweils oberhalb der für die deutschen Einwohner/innen. Dies gilt in gleicher Weise auch bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht. Bis auf wenige Ausnahmen variieren die Sozialhilfedichten für die deutschen und die Sozialhilfedichten für die ausländischen Einwohner/innen zwischen den einzelnen Stadtteilen jeweils nur relativ wenig voneinander. Diese Ausnahmen beziehen sich insbesondere auf die Höhe der Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen im Stadtteil Stammheim und etwas weniger ausgeprägt im Stadtteil Dünwald.

Im Vergleich der Stadtteile untereinander liegen die Sozialhilfedichten für die deutschen Einwohner/innen in den Stadtteilen Mülheim, Buchheim, Holweide, Dünwald und Stammheim im Durchschnittsbereich. Hier sind die Sozialhilfedichten für Buchforst (10,1%) als überdurchschnittlich und für Dellbrück (3,3%) und Flittard (3,9%) als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Für den Stadtteil Höhenhaus liegt die Sozialhilfedichte für deutsche Einwohner/innen am unteren Ende des Durchschnittsbereiches.

Die Sozialhilfedichten für ausländische Einwohner/innen liegen in sechs der neun Stadtteile des Stadtbezirkes im Durchschnittsbereich. Als unterdurchschnittlich ist hier der entsprechende Anteil im Stadtteil Höhenhaus (12,0%) einzustufen. Als weit überdurchschnittlich ist hingegen die Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen im Stadtteil Stammheim (31,6%) zu bezeichnen. Auch die Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen im Stadtteil Dünwald (22,1%) liegt deutlich oberhalb der Anteile in den

anderen Stadtteilen. Die hohe Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen im Stadtteil Stammheim steht in einem engen Zusammenhang mit der hohen Zahl an Neuzuzügen von Spätaussiedlern und russischen Jugendlichen. Deren Zugangsmöglichkeiten zum hiesigen Arbeitsmarkt sind vielfach erschwert und damit einhergehend erhöht sich für sie das Risiko, Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen zu müssen. Ferner lässt sich für diesen Personenkreis als auch für Migranten/innen insgesamt sagen, inwieweit ihre „Teilnahme an den für (die) Lebensführung bedeutsamen Bereichen der Gesellschaft – Ökonomie, Recht, Erziehung, Familie, Gesundheit, Religion – (..) gelingt, (..) hängt einerseits von den individuellen Ausstattungen mit Ressourcen wie Wissen und Bildung, materiellen Mitteln und sozialen Beziehungen ab und andererseits von den sozialen Bedingungen, die in den verschiedenen Bereichen gelten, zu denen Migranten Zugang suchen und die diese Versuche ggf. erleichtern oder erschweren“ (Bade/ Bommers, 2004, S. 25).

Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die Anzahl der deutschen und ausländischen Sozialhilfebezieher/innen im Stadtbezirk Mülheim und den einzelnen Stadtteilen sowie über die entsprechenden Sozialhilfedichten.

Tab. 26: Sozialhilfedichte für deutsche Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim und den Stadtteilen des Stadtbezirkes

Stadtteile	Deutsche Einwohner/innen	davon Sozialhilfebezieher/innen	Sozialhilfedichte für deutsche Einwohner/innen
Mülheim	28735	2567	8,9
Buchforst	5285	535	10,1
Buchheim	9498	924	9,7
Holweide	17484	1419	8,1
Dellbrück	19447	648	3,3
Höhenhaus	13501	639	4,7
Dünnwald	10308	735	7,1
Stammheim	6873	483	7,0
Flittard	7121	279	3,9
Stadtbezirk Mülheim	118252	8229	7,0

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Tab. 27: Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim und den Stadtteilen des Stadtbezirkes

Stadtteile	Ausländische Einwohner/innen	davon Sozialhilfebezieher/innen	Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen
Mülheim	11879	1842	15,5
Buchforst	1706	273	16,0
Buchheim	2767	409	14,8
Holweide	3299	536	16,2
Dellbrück	1812	321	17,7
Höhenhaus	1558	187	12,0
Dünnwald	1575	348	22,1
Stammheim	1141	361	31,6
Flittard	922	145	15,7
Stadtbezirk Mülheim	26659	4422	16,6

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Sozialhilfebezug nach Alter

Kinder und Jugendliche sind heute in besonderer Weise von Sozialhilfebezug betroffen. Sie tragen derzeit von allen Altersgruppen das höchste Armutsrisiko. Dies gilt unabhängig von der Nationalität für alle Kinder und junge Menschen. Es ist aber hinzuzufügen: „Es sind nicht die Kinder, die arm sind, es sind Familien, die in prekären Lagen leben“ (Lutz, 2004, S. 41). Diese allgemeine Entwicklung spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Sozialhilfebezieher/innen im Stadtbezirk Mülheim wider und zeigt sich insbesondere in den Sozialhilfedichten für die einzelnen Altersgruppen. Im Vergleich von deutschen Sozialhilfebezieher/innen mit Sozialhilfebezieher/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zeigt sich, dass sich die Altersstruktur der deutschen und ausländischen Sozialhilfebezieher/innen zwar ähnelt, deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in der Höhe der Sozialhilfedichte für die einzelnen Altersgruppen. In der Regel liegt die jeweilige Sozialhilfedichte für die ausländischen Einwohner/innen deutlich oberhalb der entsprechenden Sozialhilfedichte für den deutschen Bevölkerungsteil. Ferner unterscheiden sich die Sozialhilfedichten zwischen deutschen und ausländischen Einwohner/innen in den beiden Altersgruppen „60 bis 75 Jahre“ und „75 Jahre und älter“ erheblich. Hier liegen die Sozialhilfedichten für die ausländischen Senioren/innen teilweise um ein vielfaches oberhalb der entsprechenden Werte für die deutschen Senioren/innen und liegen teilweise in dem Bereich der Werte für die Kinder und Jugendlichen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.

Von den deutschen Sozialhilfebezieher/innen im Stadtbezirk Mülheim ist etwas mehr als ein Drittel (35,7%) jünger als 18 Jahre, von den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen ist es ein Drittel (33,3%). Ferner sind bei den deutschen und ausländischen Sozialhilfebezieher/innen jeweils rd. jede(r) Zwölfte im Alter von 18 bis 25 Jahren. Über 60 Jahre sind jede(r) achte deutsche und knapp jede(r) neunte ausländische Sozialhilfebezieher/in. Bei der Differenzierung nach dem Geschlecht zeigen sich nur leichte Unterschiede in den prozentualen Anteilen, die auf die einzelnen Altersgruppen entfallen. Bei den männlichen deutschen und ausländischen Sozialhilfebezieher liegt der Anteil der Kinder und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren oberhalb der jeweils entsprechenden Anteile für die weiblichen Sozialhilfebezieher. Bei den 60 Jahre und älteren Sozialhilfebezieher/innen ist es genau umgekehrt. Eine detaillierte Übersicht ist den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Tab. 28: Sozialhilfebezug nach Alter und Nationalität im Stadtbezirk Mülheim – gesamt

Altersgruppe in Jahren	Sozialhilfebezieher/innen nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
unter 18	2941	35,7	1471	33,3
18 bis unter 25	669	8,1	377	8,5
25 bis unter 60	3629	44,1	2105	47,6
60 und älter	990	12,1	469	10,6
Gesamt	8229	100	4422	100

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Tab. 29: Sozialhilfebezug nach Alter und Nationalität im Stadtbezirk Mülheim – männlich

Altersgruppe in Jahren	Männliche Sozialhilfebezieher/innen nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
unter 18	1535	42,5	767	36,2
18 bis unter 25	223	6,2	162	7,6
25 bis unter 60	1466	40,5	985	46,4
60 und älter	390	10,8	209	9,8
Gesamt	3614	100	2123	100

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Tab. 30: Sozialhilfebezug nach Alter und Nationalität im Stadtbezirk Mülheim – weiblich

Altersgruppe in Jahren	Weibliche Sozialhilfebezieher/innen nach Nationalität			
	Deutsche		Ausländische	
	abs.	%	abs.	%
unter 18	1406	30,4	704	30,6
18 bis unter 25	446	9,7	215	9,4
25 bis unter 60	2163	46,9	1120	48,7
60 und älter	600	13,0	260	11,3
Gesamt	4615	100	2299	100

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Auf der Stadtteilebene zeigt sich im Wesentlichen eine ähnliche Altersstruktur der Sozialhilfebezieher/innen wie auf der Stadtbezirksebene. Bei den deutschen Sozialhilfebezieher/innen erstrecken sich die prozentualen Anteile der unter 18jährigen in den einzelnen Stadtteilen von nahezu einem Drittel (Mülheim 32,1%) bis zu mehr als vier Zehntel (Dünnwald 43,2%) und bei den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen unter 18 Jahren von etwa einem Viertel (Flittard 23,5%) bis zu ebenfalls mehr als vier Zehntel (Dünnwald 44,5%). Im Vergleich der Stadtteile ist der Anteil der unter 18jährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen im Stadtteil Flittard, die in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug leben, als unterdurchschnittlich und die entsprechenden Anteile für die deutschen und ausländischen Kinder und Jugendlichen im Stadtteil Dünnwald als überdurchschnittlich zu bezeichnen. Knapp überdurchschnittlich ist zudem der Anteil der deutschen Kinder und Jugendlichen in Haushalten mit Sozialhilfebezug im Stadtteil Höhenhaus und der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Haushalten mit Sozialhilfebezug im Stadtteil Stammheim. Der entsprechende Anteil liegt in diesen beiden Stadtteilen jeweils bei vier Zehntel (40,2%). Des Weiteren ist hervorzuheben, dass im Stadtteil Dünnwald sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen der höchste prozentuale Anteil auf die Altersgruppe „unter 18 Jahren“ entfällt. In allen anderen Stadtteilen ist die Altersgruppe „25 bis unter 60 Jahre“ am häufigsten vertreten. Die einzelnen prozentualen Anteile für diese Altersgruppe liegen für die deutschen Sozialhilfebezieher/innen zwischen 40,0 Prozent Stammheim und 47,3 Prozent in Mülheim und für die ausländischen Sozialhilfebezieher/innen zwischen 40,0 Prozent in Dünnwald bis zu 54,4 Prozent in Flittard.

Im Alter von 18 bis 25 Jahren ist in den einzelnen Stadtteilen rd. jede(r) zwölfte deutsche Sozialbezieher/in. Ein unterdurchschnittlicher Anteil ist hier für den Stadtteil Flittard mit 6,8 Prozent und ein überdurchschnittlicher für den Stadtteil Stammheim mit 9,9 Prozent zu verzeichnen. Bei den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen differieren die prozentualen Anteile für diese Altersgruppe etwas stärker voneinander als bei den deutschen 18 bis

25jährigen Sozialhilfebezieher/innen. Durchschnittlich ist in den einzelnen Stadtteilen rd. jede(r) zehnte ausländische Sozialhilfebezieher/in im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die niedrigsten Anteile weisen hier Buchforst (7,0%) und Mülheim (7,3%) aus. Überdurchschnittlich hoch ist für diese Altersgruppe im Stadtteilvergleich der Anteil in Flittard mit 15,2 Prozent.

Gegenwärtig liegt der Anteil der deutschen Sozialhilfebezieher/innen, die 60 Jahre und älter sind, im Durchschnitt oberhalb des entsprechenden Anteils bei den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen. Im Vergleich der Stadtteile ist für diese Altersgruppe der Anteil bei den deutschen Sozialhilfebezieher/innen im Stadtteil Stammheim als überdurchschnittlich zu bezeichnen. Dort ist rd. jede(r) sechste (15,7%) deutsche Sozialhilfebezieher/in 60 Jahre und älter. Leicht überdurchschnittlich ist der entsprechende Anteil für diese Altersgruppe bei den ausländischen Sozialhilfebezieher/innen in den Stadtteilen Buchforst und Höhenhaus. In beiden Stadtteilen ist etwa jede(r) siebte ausländische Sozialhilfebezieher/in 60 Jahre und älter. Unterdurchschnittlich sind die prozentualen Anteile für diese Altersgruppe für die ausländischen Sozialhilfebezieher/innen in den Stadtteilen Flittard (6,8%), Dünnwald (6,9%) sowie Stammheim (7,8%) und für die deutschen Sozialhilfebezieher/innen im Stadtteil Dünnwald (7,9%).

Die Angaben zur Altersstruktur verdeutlichen, dass deutsche und ausländische Sozialhilfebezieher/innen sich in den prozentualen Anteilen je unterschiedener Altersgruppe nur geringfügig unterscheiden. Diese Angaben geben jedoch keine Auskunft darüber, inwieweit die einzelnen Altergruppen von Sozialhilfebezug betroffen sind. Eine Auskunft darüber ermöglicht die Sozialhilfedichte je Altersgruppe. Die Sozialhilfedichten für die unterschiedenen Altersgruppen zeigt zweierlei: zum einen sind sowohl deutsche als auch ausländische Kinder in besonderer Weise von Sozialhilfebezug betroffen zum anderen liegt bei allen unterschiedenen Altersgruppen die Sozialhilfedichte für die ausländischen Sozialhilfebezieher/innen deutlich oberhalb der entsprechenden Sozialhilfedichten für die deutschen Sozialhilfebezieher/innen.

Für die vier unterschiedenen Altersgruppen bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt im Stadtbezirk Mülheim die Sozialhilfedichte für die deutschen Kinder und Jugendlichen jeweils über 10 Prozent und für die ausländischen Kinder und Jugendlichen oberhalb von 20 Prozent. Bei den deutschen Kindern und Jugendlichen findet sich die höchste Sozialhilfedichte in der Altersgruppe „3 bis unter 6 Jahre“. Jedes sechste Kind dieser Altersgruppe (16,9%) lebt in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Von den ausländischen Kindern dieser Altergruppe leben nahezu drei Zehntel (29,4%) in Haushalten mit Sozialhilfebezug. Die zweithöchste Sozialhilfedichte ist bei den deutschen Kindern und Jugendlichen für die Altersgruppe der bis zu 3jährigen (15,9%) zu verzeichnen, gefolgt von

der Altersgruppe „6 bis 10 Jahre“ (14,2%), „10 bis 14 Jahre“ (12,5%) sowie „14 bis 18 Jahre“ (11,4%). Bei den ausländischen Kindern und Jugendlichen beträgt die Sozialhilfedichte für die 6 bis 10jährigen 23,9 Prozent, für die 10 bis 14jährigen 23,6 Prozent und die 14 bis 18jährigen 21,5 Prozent.

Bei den unter dreijährigen Kindern mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zeigt sich sowohl für den Stadtbezirk Mülheim als auch für die einzelnen Stadtteile eine nach oben abweichende Sozialhilfedichte, die von den Autoren/innen dieses Berichtes nicht begründet werden kann und von daher offen bleiben muss. Die zugrundeliegenden Daten weisen für den Stadtbezirk Mülheim trotz mehrmaliger Überprüfung für die unter dreijährigen ausländischen Kinder eine Sozialhilfedichte von 61,3 Prozent aus. Auf der Städtelebene variiert die Sozialhilfedichte für ausländische Kinder dieser Altersgruppe zwischen 30,8 Prozent und 100 Prozent.

Bei den Einwohner/innen mit deutscher Staatsangehörigkeit nimmt im Stadtbezirk Mülheim die Sozialhilfedichte ab der Altersgruppe „18 bis 25 Jahre“ kontinuierlich ab. Für die Altersgruppe der 18 bis 25jährigen beträgt die Sozialhilfedichte 7,5 Prozent und für die Altersgruppe der über 75jährigen 2,6 Prozent. Bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit stellt sich der Verlauf ein wenig anders dar. Die niedrigste Sozialhilfedichte ist hier mit 11,9 Prozent für die 18 bis 25jährigen zu verzeichnen. Dann steigt sie in den beiden nächstfolgenden Altersgruppen wieder leicht an (25 bis 35 Jahre 14,4%; 35 bis 45 Jahre 14,6%) und geht in der Altersstufe der 45 bis 60jährigen wieder auf 12,1 Prozent zurück. Bei den ausländischen Senioren/innen steigt die Sozialhilfedichte wieder an. So bezieht von den 60 bis 75jährigen Senioren/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit etwas mehr als jede(r) Siebte (15,1%) und von den über 75jährigen nahezu drei Zehntel (28,3%) Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die beiden nachfolgenden Tabellen geben eine Übersicht über die Sozialhilfedichten für die deutschen und ausländischen Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim nach den unterschiedenen Altersgruppen.

Tab. 31: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen für die deutschen Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim

Altersgruppen in Jahren	Deutsche Einwohner/innen je Altersgruppe	davon Sozialhilfebezieher/innen	Sozialhilfedichte für deutsche Einwohner/innen nach Altersgruppen in %
0 bis unter 3	3885	618	15,9
3 bis unter 6	3509	594	16,9
6 bis unter 10	4419	626	14,2
10 bis unter 14	4558	571	12,5
14 bis unter 18	4653	532	11,4
18 bis unter 25	8938	669	7,5
25 bis unter 35	15072	1142	7,6
35 bis unter 45	20723	1313	6,3
45 bis unter 60	21548	1174	5,4
60 bis unter 75	20834	730	3,5
75 und älter	10113	260	2,6

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Tab. 32: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen für die ausländische Einwohner/innen im Stadtbezirk Mülheim

Altersgruppen in Jahren	Ausländische Einwohner/innen je Altersgruppe	davon Sozialhilfebezieher/innen	Sozialhilfedichte für ausländische Einwohner/innen nach Altersgruppen in %
0 bis unter 3	429	263	61,3
3 bis unter 6	933	274	29,4
6 bis unter 10	1435	343	23,9
10 bis unter 14	1391	328	23,6
14 bis unter 18	1226	263	21,5
18 bis unter 25	3155	377	11,9
25 bis unter 35	6755	974	14,4
35 bis unter 45	4217	614	14,6
45 bis unter 60	4258	517	12,1
60 bis unter 75	2577	389	15,1
75 und älter	283	80	28,3

Quelle: Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Jan. 2004)

Der Stadtteilvergleich zeigt zunächst, dass die Sozialhilfedichten für die deutschen und ausländischen Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren stärker voneinander differieren als

bei den Altersgruppen ab 18 Jahren aufwärts und dass die Sozialhilfedichten für die ausländischen Einwohner/innen für die einzelnen Altersgruppen stärker untereinander differieren als bei den deutschen Einwohner/innen. In der Regel liegen zudem die altersbezogenen Sozialhilfedichten für die Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit oberhalb der entsprechenden Sozialhilfedichte für die Einwohner/innen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit bis auf zwei Ausnahmen, wo es umgekehrt ist.

Wie auf Bezirksebene weisen auch auf Stadtteilebene von den deutschen Einwohner/innen in allen Stadtteilen die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren die höchsten Sozialhilfedichten aus. Bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit weist neben den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren auch die Altersgruppe der über 75jährigen eine erhöhte Sozialhilfedichte aus. Für die Altersgruppen der unter dreijährigen, der drei- bis sechsjährigen und der sechs bis zehnjährigen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit ist in den Stadtteilen Buchforst und Buchheim eine überdurchschnittlich hohe Sozialhilfedichte zu verzeichnen. Jeweils ein Fünftel bis ein Viertel der Kinder in diesen Altersgruppen lebt in diesen beiden Stadtteilen in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Demgegenüber sind im Stadtteil Dellbrück die Sozialhilfedichten sowohl für diese drei Altersgruppen als auch für alle weiteren unterschiedenen Altersgruppen (jeweils nur bezogen auf deutsche Einwohner/innen) als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Das Gleiche gilt im Stadtteil Flittard für acht der elf unterschiedenen Altersgruppen, d.h. außer in den Altersgruppen 6 bis 10 Jahre, 25 bis 35 Jahre und 35 bis 45 Jahre. Die jeweilige Sozialhilfedichte für die deutschen Einwohner/innen dieser drei Altersgruppen liegt in Flittard jeweils am unteren Ende des Durchschnittsbereiches. Ferner ist hervorzuheben, dass der Stadtteil Buchforst ebenso wie bei den unter 10jährigen auch bei den 10 bis 14jährigen und 14 bis 18jährigen deutschen Kindern und Jugendlichen eine überdurchschnittliche Sozialhilfedichte aufweist. Dies gilt für die beiden letztgenannten Altersgruppen auch für den Stadtteil Mülheim. Für die verbleibenden Altersgruppen (ab 18 Jahre aufwärts) liegen die Sozialhilfedichten für den deutschen Bevölkerungsteil überwiegend relativ dicht beieinander und – bis auf drei Ausnahmen – unterhalb von zehn Prozent.

Bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sind die Sozialhilfedichten für die beiden Altersgruppen „unter 3 Jahre“ und „75 Jahre und älter“ zurückhaltend zu betrachten, auch wenn sie durchaus aussagekräftig sind. Wie bereits ausgeführt, sind die Sozialhilfedichten für die ausländischen Kinder unter drei Jahren in acht der neun Stadtteile überaus hoch. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass den Prozentangaben zum Teil nur niedrige absolute Zahlen zugrunde liegen. So leben bspw. in dem Stadtteil Höhenhaus alle zehn Kinder unter drei Jahren mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug, was einer Sozialhilfedichte von 100 Prozent für diese Altersgruppe in diesem Stadtteil entspricht. Wenngleich also die Höhe der Sozialhilfedichten

für diese Altersgruppe mit Vorsicht zu interpretieren ist, verweisen sie gleichwohl darauf, dass ein hoher Teil der ausländischen Kinder unter drei Jahren in Haushalten mit prekärer Einkommenssituation aufwächst. Ferner ist die Anzahl der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, die 75 Jahre und älter sind, in acht der neun Stadtteile ebenfalls relativ gering, so dass auch in diesen Stadtteilen die Berechnung der Sozialhilfedichte für diese Altersgruppe auf niedrigen absoluten Zahlen gründet. Gleichwohl bedeuten diese Angaben, dass auch in dieser Altersgruppe ein großer Teil nur über ein geringfügiges Einkommen verfügt.

Von den drei bis sechsjährigen Kindern mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit lebt etwas mehr als jedes Sechste bis hin zu etwas mehr als vier Zehntel in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Für diese Altersgruppe ist im Stadtteilvergleich für Dellbrück (42,3%) und Stammheim (38,6%) eine überdurchschnittliche und für Höhenhaus (17,4%) und Buchheim (21,5%) eine unterdurchschnittliche Sozialhilfedichte zu registrieren. Eine vergleichbare Situation findet sich auch bei den 6 bis 10jährigen ausländischen Kindern. Eine unterdurchschnittliche Höhe der Sozialhilfedichte weisen hier Höhenhaus (16,0%) und Buchforst (16,7%) aus. Für Stammheim (43,8%) und Dellbrück (38,7) ist die Sozialhilfedichte auch für diese Altersgruppe als überdurchschnittlich zu bezeichnen. Für die Altersgruppe der 10 bis 14jährigen Kinder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit liegen die Sozialhilfedichten in den meisten Stadtteilen relativ dicht beieinander. Sie erstrecken sich in sieben der neun Stadtteile von 20 Prozent bis zu 27,3 Prozent. Einen höheren Wert haben hier die Sozialhilfedichten in den Stadtteilen Dellbrück und Stammheim. In Dellbrück leben drei Zehntel (30,3%) der 10 bis 14jährigen ausländischen Kinder in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Eine noch höhere Sozialhilfedichte für diese Altersgruppe weist der Stadtteil Stammheim aus. Dort lebt von den 82 zeh- bis vierzehnjährigen ausländischen Kinder nahezu jedes Zweite (48,8%) in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei den 14 bis 18jährigen. Die durchschnittliche Höhe der Sozialhilfedichte reicht für diese Altersgruppe der Kinder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit von 18,3 Prozent in Buchheim bis zu 26,6 Prozent in Dellbrück. Im Vergleich dazu hat Flittard für diese Altersgruppe eine unterdurchschnittliche (9,8%) Sozialhilfedichte und Stammheim wiederum eine überdurchschnittliche (41,0%).

Insgesamt gesehen hat der Stadtteil Stammheim bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Vergleich mit den anderen Stadtteilen über alle unterschiedenen Altersgruppen hinweg eine überdurchschnittlich hohe Sozialhilfedichte. Der Stadtteil Dellbrück hat hier im Unterschied zu den unterdurchschnittlichen Sozialhilfedichten bei den deutschen Sozialhilfedichten in allen Altersgruppen eine durchschnittliche bis überdurchschnittliche Sozialhilfedichte. Demgegenüber weist der Stadtteil Flittard auch bei den Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Vergleich mit den

anderen Stadtteilen für die Mehrzahl der unterschiedenen Altersgruppen eine leichte bis stärker ausgeprägte unterdurchschnittliche Sozialhilfedichte aus und für zwei Altersgruppen sind in diesem Stadtteil die entsprechenden Werte als überdurchschnittlich (18 bis 25 Jahre) bzw. leicht überdurchschnittlich (35 bis 45 Jahre) zu bezeichnen.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass in den anderen sieben Stadtteilen die Sozialhilfedichten für die Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, die 18 Jahre und älter sind, bis auf wenige Ausnahmen relativ nahe beieinander liegen. Abweichend hiervon ist die Sozialhilfedichte für die 18 bis 25jährigen in Mülheim als unterdurchschnittlich anzusehen. Gleiches gilt bei den beiden nächsthöheren Altersgruppen (25 bis 35 Jahre und 35 bis 45 Jahre) für den Stadtteil Höhenhaus. In Holweide und Stammheim weisen 60 bis 75jährigen Einwohner/innen eine überdurchschnittliche Sozialhilfedichte aus. Entsprechendes gilt für die Stadtteile Buchforst und Dünwald für die Altersgruppe der 75 Jahre und älteren Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.

Hauptanlässe für den Sozialhilfebezug

Die Sozialhilfestatistik unterscheidet bei den Anlässen für den Sozialhilfebezug im Wesentlichen folgende Ursachenkategorien:

- Geringes Erwerbseinkommen
- Arbeitslosigkeit
- Alleinerziehung
- Erwerbslosigkeit aus Altersgründen
- Überbrückung SGB III
- Krankheit/ Behinderung
- Sonstige Anlässe

In Anlehnung an Alisch/ Dangschat wird im folgenden der Begriff „Anlass“ anstelle des Ursachenbegriffs für den Sozialhilfebezug verwandt. Denn Ursachen im engeren Sinne sind „die Art der ökonomischen Umstrukturierung, die politische Deregulierung der Arbeits- und Wohnungsmärkte, die Orientierung der Stadtregionen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, eine die räumliche Ungleichheit verschärfende Stadtplanung und die entstehenden Segregationsmuster mit der räumlichen Konzentration sozial Benachteiligter in benachteiligenden Wohn- und Wohnumfeldsituationen“ (1998, S. 36, Anm. 11); d.h. die Ursachen gehen den eigentlichen Anlässen für den Sozialhilfebezug voraus. Zudem ist anzumerken, dass die unterschiedenen Anlasskategorien die Komplexität der Anlässe für

den Sozialhilfebezug nur annähernd wiederzugeben vermögen. Ein Ausdruck hierfür ist der hohe prozentuale Anteil, der auf die Kategorie „Sonstige Anlässe“ entfällt. In diesem Zusammenhang führen Alisch und Dangschat aus, dass sich der hohe prozentuale Anteil für die Kategorie „Sonstige Anlässe“ darauf zurückführen lässt, „dass die zuständigen Sachbearbeiter der Sozialbehörden ‘Beiblätter’ zu den Sozialhilfeakten führen, in denen u.a. auch die vermuteten ‘Gründe’ für den Antrag eingetragen werden. Da nur eine Möglichkeit der ‘Ursachen’ vorgesehen ist und möglicherweise weitere Gründe dafür sprechen, in keinem Feld ein Kreuzchen zu machen, werden Nicht-Angaben zu ‘Sonstige’ subsumiert“ (ebd. S. 94, Anm. 31).

Die Eingruppierung der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften richtet sich nach der Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes. Die Sozialhilfestatistik unterscheidet danach Sozialhilfebedarfsgemeinschaften nach deutscher, ausländischer und deutsch/ausländischer Staatsangehörigkeit. Für die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes wird die Anlassstruktur sowohl auf der Stadtbezirks- als auch Stadtteilebene dargestellt. Für die deutsch/ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften erfolgt dies aufgrund der teilweise geringen absoluten Zahlen auf Stadtteilebene allein auf der Stadtbezirksebene.

Im Stadtbezirk Mülheim beziehen im Juli 2004 insgesamt 7046 Bedarfsgemeinschaften Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der offenen Sozialhilfe. Von diesen haben knapp zwei Drittel (64,1%) einen Haushaltsvorstand mit deutscher Staatsangehörigkeit, nahezu drei Zehntel (29,3%) einen Haushaltsvorstand mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit und jede fünfzehnte (6,6%) Sozialhilfebedarfsgemeinschaft ist der Rubrik „deutsch/ ausländisch“ zugeordnet. Bei allen drei Gruppierungen sind auf Stadtbezirksebene die beiden Anlasskategorien „Arbeitslosigkeit“ und „Sonstige Anlässe“ am häufigsten genannt. Bei den deutschen und deutsch/ ausländischen Bedarfsgemeinschaften ist Arbeitslosigkeit der häufigste Anlass für den Sozialhilfebezug. Etwas mehr als ein Drittel (35,6%) der deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften und annähernd die Hälfte der deutsch/ ausländischen Bedarfsgemeinschaften beziehen aufgrund von Arbeitslosigkeit Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei beiden Gruppierungen ist rd. ein Fünftel (deutsche 22,0%; deutsch/ ausländische 19,7%) der Kategorie „Sonstige Anlässe“ zugeordnet. Bei den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit einem ausländischen Haushaltsvorstand entfallen demgegenüber die häufigsten Nennungen auf die Kategorie „Sonstige Anlässe“. Bei ihnen sind vier Zehntel (41,0%) der Anlässe der Kategorie „Sonstiges“ zugeordnet. Etwas mehr als ein Drittel (35,6%) der ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften bezieht aufgrund von Arbeitslosigkeit Hilfe zum Lebensunterhalt. Der dritthäufigste Anlass für den Sozialhilfebezug ist bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften „Alleinerziehung“ und bei den ausländischen und deutsch/

ausländischen Bedarfsgemeinschaften „Geringfügiges Einkommen“. Etwas weniger als ein Fünftel (18,9%) der deutsch/ ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften und knapp ein zehntel der ausländischen Bedarfsgemeinschaften bezieht wegen eines geringen Erwerbseinkommens Hilfe zum Lebensunterhalt. Für etwas weniger als einem Sechstel (15,1%) der deutschen Bedarfsgemeinschaften ist alleinerziehend der Hauptanlass für den Sozialhilfebezug. Des Weiteren werden für die deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften die Kategorien „Geringes Einkommen“ (9,3%), „Erwerbslosigkeit aus Altersgründen“ (8,8%) und „Krankheit/ Behinderung“ (8,9%) annähernd gleich häufig aufgeführt. Bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften ist „Alleinerziehung“ mit 7,5 Prozent der vierthäufigste Anlass für den Sozialhilfebezug. „Erwerbslosigkeit aus Altersgründen“ und „Krankheit/ Behinderung“ sind hier von geringer Bedeutung. Das Gleiche gilt für die deutsch/ ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften. „Alleinerziehung“ ist für diese Bedarfsgemeinschaften ebenfalls der vierthäufigste Anlass und „Erwerbslosigkeit aus Altersgründen“ und „Krankheit/ Behinderung“ sind auch für diese Gruppierung von geringer Bedeutung. Für alle drei Gruppierungen ist die Anlasskategorie „Überbrückung SGB III“ am geringsten besetzt. Der entsprechende prozentuale Anteil liegt jeweils bei 0,3 Prozent und darunter. Diese Kategorie kommt zum Tragen, wenn eigentlich vorrangige Leistungen noch nicht zur Verfügung stehen und den Antragstellern aus diesem Grund eine Überbrückung gewährt wird.

Die nachfolgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Hauptanlässe für den Sozialhilfebezug im Stadtbezirk Mülheim.

Tab. 33: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Stadtteilen des Stadtbezirkes Mülheim nach Anlass der Bezuges

Anlass für Sozialhilfebezug	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften nach Nationalität					
	Deutsche		Ausländische		Deutsch/ Ausländische	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Geringes Erwerbseinkommen	419	9,3	193	9,4	88	18,9
Arbeitslosigkeit	1608	35,6	685	33,2	210	45,1
Alleinerziehung	683	15,1	154	7,5	53	11,4
Erwerbslosigkeit aus Altersgründen	400	8,8	87	4,2	9	1,9
Überbrückung SGB III	15	0,3	1	0,1	1	0,2
Krankheit/ Behinderung	401	8,9	96	4,6	13	2,8
Sonstiger Anlass	993	22,0	845	41,0	92	19,7
Gesamt	4519	100	2061	100	466	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Juli 2004)

Auch auf der Stadtteilebene sind bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften „Arbeitslosigkeit“, „Sonstige Anlässe“ und „Alleinerziehung“ die am häufigsten genannten Anlässe für den Sozialhilfebezug. Bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften sind auch in den einzelnen Stadtteilen „Arbeitslosigkeit“ und „Sonstige Anlässe“ mit Abstand die am stärksten besetzten Anlasskategorien. „Alleinerziehung“ und „Geringfügiges Erwerbseinkommen“ folgen hier mit großem Abstand. „Erwerbslosigkeit aus Altersgründen“ und „Krankheit/ Behinderung“ sind auch auf Stadtteilebene bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften von geringer Bedeutung. Bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften kommt den Anlasskategorien „Geringes Erwerbseinkommen“, „Erwerbslosigkeit aus Altersgründen“ und „Krankheit/ Behinderung“ eine gleichstarke Bedeutung zu und können hier als vierthäufigster Anlass für den Sozialhilfebezug gesehen werden.

Insgesamt gesehen lässt sich des Weiteren sagen, dass die prozentualen Anteile für die einzelnen Anlasskategorien bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften weniger stark variieren als bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften. Dies gilt insbesondere für die Kategorie „Sonstige Anlässe“ und weniger ausgeprägt für die Kategorie „Arbeitslosigkeit“. Im Stadtteilvergleich erstrecken sich für die deutschen Haushalte mit Sozialhilfebezug die prozentualen Anteile, die auf die Anlasskategorie „Arbeitslosigkeit“

entfallen, von annähernd drei Zehntel in Flittard bis hin zu rd. vier Zehntel im Stadtteil Mülheim, wobei die prozentualen Anteile für Mülheim (39,2%) und Buchheim (37,6%) als überdurchschnittlich und für Flittard (28,0%) als unterdurchschnittlich zu bezeichnen sind. Bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften ist im Stadtteilvergleich der Anteil, der in Mülheim (38,4%) auf die Anlasskategorie „Arbeitslosigkeit“ entfällt, ebenfalls als überdurchschnittlich zu bewerten. Demgegenüber sind für diese Kategorie die entsprechenden Anteile in Stammheim (16,5%) und Flittard (11,6%) als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. In der Zuordnung zur Kategorie „Sonstige Anlässe“ zeigen sich zwischen den Stadtteilen bei den ausländischen Haushalten mit Sozialhilfebezug deutliche Unterschiede. So wurden für den Stadtteil Flittard mehr als drei Viertel (77,7%) der Anlässe für den Sozialhilfebezug der Kategorie „Sonstige Anlässe“ zugeordnet. Für den Stadtteil Stammheim entfallen sieben Zehntel (69,9%) der Nennungen auf diese Kategorie. Für Dellbrück sind es nahezu zwei Drittel (64,8%) und für Dünwald rd. die Hälfte (48,2%). In den verbleibenden Stadtteilen gruppieren sich die Nennungen für die Kategorie „Sonstige Anlässe“ um rd. ein Drittel. Bei den deutschen Haushalten mit Sozialhilfebezug schwanken die Anteile, die auf die Kategorie „Sonstige Anlässe“ entfallen, zwischen 17,6 Prozent in Stammheim und 26,2 Prozent in Buchforst. Bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften ist die Kategorie „Sonstige Anlässe“ in sieben der neun Stadtteile der am zweithäufigsten genannte Anlass für den Sozialhilfebezug. In den Stadtteilen Höhenhaus und Stammheim ist die Kategorie „Sonstiges“ nach „Alleinerziehung“ der dritthäufigste genannte Anlass. Für die ausländischen Haushalte mit Sozialhilfebezug ist noch hinzuzufügen, dass im Vergleich der Stadtteile bei ihnen die Kategorie „Geringes Erwerbseinkommen“ in Buchforst (13,8%) und Buchheim (11,8%) und die Kategorie „Alleinerziehung“ in den Stadtteilen Holweide (12,4%) und Dünwald (10,9%) überdurchschnittlich häufig genannt werden.

Sozialhilfebedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform

Bei der Darstellung der Haushaltsformen der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften werden folgende Formen unterschieden:

- Alleinstehend
- Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder
- Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern) und
- Sonstige Bedarfsgemeinschaften.

Darüber hinaus wird für die Stadtbezirksebene die Kategorie „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“ differenziert nach „Ehepaare mit Kind(ern)“, „Nichteheliche Lebensgemeinschaften

mit Kind(ern)“ und „Alleinerziehende mit Kind(ern)“. Des Weiteren wird auf der Stadtbezirkebene die Verteilung der Haushaltsformen wiederum für die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit deutschem, ausländischen und deutsch/ausländischem Haushaltsvorstand und auf der Stadtteilebene für deutsche und ausländische Sozialhilfehaushalte dargestellt.

Im Stadtbezirk Mülheim sind vier Zehntel (39,5%) der 4519 deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften Haushalte von Alleinstehenden. Etwas mehr als drei Zehntel (31,7%) der deutschen Sozialhilfehaushalte sind Haushalte mit Kind(ern), rd. ein Neuntel (11,5%) Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder und etwas mehr als ein Sechstel (17,3%) der deutschen Sozialhilfehaushalte sind der Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ zugeordnet.

Bei den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit einem ausländischen Haushaltsvorstand sind die Mehrheit der Sozialhilfehaushalte Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern). Ebenso wie bei den deutschen Bedarfsgemeinschaften leben in etwas mehr als drei Zehntel (31,7%) der ausländischen Sozialhilfehaushalte Kinder. Nur wenig niedriger ist bei den ausländischen Sozialhilfehaushalte der Anteil, der auf die Kategorie „Alleinstehend“ entfällt. Knapp drei Zehntel (29,1%) der ausländischen Sozialhilfehaushalte sind Haushalte von Alleinstehenden. Als relativ hoch ist bei den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit einem ausländischen Haushaltsvorstand der Anteil für die Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ anzusehen. Nahezu ein Viertel (23,1%) der Nennungen entfällt auf diese Kategorie. Das verbleibende Sechstel (16,1%) der ausländischen Sozialhilfehaushalte sind Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder.

Die Verteilung der Haushaltsformen bei den deutsch/ ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften unterscheidet sich in zwei Kategorien von der entsprechenden Verteilung bei den deutschen und ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften. Von den deutsch/ ausländischen Sozialhilfehaushalten sind annähernd zwei Drittel (64,7%) Haushalte mit Kind(ern). Der Anteil der Alleinstehenden beträgt hier nur 0,4 Prozent. Ein Viertel (24,0%) der deutsch/ ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften sind Haushalte ohne Kinder und ein weiteres Neuntel (10,9%) der Nennungen entfällt auf die Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verteilung der Haushaltsformen der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften für den Stadtbezirk Mülheim.

Tab. 34: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften im Stadtbezirk Mülheim nach Haushaltsformen und Nationalität des Haushaltsvorstandes

Haushaltsformen	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften im Stadtbezirk Mülheim					
	Deutsche		ausländische		deutsch/ ausländische	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Alleinstehende	1785	39,5	600	29,1	2	0,4
Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder	518	11,5	331	16,1	112	24,0
Ehepaare mit Kind(ern)	283	6,3	305	14,8	209	44,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kinder(ern)	65	1,4	23	1,1	17	3,7
Alleinerziehende mit Kinder(ern)	1087	24,0	326	15,8	75	16,1
Sonstige Bedarfsgemeinschaften	781	17,3	476	23,1	51	10,9
Gesamt	4519	100	2061	100	466	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Juli 2004)

Betrachtet man nun die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern nach den Haushaltsformen „Ehepaare mit Kind(ern)“, „Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern)“ und „Alleinerziehende mit Kind(ern)“, so zeigen sich in der prozentualen Verteilung bei den drei unterschiedlichen Nationalitätszugehörigkeiten unterschiedliche Gewichtungen. Von den 1435 deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern sind Dreiviertel (75,8%) alleinerziehende Haushalte, ein Fünftel (19,7%) Ehepaare mit Kind(ern) und 4,5 Prozent nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern). Von den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit einem ausländischen Haushaltsvorstand sind 654 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Von diesen sind die Hälfte (49,9%) alleinerziehende Haushalte und geringfügig weniger Ehepaare mit Kind(ern) (46,6%). Auch hier entfällt nur ein geringer Teil auf die Haushaltsform „Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern)“ (3,5%). Bei den deutsch/ ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern entfallen sieben Zehntel (69,4%) auf die Kategorie „Ehepaare mit Kind(ern)“ und ein Viertel

(24,9%) auf die Kategorie „Alleinerziehende mit Kind(ern)“. Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern beträgt hier 5,7 Prozent.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern auf die drei unerschiedenen Haushaltsformen.

Tab. 35: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern im Stadtbezirk Mülheim nach Haushaltsform und Nationalität des Haushaltsvorstandes

Haushaltsformen	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Kindern im Stadtbezirk Mülheim					
	Deutsche		ausländische		deutsch/ ausländische	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Ehepaare mit Kind(ern)	283	19,7	305	46,6	209	69,4
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kinder(ern)	65	4,5	23	3,5	17	5,7
Alleinerziehende mit Kinder(ern)	1087	75,8	326	49,9	75	24,9
Gesamt	1435	100	654	100	301	100

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Statistisches Informationssystem (Stand: Juli 2004)

Im Stadtteilvergleich variieren die prozentualen Anteile voneinander, die in den neun Stadtteilen jeweils auf die beiden Kategorien „Alleinstehend“ und „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“ entfallen. In den einzelnen Stadtteilen sind bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften „Alleinstehend“ und „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“ die am häufigsten vertretenen Haushaltsformen. Bei den ausländischen Bedarfsgemeinschaften kommt zusätzlich auch der Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ eine hohe Bedeutung zu.

In vier Stadtteilen (Mülheim, Buchforst, Buchheim und Dellbrück) ist bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften die Kategorie „Alleinstehend“ am häufigsten genannt. Die entsprechenden Anteile für diese Kategorie reichen in diesen vier Stadtteilen von 40,6 Prozent in Buchforst bis zu 47,8 Prozent in Mülheim. Unterdurchschnittlich sind hier die Anteile in Stammheim (23,8%) und Dünnwald (27,6%). In den Stadtteilen Holweide, Höhenhaus, Dünnwald, Stammheim und Flittard entfallen bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften die häufigsten Nennungen auf die Kategorie „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“. Hier sind die Anteile für Dünnwald (43,9%), Höhenhaus (41,8%) und Flittard (41,3%) als überdurchschnittlich zu bezeichnen, während

der Anteil, der in Mülheim auf diese Kategorie entfällt (25,2%), als unterdurchschnittlich zu bewerten ist. Die Anteile für die Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ liegen bei den deutschen Sozialhilfehaushalten in den einzelnen Stadtteilen zwischen einem Siebtel und gut einem Fünftel. Überdurchschnittlich häufig wird diese Kategorie für Stammheim (22,9%) und Buchheim (20,7%) sowie unterdurchschnittlich für Holweide (14,4%) benannt.

Bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften ließe sich einerseits die Verteilung auf die drei Hauptkategorien als gleichmäßiger als bei den deutschen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften bezeichnen andererseits ist die Variationsbreite innerhalb der einzelnen Kategorien größer. In zwei Stadtteilen (Mülheim und Flittard) ist die Kategorie „Alleinstehend“ am häufigsten genannt. In einem Stadtteil (Dellbrück) sind die Kategorien „Alleinstehend“ und „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“ gleich häufig aufgeführt. Darüber hinaus entfällt in den Stadtteilen Buchforst, Buchheim, Holweide, Dünwald und Stammheim der höchste Anteil jeweils auf die Haushaltsform „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“. Zudem ist in den Stadtteilen Buchheim, Höhenhaus und Dünwald nach den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern die Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ am zweithäufigsten genannt. Innerhalb der Kategorien ist im Stadtteilvergleich der hohe Anteil der Alleinstehenden im Stadtteil Flittard hervorstechend. In Flittard sind zwei Drittel (66,0%) der ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften Haushalte von Alleinstehenden. In den übrigen Stadtteilen schwankt der entsprechende Anteil zwischen einem Siebtel (Dünwald 14,5%) und maximal einem Drittel (Dellbrück 32,8%). Auch für die Kategorie „Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern)“ variieren die Werte in den Stadtteilen relativ stark voneinander. Sie erstrecken sich von knapp einem Zehntel (Flittard 9,7%) bis nahezu der Hälfte (Dünwald 49,1%). Am oberen Durchschnittsbereich liegen hier auch die Anteile für Stammheim (42,9%) und Buchforst (42,3%). Darüber hinaus weisen die Stadtteile Buchheim (29,4%) und Höhenhaus (30,1%) im Stadtteilvergleich für die Kategorie „Sonstige Bedarfsgemeinschaften“ überdurchschnittliche sowie Buchforst (9,8%) und Stammheim (14,8%) unterdurchschnittliche Anteile aus. Die Kategorie „Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder“ ist bei den ausländischen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in allen Stadtteilen am geringsten ausgeprägt. Die beiden Stadtteile Buchforst (21,1%) und Holweide (18,8%) erreichen in dieser Kategorie im Vergleich zu den anderen Stadtteilen die höchsten und gleichzeitig auch überdurchschnittlichen Werte. Flittard hat hier den niedrigsten Wert. In den anderen Stadtteilen sind ein Neuntel (10,7%) bis zu etwas weniger als ein Fünftel (18,0%) der ausländischen Sozialhilfehaushalte Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder.

1.5 Wohnungsversorgung²

Von den 912 Anträgen auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines, die im Jahr 2004 (Stichtag 15.10.2004) aus dem Stadtbezirk Mülheim gestellt wurden, kamen 331 Anträge (36,29 %) von ausländischen Haushalten. In 89,47 % der Antragstellungen wurde gleichzeitig die Unterstützung bei der Wohnungssuche beantragt.

Der hohe Anteil ausländischer Haushalte unter den Wohnungssuchenden verweist darauf, dass offensichtlich viele Migrantinnen und Migranten die Erfahrung machen, aus eigener Kraft und ohne behördliche Unterstützung keine geeignete Wohnung anmieten zu können. Dies ist im Rahmen der stadtteilbezogenen Arbeit des Sozialen Dienstes der Fachstelle Wohnen spürbar. Neben deutschen Haushalten wenden sich viele Wohnungssuchende mit Migrationshintergrund, die in beengten Wohnverhältnissen oder in Wohnungen mit schlechter Ausstattung wohnen, an die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Fachstelle und der Wohnungsbaugesellschaft GAG, die eine sozialräumliche Steuerung der Wohnungsbelegung vornehmen.

Die Versorgung von Menschen in unzureichenden Wohnverhältnissen mit bedarfsgerechten Wohnungen ist neben der Vermeidung von Wohnungslosigkeit eine der Kernaufgaben der Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziales und Senioren.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hat die Fachstelle Wohnen grundsätzlich ein Vorschlagsrecht bei der Vermietung öffentlich geförderter Wohnungen, die von den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern freigemeldet werden. Aufgrund einer bestehenden Vereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen wird jedoch von diesem Recht nur Gebrauch gemacht, wenn keine Nachmieterinnen und Nachmieter durch Hauseigentümergebietervorschläge benannt werden, die als dringlich (Rangstufen 1 bis 6 des Dringlichkeitskataloges der Stadt Köln) eingestuft worden sind.

Darüber hinaus hat die Fachstelle stadtweit vertragliche Belegungsrechte an 8783 Wohnungen, die überwiegend im Besitz der GAG sind. Davon verteilen sich 2555 Wohneinheiten auf den Stadtbezirk Mülheim. Mit Hilfe dieser Wohnungen wird eine Unterstützung dringlich wohnungssuchender Haushalte bei der Wohnungsanmietung gewährleistet, die ohne städtische Hilfe erfolglos sind, da sie wirtschaftlich schwach sind oder aus anderen Gründen nicht die Akzeptanz der Vermieterinnen und Vermieter freifinanzierter oder öffentlich geförderter Wohnungen finden.

² Beitrag des Dezernates Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung

In Kölner Quartieren des Sozialen Wohnungsbaus, in denen Belegungsrechte in größerem Umfang konzentriert sind, wird die Wohnungsbelegung durch die Fachstelle Wohnen gesteuert. Im Stadtbezirk Mülheim finden sich solche Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues insbesondere in der Hacketäuer-Siedlung, Rixdorfer Straße, Hermann-Kunz-Straße und Gerhart-Hauptmann-Straße. Die Vergabe der Wohnungen in diesen Quartieren orientiert sich an der Zielsetzung einer sozial ausgewogenen Mieterstruktur, durch die eine Entmischung, Benachteiligung oder gar Ghettoisierung der Wohngebiete vermieden werden soll. In stadtteilbezogenen Arbeitskreisen, in denen die Fachstelle Wohnen, Wohnungsunternehmen und weitere örtliche Akteurinnen und Akteure kooperieren, werden Einschätzungen der Situation vorgenommen und Entwicklungstendenzen beobachtet, auf deren Grundlage die jeweils individuelle Entscheidung über die Wohnungsvergabe erfolgt. Bei Erstbezug von Neubaugebieten mit 50 und mehr Wohneinheiten wird zwischen dem Wohnungsunternehmen und der Stadt ein Belegungskonzept abgestimmt, wie dies beispielsweise in der Siedlung Am Donewald umgesetzt worden ist.

Durch den Ausschuss für Hoch- und Wohnungsbau wurden Anfang der 90er Jahre Empfehlungen hinsichtlich einer Mischung verschiedener Personengruppen beim Erstbezug von Neubauten ausgesprochen, um sozial ausgewogene und verträgliche Mieterstrukturen zu erreichen. Demnach sollte der Anteil ausländischer Familien bei etwa 20 % liegen. In der Belegungspraxis in Kölner Stadtteilen erwies sich diese Quote als zunehmend unrealistisch, da der Bedarf an Wohnungen zur Versorgung ausländischer Haushalte weitaus höher lag.

Daher wird jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten entschieden, welche Mischung verschiedener Mietergruppen sozialverträglich ist. Hierzu gehört neben der Beachtung der unterschiedlichen Nationalitäten auch die Einschätzung möglicher Störungspotenziale durch den Zuzug von Problemhaushalten. Maßgeblich für eine sozial ausgewogene Belegung ist die Frage, inwieweit die vorhandenen Strukturen der Wohngebiete geeignet sind, bei der Integration verschiedener Kulturen und Haushalte mit Problemen entsprechende unterstützende Hilfe bieten zu können.

Ein wichtiger Indikator für die spätere Wohnzufriedenheit im Quartier ist der Wunsch, in einem bestimmten Viertel wohnen zu sollen. Der Zusammenhalt der oftmals großen Familien ist in ausländischen Haushalten besonders ausgeprägt, so dass die Wohnungssuche von der räumlichen Nähe zu Angehörigen maßgeblich beeinflusst wird.

Neben der Steuerung der Wohnungsbelegung sind weitere Handlungsstrategien erforderlich, um das friedliche Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnquartieren zu

fördern und Ausgrenzungen zu vermeiden. Die notwendigen Maßnahmen werden im Zusammenwirken von Mieterinnen und Mietern, Vermieterinnen und Vermietern, freien Trägern und der Fachverwaltung erarbeitet. Sie zielen generell auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren ab: die Stabilisierung der dort lebenden Haushalte, Förderung von Bewohnerinitiativen, Aufbau sozialer Angebote und Einrichtungen und die Gründung von Mieteräten. Je nach Bedarfslage werden so in den Wohngebieten Angebote geschaffen, die auf spezielle Zielgruppen zugeschnitten sind, wie beispielsweise Sprachkurse für Ausländerinnen und Ausländer oder Gesprächsgruppen für türkische Frauen.

Nachfolgend wird anhand von zwei Beispielen das individuelle Vorgehen bei der Belegung in Mülheimer Wohnsiedlungen dargestellt:

Auf dem Gebiet der ehemaligen **Hacketäuer – Kaserne** werden 592 Wohnungen durch die Fachstelle Wohnen belegt. Im Arbeitskreis Hacketäuer findet zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst, der Christlichen Sozialhilfe e.V., der Wohnungsbaugesellschaft GAG und der Fachstelle Wohnen die Feinabstimmung statt. Neben der Belegungssteuerung steht die Unterstützung von Mieterinnen und Mietern bei der Bewältigung von Problemlagen im Vordergrund. In diesem Wohngebiet beläuft sich der Anteil ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger auf ca. 25 %, der Anteil der Mieterinnen und Mieter mit Migratonshintergrund auf schätzungsweise 45 %.

Die ehemalige Laubengangsiedlung **Rixdorfer Straße 82 – 92** (111 Wohneinheiten) der Deutschen Wohnungsbaugesellschaft wurde in Zusammenarbeit zwischen Fachstelle Wohnen, DEWOG und Mieterat schrittweise freigesetzt, ihre Sanierung geplant und die anschließende Widerbelegung abgestimmt. Ein sehr hoher Anteil (77 %) der heutigen Mieterinnen und Mieter mit Migrationshintergrund sind aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien oder einem anderen europäischen Land.

Aufgrund der hohen Zufriedenheit mit dem multikulturellen Zusammenleben im Wohngebiet und der Nachbarschaft ist die Fluktuation sehr gering. Der konstante Anteil an ausländischen Mieterinnen und Mietern verjüngt sich durch die Vererbung von Mietverträgen und die eigenständige Wohnungsversorgung erwachsener Kinder im Wohngebiet. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer erfahren in der Siedlung selbst sowie im Stadtteil eine hohe Akzeptanz. Die Mieterinnen und Mieter gleich welche Nationalität nehmen bei persönlichen sozialen Schwierigkeiten Hilfen wie ambulante Begleitungen, psychologische und sozialpädagogische Familienberatung oder hauswirtschaftliche Dienste des örtlichen Trägers (Christliche Sozialhilfe e.V.) an. Zudem wird die Arbeit des Mieterates bei der Planung von

Wohnumfeldmaßnahmen wie z.B. Pflege des Baumbestandes, Schutz vor wilden Müllablagerungen und Spielplatzgestaltung gefördert. Der Mieterat setzt sich analog dem Anteil Mieterinnen und Mietern mit Migrationshintergrund zusammen. Er trägt der Fachstelle Wohnen alters- oder krankheitsbedingte sowie familienstrukturelle Umzugswünsche vor, die in der Belegungsentscheidung berücksichtigt werden.

Die Erfahrungen in der Stadtteilarbeit zeigen, dass ein hoher Anteil ausländischer Haushalte in bestimmten Wohngebieten für sich genommen kein Problem darstellt und eine nachteilige Stadtteilentwicklung begünstigt. Vielmehr ergibt sich die Gefahr der Entwicklung beachtelliger Stadtteile aus der Kumulation von Faktoren wie schlechter Wohnqualität und/oder Wohnlage, problematischer Haushalte in hoher Anzahl, mangelhafter Infrastruktur in Verbindung mit einseitigen Mieterstrukturen (hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Migrantinnen und Migranten). Die Handlungsstrategien der Fachstelle Wohnen in den Stadtteilen zielen daher darauf ab, diese Kumulation zu vermeiden und nachteilige Entwicklungen der Wohnquartiere in Kooperation mit den anderen örtlichen Akteuren durch geeignete Maßnahmen aufzuhalten. Damit wird zugleich die Voraussetzung für eine soziale Integration von Migrantinnen und Migranten geschaffen.

2. Lebenslagen und soziale Integration der Migrant/innen

2.1 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind zu einem großen Teil in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie erfahren hier ihre Sozialisation und orientieren sich an den hiesigen Gegebenheiten. Die Lebenslage der jungen Menschen ist gekennzeichnet durch eine „besondere Form der Einbindung, der mehrfachen Einbindung sogar, zum lokalen wie transnationalen Raum“ (Beck-Gernsheim, 2004, S. 94). „Sie erweisen sich als kreative Schöpfer von Lebenskonzepten, die die unterschiedlichen Kulturen integrieren. Sie bedürfen aber des gesicherten Vertrauens, dass sie dazu gehören und in ihren Identitätsprojekten anerkannt werden“ (Keupp, 2003, S. 25). Die Lebenswelten, in denen sich die Jugendlichen bewegen, sind „in einem hohen Maße differenziert, Berührungen zwischen den verschiedenen Bereichen oder personelle Überschneidungen existieren nur punktuell. Damit sind sie vor die Aufgabe gestellt, sich fortwährend in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen zu arrangieren, sich auf wechselnde Situationen mit ihren entsprechenden Leitdifferenzen einzustellen sowie entsprechende Handlungskonzepte zu entwickeln und zu realisieren“ (Bukow u.a., 2001. S. 276).

Lange Zeit wurde das sog. Aufwachsen in unterschiedlichen Kulturen als ein Risikofaktor für den Identitätsbildungsprozess gedeutet. Als Stichworte wurden in diesem Zusammenhang immer wieder Begriffe wie „Entwurzelung“, „Kulturschock“ oder „Heimatlosigkeit“ etc. genannt. Heute gilt eine solche Interpretation als nicht mehr angemessen, „als zu eng und einseitig; mehr noch, (sie) wird grundsätzlich in Zweifel gezogen“ (Beck-Gernsheim, 2004, S. 101). Dieser Wahrnehmungswandel geht einher mit einem Wandel in den Heraus- und Anforderungen, vor denen Kinder und Jugendliche heute in ihrem individuellen Entwicklungs- und (Selbst-)Findungsprozess gestellt sind. „Jugendliche wachsen hinein in eine Erwachsenenwelt, in der biographisch improvisiert werden muss (und kann) wie nie zuvor. Sie wachsen hinein in eine Lebensweise, in welcher der Umgang mit den eigenen Lebenszielen, Partnerschaftsmodellen und Wohnvorstellungen zunehmend flexibel gehandhabt werden kann und muss. Sie können sich Starrheit nicht leisten“ (13. Shell Jugendstudie, S. 156 zit. nach Keupp, 2003, S. 23). Hintergrund für die neuen Anforderungen im Identitätsbildungsprozess sind die Entwicklungsprozesse innerhalb der westlichen Industriegesellschaften. Ein zentraler Entwicklungsprozess ist hier die „Individualisierung, verstanden als Prozess der Freisetzung von Personen aus traditionellen Bindungen und einem Verlust an traditionellen Sicherheiten, die vorgeben, wie ein Leben zu leben ist (Beck, 1986). Das bedeutet, dass traditionelle Normen und soziale Bindungen weniger prägend auf die Lebensbedingungen und das Verhalten der Individuen einwirken und sich der Spielraum für individuelle Gestaltungsmöglichkeiten erweitert. Für die einzelne Person nehmen die Abhängigkeit von Beschränkungen der sozialen Schicht, familiären Bindungen und regionale Vorgaben ab und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung zu, (...) Lebensformen, soziale Beziehungen oder auch der Lebensweg werden entscheidungsoffener“ (Behringer, 1998, S. 27). Verbunden hiermit ist, dass „die Freiheitsgrade in der alltäglichen Lebensführung zwar zunehmen, allerdings sind die Personen damit auch gefordert, selbst Strukturen in ihr Leben und ihren Alltag einzuziehen, der Anforderungsdruck in der alltäglichen Lebensführung wächst. Sozial vorgefertigte Schablonen für die Arbeitsgestaltung, die Identität, aber auch die Biographie haben ihre Passform verloren, die Personen müssen diese in eigener Leistung herstellen“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist Identität nicht mehr als ein festes, in sich geschlossenes Paket, sondern vielmehr als ein Mosaik, als Patchwork zu sehen (Beck-Gernsheim, 2004, S. 102). Der Begriff der „Bastelbiographie“, der in diesem Zusammenhang benutzt wird, verdeutlicht noch mal im buchstäblichen Sinne den eigenständigen Konstruktionsprozess in der Identitätsbildung. Unter einem solchen Blickwinkel ist „eine Identität, die mehrere Kulturen und Herkunftsländer verbindet, (...) nicht länger notwendig instabil und gefährdet. Im Gegenteil, sie ist im Grunde durchaus normal, weil in jeder Person verschiedene Identitätselemente sich treffen“ (ebd.).

Inwieweit ein so verstandener Identitätsbildungsprozess bereits bei Heranwachsenden gelingt, ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden:

1. „Gelingende Identität bedarf materieller Ressourcen“ (Keupp u.a., 1999, S. 276)
So ist z.B. ein Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen unter Armutsbedingungen bzw. geringfügigem Familieneinkommen ein Risikofaktor für eine gelingende Identitäts- und Sozialentwicklung und damit auch für das Selbstbild (Boos-Nünning, 2000, S. 53).
2. „Gelingende Identität bedarf sozialer Integration und Anerkennung“ (Keupp u.a. 1999, S. 278)

Identität setzt die Anerkennung durch andere voraus (Taylor, 1995, S. 54). Sie nimmt Schaden, „wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ein einschränkendes, herabwürdigendes oder verächtliches Bild ihrer selbst zurückspiegelt. Nichtanerkennung oder Verkennung kann Leiden verursachen, kann eine Form von Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen“ (ders., 1997, S. 13f.). Dies bedeutet, „für die alltägliche Identitätsarbeit sind Kontexte der Anerkennung unabdingbar. Damit sind die Chancen der Zugehörigkeit zu einer tragenden Gemeinschaft, zu einem sozialen Netz gemeint, das schützt und die Suchbewegungen und Versuche ermutigt, eigene Möglichkeiten zu entdecken und zu realisieren“ (Keupp, 2003, S. 31).

3. Gelingende Identität erfordert die Fähigkeit zum Aushandeln
“Wenn es bei der alltäglichen Lebensführung, der beruflichen Entwicklung wie der Gestaltung von Freundschaft, Liebe und Familie eine solche Pluralität von Mustern und Normen wie heute gibt, dann müssen die Menschen in den verschiedenen Bezügen und Situationen die Regeln, Normen, Ziele und Wege beständig neu aushandeln können und wollen. Dazu gehören viel Sensibilität, Selbstreflexion und Solidarität, dazu gehören Konfliktfähigkeit und Standfestigkeit ebenso wie die Fähigkeit, sich einzuordnen“ (Keupp u.a., 1999, S. 279).
4. Gelingende Identität erfordert Offenheit gegenüber Vielfalt, Vieldeutigkeit im Sinne der Ambiguitätstoleranz. Hierunter ist die Fähigkeit angesprochen, offen auf Menschen und Situationen zugehen zu können, sich nicht „von Diffusität und Vagheit entmutigen zu lassen oder nach dem »Alles-oder-nichts«-Prinzip zu werten und zu entscheiden“ (ebd. S. 280).

Diese Voraussetzungen für einen gelingenden Identitätsbildungsprozess gelten in dem hier betrachteten Kontext für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in gleicher Weise.

Zwei zentrale Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen „Schule“ und „Berufliche Bildung“ wurden in einem eigenen Abschnitt bereits aufgezeigt. Im Folgenden werden beispielhaft Ergebnisse einer Studie zu Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund vorgestellt, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde (Autorinnen der Studie: Ursula Boos-Nünning/ Yasemin Karakasoglu). In dieser Studie wurden 950 Mädchen und junge Frauen „im Alter von 15 bis 21 Jahren aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie Mädchen und Frauen mit griechischem, italienischem, ehemals jugoslawischem (überwiegend serbischem und bosnischem) und türkischem Hintergrund“ (Boos-Nünning/ Karakasoglu, 2004, S. 3) zu verschiedenen Themenbereichen befragt. Die befragten Mädchen und jungen Frauen leben in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik.

Neben Bildung und Ausbildung sind Freizeit und Freundschaften wesentliche Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Die Studie führt aus, dass die befragten Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund ihre Freizeit häufiger in Privaträumen als im öffentlichen Raum verbringen (ebd. S. 16). „Die Freizeit wird von den meisten im häuslichen Umfeld, entweder bei Freunden oder Freundinnen oder zu Hause sowie in Cafes, Eisdielen oder Ähnlichem verbracht. Organisierte Angebote wie Jugend- oder Mädchentreffs, aber auch kulturelle oder religiöse Einrichtungen spielen kaum eine Rolle“ (ebd. S. 17).

Die wichtigsten Vertrauenspersonen kommen aus dem Freundeskreis. Die Studie verweist ferner darauf, dass innerethnische Freundschaften häufiger sind als interethnische (ebd. S. 17). Gleichzeitig heben die Autorinnen der Studie hervor, auch wenn die Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund in ihrer Freizeit nur geringen bis keinen Kontakt zur deutschen Altersgruppe hätten, verwiesen die in der Studie erhobenen Daten „auf ein bereits in früheren Jugendstudien festgestelltes Interesse bei Mädchen und jungen Erwachsenen aus Zuwandererfamilien gegenüber Kontakten zu Deutschen und am Erlernen der deutschen Sprache. (...) Es muss also davon ausgegangen werden, dass fehlende Kontakte kein selbstgewähltes ‘Schicksal’ (Hervorhebung im Original) sind, sondern mit dem Wohnumfeld und nicht zuletzt mit dem sehr unterschiedlichen Freizeitverhalten zusammenhängen. Es ergeben sich schlicht keine alltäglichen Möglichkeiten zur Intensivierung der Begegnungen und Bekanntschaften, die in der Schule oder am Arbeitsplatz selbstverständlich gegeben sind“ (ebd. S. 50). Dieser Zusammenhang wird auch in einer Studie zur multikulturellen Stadt von Bukow u.a. thematisiert: „Blickt man nun auf die außerschulischen Lebensbereiche der Schüler(innen) (...) so fällt zunächst ins Auge, dass die klasseninternen Beziehungen der Jugendlichen außerhalb der Schule nur von geringer Bedeutung sind. Oft enden sie mit Schulschluss und werden am nächsten Tag mit Unterrichtsbeginn wieder aktualisiert. Der schulische Kontext ist nur einer unter vielen im Leben der Jugendlichen“ (2001, S. 275). Gefordert sei daher, Ansatzpunkte zu entwickeln bzw. zu finden, die Umfeld der

Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit denen der deutschen zu verzaubern (Boos-Nünning/ Karakasoglu, 2004, S. 50)

Ein weiterer Bereich, der in der Studie von Boos-Nünning/ Karakasoglu angesprochen wird, ist die Sprachfähigkeit der befragten Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Wie bereits oben aufgezeigt, ist die Beherrschung der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme an der schulischen und beruflichen Bildung sowie der Teilhabe an weiteren wichtigen Lebensbereichen (sozialem Umfeld, kulturellem Geschehen etc.) (ebd. S. 22). Nach der Studie von Boos-Nünning/ Karakasoglu geben bis zu zwei Drittel der Befragten an, dass sie über gute deutsche Sprachkenntnisse einschließlich Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben verfügten. Deutlich niedrigere Selbsteinschätzungen hätten hier Mädchen und junge Frauen mit türkischem Hintergrund und aus Aussiedlerfamilien gegeben. Auch von denen, die seit ihrer Geburt in Deutschland lebten, bewerteten rd. ein Viertel ihre deutschen Sprachkenntnisse als schlecht bis zu sehr schlecht und rd. die Hälfte mit sehr gut (ebd. S. 23).

Ferner verweist die Studie von Boos-Nünning/ Karakasoglu darauf, dass beim Erwerb der deutschen Sprache die Herkunftsfamilie eine relativ geringe Rolle spielt. „Für Mädchen aller nationalen Herkünfte sind vorwiegend die Bildungseinrichtungen insgesamt die Orte, in denen sie die deutsche Sprache gelernt haben“ (ebd. S. 24). D.h. Jugendliche mit Migrationshintergrund erlernen die deutsche Sprache weitgehend unabhängig davon, welche Sprachkenntnisse die Eltern haben (ebd.), was nochmals „die hohe Bedeutung der institutionellen Vermittlung von Deutschkenntnissen für Kinder mit anderer Muttersprache“ (ebd.) unterstreicht und die Bedeutung hervorhebt, „die der Kindergarten als erste Stufe des Bildungssystems hierbei besitzt“ (ebd.). Ihre Herkunftssprache erlernten die befragten Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund dagegen größtenteils in der Herkunftsfamilie.

Das Sprachverhalten der befragten Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund ist bilingual. Wann welche Sprache gesprochen wird, ist vorrangig kontextabhängig. Mit den Eltern wird überwiegend in der Herkunftssprache gesprochen. Mit ihrem „besten“ Freund sprechen sie vorrangig ebenfalls in der Herkunftssprache. Im Freundeskreis dominiert die deutsche Sprache, „am wenigsten bei den Mädchen aus Aussiedlerfamilien und – mit deutlichem Abstand – am zweitwenigsten bei den Mädchen mit griechischem Hintergrund. Mädchen mit türkischem Hintergrund kommunizieren häufiger als andere in beiden Sprachen und seltener ausschließlich in Deutsch“ (ebd.). Die Studie folgert aus diesen Gegebenheiten: „Die Alltagswelt der meisten Mädchen und jungen Frauen (mit Migrationshintergrund) ist zweisprachig geprägt“ (ebd. S. 25).

Abschließend sei ein weiterer Aspekt genannt, der zum Verständnis der Situation der Jugendlichen unter den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten von Bedeutung ist: „Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muss auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden“ (Jugendwerk der deutschen Shell, 1997, S. 13). Bis in die 60iger Jahre des letzten Jahrhunderts erfolgte der Übergang vom Jugend- in den Erwachsenenstatus durch die Übernahme einer existenzsichernden Tätigkeit in der Regel bis zum Ende des zweiten Lebensjahrzehnts. Die Aufnahme einer solchen Tätigkeit ist für die jungen Menschen heute aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation zunehmend schwieriger geworden mit der Folge, dass es für sie auch zunehmend schwieriger geworden ist, die Jugendphase abzuschließen (ebd. S. 14), sodass sich die Jugendphase vielfach bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein erstreckt. Walther u.a. beschrieben diese Situation schon 1997 mit dem Worten: „Für Jugendliche beginnt nach der Pflichtschule ein Karussell aus Phasen der Arbeitslosigkeit, des unproduktiven Wartens und der De- und Requalifizierung“ (S. 247). Diese Situationsbeschreibung kennzeichnet damals wie heute die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Eine solche prekäre berufliche Situation hat wiederum – wie aufgezeigt – Rückwirkungen auf das Gelingen der Identitätsentwicklung der Jugendlichen. „Die Fähigkeit zu und die Erprobung von Projekten der Selbstorganisation sind ohne ausreichende materielle Absicherung nicht möglich. Ohne Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozess in Form von sinnvoller Tätigkeit und angemessener Bezahlung wird Identitätsbildung zu einem zynischen Schwebezustand“ (Keupp, 2003, S. 28). Gefordert sind somit Handlungsstrukturen, die die sozialen, beruflichen und politischen Teilhabemöglichkeiten insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern.

2.2 Familien

In diesem Kapitel werden in allgemeiner Form die Lebenssituation, einzelne lebensweltliche Aspekte, An- und Herausforderungen an Familien mit Migrationshintergrund und deren Umgang mit der Migrationssituation nachgezeichnet. In der Alltagsbetrachtung sind vielfach Bilder vorherrschend, „die in den Migrationsfamilien vorzugsweise Elemente von Stabilität, Tradition, hierarchischer Ordnung entdecken, Elemente einer Vergangenheit also, die die Mehrheitsgesellschaft – je nach Blickwinkel des Betrachters – seit langem überwunden oder seit langem verloren hat“ (Beck-Gernsheim, 2004, S. 38), das Familienleben von Familien mit Migrationshintergrund sei „von den Sitten und Normen ihrer Heimat geprägt, mehr patriarchalisch und hierarchisch“ (ebd. S. 40). Eine solche Betrachtungsweise verleitet dazu

zu folgern, „die Migranten haben, man sieht es ja deutlich, die Sitten und Normen der Heimat bewahrt. Doch ein solches Urteil ist vorschnell, ist irreführend, ja falsch. Denn was dabei allein ins Blickfeld gerät, sind die für den deutschen Betrachter auffälligen Momente, die die Kontinuität des »Fremden« und »Anderen« repräsentieren. Systematisch ausgeblendet bleibt aber die andere Seite, eben jene, welche den deutschen Normalbetrachter *nicht* irritiert, *nicht* stört, *nicht* aufmerken lässt (Hervorhebungen im Original). Unsichtbar bleibt mit anderen Worten, was die Migranten an Anpassungsleistungen tagtäglich erbringen und wie viele sich bemühen, die Anforderungen der neuen Umwelt mit ihren Gewohnheiten und Erwartungen zusammenzubringen. (...) Für ein ausgewogenes Bild ist es (..) unerlässlich, auch diese Seite zur Kenntnis zu nehmen, nämlich all die Wandlungen, die biographischen Brüche und Sprünge, die das Leben der Migranten kennzeichnen“ (ebd. S. 41). Der sechste Bundesfamilienbericht verweist ferner darauf, dass Migrationserfahrungen nicht allein auf ausländische Familien beschränkt sind. Über Migrationserfahrungen verfügen ebenso Aussiedlerfamilien und deutsche Familien mit regionaler Mobilität (2000, S. 7f). Die Erfahrungen unterscheiden sich nach dem sechsten Familienbericht nur graduell voneinander. „Mögliche Verluste von sozialen Beziehungen und die Notwendigkeit sozialer Neuorientierung (sind) keineswegs allein Kennzeichen internationaler Wanderungen. Wie z.B. die mit großer Regelmäßigkeit auftretenden Schulprobleme von Kindern aus Familien zeigen, die einen Umzug unternommen haben, verursachen auch regionale Wanderungen in Deutschland erhebliche soziale Kosten. Entsprechend muss bei großräumigen Wanderungen von Familien davon ausgegangen werden, dass die soziale Integration in den jeweiligen Aufnahmekontext eine besondere Entwicklungsaufgabe für diese Familie darstellt, die besonderer Ressourcen und Kompetenzen bedarf“ (ebd. S. 8).

Ein Kennzeichen der Mehrzahl der in Deutschland lebenden Familien mit Migrationshintergrund ist, dass eines oder mehrere Familienmitglieder noch selbst migriert sind. „Nach wie vor gehört die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer der ‘ersten Generation’ von Migranten an (die selbst im Laufe ihres Lebens eine internationale Wanderung unternommen haben), während die Angehörigen der ‘zweiten Generation’ gegenwärtig etwa das Alter erreichen, dass ihre Eltern bei ihrer Ankunft in Deutschland hatten, und die Angehörigen der ‘dritten Generation’ noch relativ selten und fast ausschließlich Kinder sind“ (ebd. S. 7).

Im Folgenden werden – orientiert an der Auswahl des sechsten Familienberichtes – folgende innerfamiliären Konstellationen betrachtet:

- Geschlechterrollen und Aufgabenverteilung in der Ehe
- Eltern-Kind-Beziehungen in Zuwandererfamilien
- Erziehungsstile

- Heiratsverhalten der jungen Erwachsenen in Zuwandererfamilien

Geschlechterrollen und Aufgabenverteilung in der Ehe

Der sechste Familienbericht führt aus, dass sich das öffentliche Bild von einer Zuwandererin in dem Bild von der „türkischen Frau“ widerspiegelt. „‘Die Türkin’ ist damit in besonderer Weise zum Objekt der Fremdwahrnehmung und der Stereotypenbildung geworden“ (2000, S. 89). Gestärkt bzw. gefördert wurden solche Wahrnehmungsmuster sicherlich lange Zeit auch durch den wissenschaftlichen Diskurs. In vielen Studien wurden „stets die Unterschiede betont und geradezu gesucht und Gemeinsamkeiten vergessen (...) (und) ein (Herkunfts-) kulturdeterministisches Bild ausländischer Frauen gezeichnet, in dem weder individuelle Entwicklung noch sozialer Wandel vorkommt“ (ebd. S. 90). Hier zeigt sich nach den Autoren des Familienberichtes gegenwärtig eine Änderung. Aufgrund des Austausches mit der empirischen Sozialforschung in den jeweiligen Herkunftsländern der Zuwandererfamilien erweitere sich die wissenschaftliche Wahrnehmungsperspektive und eröffne einen erweiterten Blick auf die Situation von Zuwandererfamilien (ebd.).

Zunächst weist der Familienbericht daraufhin, dass sich die Trennungszeiten der Ehepartner/innen aufgrund der Migration eines Partners/ einer Partnerin seit Beginn der 60iger Jahre verkürzt haben. Betrug die Trennungszeit zu Beginn der 60iger Jahre noch zehn Jahre und mehr, so ist sie heute auf weniger als zwei Jahre zurückgegangen (ebd. S. 91). Des Weiteren wird die Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen den Ehepartnern vom Zeitpunkt der Migration der einzelnen Partner/innen beeinflusst. „Die ausgeprägtesten Leitbilder der Trennung der Aufgaben zwischen solchen des Mannes und solchen der Frau finden sich am stärksten in Familien männlicher Pionierwanderer“ (ebd.). Demgegenüber besteht bei gemeinsam zugewanderten Familien eine geringere Geschlechtsrollendifferenzierung und ein hohes Maß an Kooperation in der Aufgabenwahrnehmung und gemeinsamer Entscheidungsfindung (ebd. S. 91f). Ist die Ehefrau als erste zugewandert, ist eine „deutliche Verschiebung in der autonomen Aufgabenerfüllung zugunsten der Frau“ (ebd. S. 92) zu beobachten.

Unterschiede zeigen sich nach dem sechsten Familienbericht unter dem Blickwinkel des Einwanderungszeitpunktes der Ehepartner auch in den Anpassungsleistungen der Familie an die neue Situation. „Familien männlicher Pionierwanderer zeigten die geringste Strukturflexibilität, d.h. sie versuchen am wenigsten, sich durch Reorganisation der familiären Interaktionsstruktur den wechselnden Umweltbedingungen anzupassen. Gemeinsam gewanderte Familien zeigen dagegen eine durchgängig hohe Anpassungsbereitschaft. Familien weiblicher Pionierwanderer zeigten sich dagegen am konfliktanfälligen“ (ebd.).

Des Weiteren wurde in dem sechsten Familienbericht die Aufgabenverteilung innerhalb der Familie differenziert nach verschiedenen Herkunftsländern betrachtet. Dieser Vergleich

zeigte, „dass in italienischen und griechischen Familien eine etwas stärkere Polarisierung der Geschlechterrollen gegeben ist als z.B. in der türkischen und vietnamesischen Familie: Nicht nur sind ‘männliche’ und ‘weibliche’ Tätigkeiten deutlicher unterschieden, vielmehr ist auch das Ausmaß gemeinsamer Entscheidungen geringer und männliche Entscheidungen höher. Umgekehrt zeichnen sich vietnamesische und türkische Familien durch eine höhere Involviertheit des Mannes in allen familiären Aufgabenbereichen und ein höheres Ausmaß gemeinsamer Entscheidungen aus“ (ebd. S. 93).

Schließlich verweist der sechste Familienbericht darauf, in allen Familien steigt unabhängig vom Herkunftsland der Einfluss der Frauen auf innerfamiliäre Entscheidungen und das Ausmaß der Kooperation zwischen den Partnern mit dem Bildungsniveau der Frau, ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, der Aufenthaltsdauer und der Deutschkenntnisse (ebd. S. 94). Generell wird dort festgehalten, dass der Anteil der Ehefrauen und Mütter an dem Gelingen des Eingliederungsprozesses zu wenig beachtet werde und gefordert, es sei eine familienpolitische Aufgabe, die Fähigkeiten der Frauen und Mütter im Sinne von Empowerment zu stärken und zu fördern.

Eltern-Kind-Beziehungen in Zuwandererfamilien

Unabhängig von ihrer Nationalität legen die Eltern auf die emotionale Nähe zu ihren Kindern einen hohen Wert. Aus Sicht der Studie zu den Lebenslagen der Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund haben die Eltern „eine hervorgehobene Bedeutung im Leben der (befragten) Mädchen und jungen Frauen. Bei 80 Prozent stehen sie an erster Stelle, dies gilt noch häufiger für Mädchen mit türkischem Hintergrund“ (Boos-Nünning/Karakasoglu, 2004, S. 12). Die meisten der befragten Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund fühlen sich von ihren Eltern verstanden und angenommen.

Der sechste Familienbericht beschreibt darüber hinaus einzelne interkulturelle Unterschiede. Bei deutschen Eltern werden die Eltern-Kind-Beziehungen vor allem über die emotionale Beziehung gestaltet und wenig über den Transfer von Dienstleistungen, Geld und Gütern. Zugleich wird die Eltern-Kind-Beziehung von den Müttern gestaltet und getragen (2000, S. 97f). Nach dem Familienbericht haben italienische und griechische Familien in der Wertorientierung eine hohe Ähnlichkeit mit deutschen Familien, wobei in italienischen Familien stärker die Mütter und in griechischen Familien stärker die Väter die Intergenerationenbeziehung gestalten und tragen (ebd. S. 98). In türkischen Familien haben neben der emotionalen Nähe auch ökonomische Aspekte eine hohe Bedeutung, was nach dem Familienbericht in einem engen Zusammenhang mit dem Sozialversicherungssystem in der Türkei stünde. In den türkischen Familien haben die Generationenbeziehungen vor diesem

Hintergrund „einen multifunktionalen Charakter, statt (wie bei deutschen Familien) auf ihre emotionale Dimension spezialisiert zu sein“ (ebd.).

In der Erwartungshaltung gegenüber den Töchtern und Söhnen zeigen sich einige geschlechtsspezifische Differenzierungen. So wird allgemein von den Töchtern eine stärkere Mithilfe im Haushalt erwartet als von den Söhnen. Diese Erwartungshaltung ist nach den Ausführungen des Familienberichtes bei den italienischen und griechischen Eltern sowie in Aussiedlerfamilien stärker ausgeprägt als bei türkischen und vietnamesischen Eltern. „Insbesondere von den türkischen Söhnen werden in hohem Maße eigene Beiträge zur Hausarbeit erwartet – vom türkischen Vater werden diese Erwartungen sogar häufiger genannt als gegenüber Töchtern“ (ebd. S. 100). Des Weiteren wird in Migrantenfamilien eher von Töchtern als von Söhnen erwartet, dass sie auf Dauer in der Nähe der Eltern wohnen, um gegebenenfalls persönliche Hilfestellungen gegenüber den Eltern geben zu können (ebd. S. 99).

Erziehungsstile

Der sechste Familienbericht hat im Rahmen der Erziehungsstile die Aspekte Einfühlsamkeit, Behütung (ängstliches Beschützen von Jugendlichen), autoritäre Rigidität (unnachgiebiges Durchsetzen elterlicher Forderungen) sowie die Erziehungsstile „Schulische Leistungsorientierung“ und „religiöse Orientierung“ beleuchtet. Die im Rahmen des Familienberichtes untersuchten Familien zeichneten sich durch eine hohe Einfühlsamkeit in die Situation und Gefühlslage ihrer Kinder aus, was jedoch von den Kindern weniger wahrgenommen wird als von den Eltern selbst (Familienbericht, 2000, S. S. 107). Zudem berichtet der Familienbericht in diesem Zusammenhang von Unterschieden zwischen den Geschlechtern. „Bei allen Nationalitäten ist die Empathie in der Mutter-Tochter-Dyade stärker ausgeprägt als in der Vater-Sohn-Dyade“ (ebd.). Auch beim Erziehungsstil „Behütung“ registriert der Familienbericht eine Einheitlichkeit bei den Eltern unterschiedlicher Nationalität. „Eltern aller Herkunftsnationalitäten nehmen sich selbst als behütender wahr als ihre Kinder es wahrnehmen und Mädchen werden stärker behütet als Söhne“ (ebd.) Ebenso unterscheiden sich die Familien unterschiedlicher Herkunftsnationalität in der Durchsetzung elterlicher Forderungen nur wenig. „Strenge“ ist in allen diesen Familien eher ein männliches Merkmal und „kommt zwischen Vätern und Söhnen eher zum Tragen als zwischen Müttern und Töchtern“ (ebd.). Insbesondere scheint „in türkischen Familien die rigide Durchsetzung elterlicher Forderungen nicht charakteristisch“ (ebd.) zu sein. Dies zeigt sich auch in der Studie über die Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. „Die Erziehung in der Familie wird in allen Herkunftsgruppen als eher verständnisvoll denn streng und als eher nicht besorgt und nicht destruktiv beschrieben. Als am wenigsten besorgt werden die

türkischen Eltern wahrgenommen. Der am häufigsten wahrgenommene Erziehungsstil ist der 'strenge aber liebevolle' gefolgt von dem 'lockeren' Stil (besonders häufig genannt von der türkischen Herkunftsgruppe)" (Boos-Nünning/ Karakasoglu, 2004, S. 12). Beide Studien belegen ferner, dass bei den Eltern hohe Leistungserwartungen gegenüber den Kindern – unabhängig von dem Geschlecht – bestehen. Bei türkischen Familien verzeichnet hier der sechste Familienbericht eine Verknüpfung von enger emotionaler Bindung und hoher Leistungserwartung (2000, S. 107). Ferner verweist er auf deutliche Unterschiede zwischen griechischen und italienischen Familien auf der einen und türkischen Familien auf der anderen Seite. „In den griechischen und italienischen Familien haben die Eltern jeweils niedrigere Bildungserwartungen als ihre Kinder, in den türkischen Familien dagegen höhere Aspirationen, d.h. in den italienischen und griechischen Familien sind die Eltern weniger 'sicher', dass ihre Kinder einen angestrebten Bildungsabschluss erreichen, während in den türkischen Familien die Kinder unsicher sind, ob sie den hohen Bildungsaspirationen ihrer Eltern genügen können“ (ebd. S. 109).

Zum religiösen Erziehungsverhalten führt der sechste Familienbericht aus, die Eltern empfinden stärker als dies von den Kindern wahrgenommen wird, dass sie ihre Kinder zu Religiosität anhalten (ebd. S. 107). Hierbei kommt der Rolle der Väter und der Mütter bei den türkischen Familien einerseits und den italienischen und griechischen Familien andererseits eine unterschiedliche Bedeutung zu. „Während in den türkischen Familien die Religionserziehung in der Vater-Sohn-Beziehung eine deutlich stärkere Rolle spielt als in der Mutter-Tochter-Beziehung, ist dies bei den griechischen und italienischen Familien genau umgekehrt, d.h. Religion ist in türkischen Familien 'männlich', in griechischen und italienischen Familien 'weiblich'" (ebd.).

Heiratsmigration

Die Statistiken über Ehen zwischen Deutschen und Zuwanderer/innen werden vielfach als ein Indikator für Integration interpretiert (Beck-Gernsheim, 2004, S. 78). Die entsprechenden Statistiken verweisen gegenwärtig auf eine Zunahme der Ehen zwischen Deutschen und Zuwanderer/innen. 1995 war von den in Deutschland geschlossenen Ehen rd. jede achte (54860) binational, 2002 war es jede sechste (62468) (ebd. S. 120). Diese Daten sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Denn die in Deutschland offiziell vorgelegten Heiratsstatistiken erfassen allein die vor deutschen Standesämtern geschlossenen Ehen; d.h. alle nicht in Deutschland geschlossenen Ehen werden hier statistisch nicht erfasst. Vor diesem Hintergrund ist auch der geringe Anteil der in den Heiratsstatistiken ausgewiesenen Eheschließung zwischen zwei ausländischen Partner/innen zu sehen. Aber auch diese Angaben sagen nur wenig „über das Heiratsverhalten der ausländischen Bevölkerung aus,

da sehr viele ausländischen Ehen nicht in einem deutschen, sondern in einem ausländischen Standesamtes oder von einer zur Trauung ermächtigten Person z.B. in einem ausländischen Konsulat geschlossen werden. Diese Ehen werden entsprechend in ein ausländisches Standesregister eingetragen und bleiben in der deutschen Statistik unberücksichtigt, selbst wenn sie – wie dies bei Konsulatsehen der Fall ist – in Deutschland geschlossen werden“ (Familienbericht, 2000, 80).

Ferner differenziert die Heiratsstatistik allein nach dem Kriterium „Staatsangehörigkeit“ und nicht nach Herkunft. D.h. z.B. bei einer Eheschließung eines/ einer eingebürgerten Zuwanderer/in mit einer/ einem Partner/in aus dem Herkunftsland teilen beide Partner dieselbe ethnische Zugehörigkeit, besitzen aber verschiedene Staatsangehörigkeiten (ebd. S. 79) und wird daher in der Heiratsstatistik als eine deutsch-ausländische Eheschließung erfasst. Darüber hinaus enthalten die Heiratsstatistiken keine Angaben über eheähnliche Lebensgemeinschaften oder andere Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens, was wiederum den Stellenwert von Heiratsstatistiken als potentieller Indikator für Integration abschwächt.

Der sechste Familienbericht nennt vier Aspekte, die das Heiratsverhalten beeinflussen:

1. „Partnerwahl findet nicht nur nationalitätsbezogen statt, sondern ist auch an der Bildung, der Religion, dem Alter, dem Wohnort und vielen anderen Merkmalen potentieller Partner orientiert“ (2000, S. 79)
2. Das zahlenmäßige Verhältnis von Männern und Frauen ist ein zentrales Moment in der interethnischen Partnerwahl: „Unter Migranten herrscht oft ein sehr unausgewogenes Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen (...) (und) da seit geraumer Zeit auch in der deutschen Bevölkerung ein Männerüberschuss herrscht, führt dies zu einer erheblichen Konkurrenz auf dem Heiratsmarkt in Aufnahmegesellschaften“ (ebd. 79f).
3. Die Lebens- und Handlungskontexte (Wohnort, Arbeit, Freizeit etc.), in der Menschen sich bewegen, ermöglichen potentiellen Ehepartner, sich zu begegnen. „National homogene Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse erhöhen deshalb die Wahrscheinlichkeit, einem Partner gleicher Herkunft zu begegnen und vermindern die Wahrscheinlichkeit einer binationalen Partnerschaft“ (ebd. S. 80).
4. Insgesamt gesehen hat sich der Heiratsmarkt international ausgeweitet (ebd.).

Darüber hinaus hält der sechste Familienbericht fest, dass die Akzeptanz einer binationalen Ehe bei den Familien ausländischer Herkunft in den letzten Jahren zugenommen hat (ebd. S. 84). Die Bereitschaft zur Ehe mit einem/ einer deutschen Partner/in variiert jedoch nach Nationalität und Geschlecht. Eine hohe Bereitschaft, eine(n) deutsche(n) Partner/in zu heiraten, zeigten etwa griechische und italienische Frauen und Männer. Bei den türkischen

Männern ist eine entsprechende Bereitschaft geringer ausgeprägt und in den letzten Jahren eher geringer geworden. Bei türkischen Frauen hat sie hingegen zugenommen (ebd. S. 85).

Heiratsmigration erfolgt nicht nur in eine Richtung. „Die Heiratsmigration erfolgt sowohl in das Zu- bzw. Einwanderungsland als auch in das Heimat- bzw. das Herkunftsland des Ehepartners. Eine dritte Form lässt sich vielleicht am ehesten als transnationale Heiratsmigration bezeichnen. Hierunter sind Eheschließungen von Migranten in verschiedenen Zuwanderungsländern zu verstehen“ (ZfT, 2003, S. 231). Gleichwohl beschränkt sich in der weiteren Darstellung der Blickwinkel auf die nach Deutschland zuwandernden türkischen Heiratsmigranten. Nach der Studie des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) „kommen jährlich rd. 16000 Personen im Rahmen des Ehegattennachzuges nach Deutschland“ (ebd. S. 291). Entgegen der allgemeinen Annahme sind dies nicht überwiegend Frauen, sondern verteilen sich annähernd gleich auf beide Geschlechter, wobei der Anteil der Frauen leicht oberhalb und der der Männer leicht unterhalb von fünfzig Prozent liegt (ebd. S. 236). Die Bundesbeauftragte für Migration erläuterte im Rahmen der Migrationsbilanz 2004, dass die statistischen Daten das Argument nicht erhärten würden, türkische Migranten würden ihre Integration erschweren, indem sie sich ihre Ehefrau vorzugsweise in der alten Heimat suchten. So seien im Jahre 2003 nicht mehr als 7.000 Frauen aus der Türkei im Rahmen des Ehegattennachzuges nach Deutschland gekommen (Frankfurter Rundschau vom 18.01.2005).

Die Studie des Zentrum für Türkeistudien verweist darauf, dass mehr als zwei Drittel der Ehepartner/innen nach der Eheschließung erstmalig nach Deutschland eingereist seien (2003, S. 236). Von den in Deutschland lebenden Ehepartner/innen sind annähernd jede(r) Sechste in Deutschland geboren, was nach Ansicht der Autoren der Studie daraufhin weist, „das die Wahl eines Ehepartners im Herkunftsland auch für hier Geborene eine verbreitete Option darstellt“ (ebd. S. 265), wobei dies für die Männer der zweiten Generation türkischer Herkunft in stärkerem Maße zutrifft als für Frauen (Familienbericht, 2000, S. 87). Bei den türkischen jungen Menschen der zweiten Generation ist zudem zu beobachten, dass bei ihnen der Anteil leicht steigt, der vor deutschen Standesämtern heiratet, obgleich „die Eheschließung nach deutschem Recht für Ausländer mit relativ hohen bürokratischen Schwierigkeiten verbunden ist“ (ebd.). Etwa die Hälfte der Heiratsmigranten/innen ist 20 bis 25 Jahre alt, wobei die Heiratsmigrantinnen im Durchschnitt jünger sind als die Heiratsmigranten. Von den Heiratsmigrantinnen sind etwa zwei Drittel jünger als 25 Jahre, von den Heiratsmigranten sind es etwas mehr als die Hälfte (ZfT, 2003, S. 238).

Die Hälfte der in der Studie des Zentrums für Türkeistudien befragten Heiratsmigranten/innen gibt zwar an, dass ihre Ehe durch die Eltern oder Verwandte

„arrangiert“ worden sei, jedoch sei hier nach dem ZfT ein Bedeutungswandel des Begriffes zu berücksichtigen (2003, S. 271). Neben der traditionellen Form der Brautschau, die es auch weiterhin gebe, habe die Brautschau vielfach jedoch nur noch eine symbolische Bedeutung (ebd.). In der Studie zu den Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund lehnt der überwiegende Teil der befragten jungen Frauen eine „arrangierte Ehe“ ab (Boos-Nünning/ Karakasaglu, 2004, S. 15). Eine Zustimmung kommt hier am ehesten von den befragten türkischen Frauen (11,0%) (ebd.).

Daneben gibt es Stimmen, die darauf verweisen, dass die Situation insbesondere der jungen türkischen Heiratsmigranten/innen in Deutschland nicht umfassend wahrgenommen werde. So geht Necla Kelek davon aus, dass die Hälfte der Ehen von türkischen Heiratsmigranten/innen „arrangiert oder erzwungen wurden“ (2005a, S.219), wobei die Autorin eine arrangierte Ehe mehr oder weniger mit einer Zwangsehe gleichsetzt. „Zwischen eine arrangierte Ehe und eine Zwangsehe gibt es für mich keinen wesentlichen Unterschied, das Ergebnis ist dasselbe. Wenn das Mädchen oder der Junge die Möglichkeit haben, den von den Eltern ausgesuchten Partnern abzulehnen, spricht man von einer arrangierten Ehe, wenn die Partner ungefragt oder gegen ihren Willen verheiratet werden, ist es eine Zwangsehe. Betretenes Schweigen oder leises Weinen des Mädchens wird als Zustimmung gewertet; Mädchen sind nun einmal schüchtern. Von einer freien Willensentscheidung ist dieses Verfahren sicherlich weit entfernt. Denn wer nein sagt, muss mit Pressionen rechnen oder die Flucht antreten. Wer weiß, wie stark der Druck der Familie auf die einzelnen Mitglieder ist, wird auch bei arrangierten Ehen nicht von einer freien Entscheidung sprechen können“ (ebd. S. 221f). Auf der Grundlage der von der Autorin durchgeführten Interviews charakterisiert sie die typische junge türkische Heiratsmigrantin, deren Ehe arrangiert oder erzwungen worden sei wie folgt: „Die typische Importbraut ist gerade eben 18 Jahre alt, stammt aus einem Dorf und hat notdürftig lesen und schreiben gelernt. Sie wird von ihren Eltern mit einem ihr unbekanntem, vielleicht verwandten Mann türkischer Herkunft aus Deutschland verheiratet. Sie kommt nach der Hochzeit in eine deutsche Stadt, in eine türkische Familie. Sie lebt ausschließlich in der Familie, hat keinen Kontakt zu Menschen außerhalb der türkischen Gemeinde. Sie kennt weder die Stadt noch das Land, in dem sie lebt. Sie spricht kein Deutsch, kennt ihre Rechte nicht, noch weiß sie, an wen sie sich wenden könnte“ (dies., 2005b, S. 10/ 2005a, S. 171). Inwieweit diese Ausführungen zur arrangierten oder erzwungenen Ehe auf die Situation von jungen türkischen Heiratsmigranten/innen im Allgemeinen und auf die von jungen türkischen Heiratsmigranten/innen im Stadtbezirk Mülheim im Besonderen übertragen werden können, kann hier nicht gesagt werden.

Die Studie des Zentrums für Türkeistudien hebt hervor, nur ein kleiner Teil der in ihrer Studie befragten Heiratsmigranten/innen habe sich auf das Leben in Deutschland vorbereitet, indem sie z.B. bereits in der Türkei einen Deutschkurs besucht oder sich über die Gegebenheiten in Deutschland informiert hätten (2003, S. 274f). Vor diesem Hintergrund bezeichnet die Studie die deutsche Sprache als ein Hauptproblem der Heiratsmigranten/innen (ebd.).

Ausgehend von den aufgezeigten Befunden empfiehlt die Studie des Zentrums für Türkeistudien,

- bereits in der Türkei vorbereitende Maßnahmen zu initiieren wie Aufbau bzw. Ausweitung von Sprachkursen und Bereitstellung von Informationsmaterial über die Gegebenheiten in Deutschland (2003, S. 295),
- das Sprachangebot für die Zielgruppe der Heiratsmigranten/innen auszuweiten (ebd. S. 296),
- das Informationssystem über die bereits bestehenden Kursangebote zu verbessern, um die Zielgruppe umfassender zu erreichen bzw. anzusprechen (ebd.),
- parallel zu den Sprachkursen eine Kinderbetreuung bereitzustellen (ebd.),
- bei der curricularen Ausgestaltung der Sprachkurse die Lebenssituation und Bildungsvoraussetzungen der Zielgruppe „Heiratsmigranten/innen“ zu berücksichtigen (ebd.) und
- spezielle Beratungseinrichtungen bzw. Beratungsangebote für Heiratsmigranten/innen einzurichten (ebd. S. 297).

2.3 Ältere Generation

Der Anteil der Menschen über 60 Jahre mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist auch im Stadtbezirk Mülheim z.Z. noch relativ gering. Dies entspricht der gegenwärtigen gesamtstädtischen als auch der bundesweiten Situation. In einer Längsschnittbetrachtung zeigt sich, dass auch bei den Einwohner/innen mit Migrationshintergrund der Anteil der über 60jährigen kontinuierlich ansteigt. Das statistische Bundesamt etwa erwartet, dass „sich in den kommenden Jahren die Zahl der älteren Ausländer etwa alle 10 Jahre verdoppeln wird“ (Stadt Hamburg, 1998, S. 9). Auch der sechste Familienbericht prognostiziert eine ähnliche Entwicklung, wonach „bis zum Jahre 2030 ein Anstieg des Altenanteils auf 24,1% bei der ausländischen Bevölkerung und auf 36,2% bei der deutschen Bevölkerung erwartet wird“ (2000, S. 117). Zum Vergleich hat sich Köln in dem Zeitraum von 1990 bis 2002 die Zahl der Migranten/innen, die älter als 55 Jahre sind, mehr als verdoppelt, und zwar von 13253 auf 29323. Bundesweit kommen von den über 60jährigen Migranten/innen rd. sechs Zehntel aus

den ehemaligen Anwerbestaaten und die übrigen vornehmlich aus den Nachbarländern wie Niederlande, Österreich etc. (ebd.). Etwa vier Prozent der über 60jährigen Migranten/innen sind in Deutschland geboren (Bundesbeauftragte, 2000, S. 221).

Die Lebenslage der älteren Migranten/innen ist vielfach geprägt durch ein niedriges bzw. unterdurchschnittliches Renteneinkommen (Stadt Hamburg, 1998, S. 17; Familienbericht, 2000, S. 119). Das niedrigere Rentenniveau ergibt sich insbesondere daraus, dass die älteren Arbeitnehmer/innen „häufig spät in eine rentenrelevante Erwerbstätigkeit in Deutschland eintreten und auf kürzere Versicherungs- und Beitragszeiten sowie auf ein geringeres Erwerbseinkommen aus Beschäftigungsverhältnissen in wenig qualifizierten Berufen und auf ein überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko zurückblicken“ (Familienbericht, 2000, S. 119). Darüber hinaus gibt es unter den älteren Arbeitsmigranten/innen eine hohe Zahl von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentenbezieher/innen bedingt durch die häufig körperlich belastenden Arbeitsbedingungen in ihrem Arbeitsleben (Stadt Hamburg, 1998, S. 81f). Ferner weisen sowohl der sechste Familienbericht als auch die Hamburger Studie daraufhin, dass vor allem die verwitweten Arbeitsmigrantinnen eine besonders niedrige Rente beziehen und somit „zu der ökonomisch am schlechtesten ausgestatteten Gruppe der Altenpopulation zählen“ (Familienbericht, 2000, S. 121).

Die älteren Migranten/innen wohnen vorwiegend in privaten Haushalten. Im Vergleich mit älteren Deutschen wohnt ein geringer Anteil der älteren Migranten/innen in einem Einpersonenhaushalt. Nach dem sechsten Familienbericht lebt etwa ein Viertel der älteren Migranten/innen in einem Einpersonenhaushalt, von den älteren Deutschen etwa ein Drittel. Ein Vergleich nach den Herkunftsländern ergibt, bei den älteren türkischen Migranten/innen ist der entsprechende Anteil am geringsten (etwa ein Siebtel) und bei Älteren aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Italien relativ häufig, jeweils oberhalb von einem Viertel (2000, S. 120). Auch wenn sich die Wohnsituation von Migranten/innen aufgrund von Eigentumserwerb in den letzten Jahren verbessert hat, wohnt die Mehrheit der älteren Migranten/innen weiterhin zur Miete. Dies gilt insbesondere für die großen Städte. Bei Mietwohnungen ist insbesondere deren Lage innerhalb des Mietshauses zu beachten. Sofern die Mietwohnung in alten mehrgeschossigen Gebäuden liegt, kann dies bei körperlichen bzw. gesundheitlichen Beeinträchtigungen die Mobilität, die Selbstversorgungsfähigkeit und auch die soziale Aktivität beschränken (ebd.).

Bei den sozialen Kontakten der älteren Migranten/innen kommt den Familienbeziehungen eine zentrale Bedeutung zu. Die Beziehungen zu den Kindern sind vielfach sehr eng (Stadt Hamburg, 1998, S. 150). Dies steht in einem engen Zusammenhang damit, dass ein großer

Teil der älteren Migranten/innen mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt oder in der Nähe der Kinder leben (ebd.; Familienbericht, 2000, S. 120). Diese Nähe ermöglicht eine gegenseitige Unterstützung, wodurch „wiederum die Familienkohäsion als wichtige Ressource für die Behauptung im Aufnahmekontext“ (Familienbericht, 2000, S. 120) gestärkt wird. Die Kinder helfen ihren Eltern insbesondere bei Behördengängen, bei schweren Hausarbeiten und beim Einkaufen. Die älteren Migranten/innen unterstützen ihre Kinder besonders mit Ratschlägen, bei persönlichen und praktischen Problemen, bei der Enkelkinderbetreuung (ebd. S. 120f). Im Vergleich mit den Kontakten zu den Kindern und Enkeln kommt den Kontakten zu den Verwandten und Freunden eine nachgeordnete Rolle zu. Dies gilt nach der Hamburger Studie insbesondere für ältere türkische Migranten/innen und in geringerem Umfang für ältere portugiesische, polnische, ehemals jugoslawische und iranische Migranten/innen (1998, S. 155). Darüber hinaus bejahten in der Hamburger Studie zwei Drittel der Befragten die Frage nach deutschen Freunden oder Bekannten mit ja. Gleichwohl spielten bei den Kontakten zum deutschen Bevölkerungsteil die Beherrschung der deutschen Sprache eine wichtige Rolle und können eine Kontaktaufnahme erschweren (ebd. S. 156f).

Zum gesundheitlichen Befinden der älteren Migranten/innen nennt die Hamburger Studie zwei Ursachenkomplexe, die gesundheitliche Beeinträchtigungen herbeiführen. Das Erwerbsleben der älteren Migranten/innen war – wie bereits ausgeführt – vielfach durch körperlich belastende Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Diese Form der Arbeitsbedingungen verursachte verhältnismäßig häufig Arbeitsunfälle, die wiederum chronische Erkrankungen zur Folge hatten wie Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates und Herz-, Kreislaufkrankungen (ebd. S. 95). D.h. die älteren Arbeitsmigranten/innen sind aufgrund ihres Erwerbslebens einem hohen Pflegebedürftigkeits- und Behinderungsrisiko im Alter ausgesetzt (Geiger, 1998, S. 170).

Der zweite Ursachenkomplex, die psychosomatische Beeinflussung des gesundheitlichen Befindens, tritt weniger deutlich hervor. Die Hamburger Studie betont jedoch, dass die Migrationssituation an sich psychosoziale oder auch psychosomatische Erkrankungen bewirken können (1998, S. 95). Darüber hinaus führt die Hamburger Studie aus, dass die befragten älteren Migranten/innen ihr gesundheitliches Befinden eher als schlecht bis sehr schlecht und nur ein geringer Teil als gut bis sehr gut bezeichneten. Hierbei unterschieden sie sich deutlich von den deutschen Senioren/innen, von denen ein deutlich höherer Anteil ihren Gesundheitszustand als gut bezeichnete (ebd. S. 90). Als häufigste Erkrankungen wurden von den befragten älteren Migranten/innen genannt: Herz- und Kreislaufkrankungen (44%), Rheuma (44%), Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates (außer Lähmung und Gebehinderung) (26%), chronische

Erkrankungen der Lunge und/ oder der Atemwege (23%), chronische Erkrankungen der Verdauungsorgane (20%), Diabetes (19%), Folgen eines Schlaganfalles (11%), starke Sehbehinderung (11%), Schwerhörigkeit (9%) und Gicht (9%) (ebd. S 97). Im Falle einer Erkrankung können die älteren Migranten/innen in der Regel auf ein Unterstützungsnetz, insbesondere den familiären Bezugspersonen zurückgreifen. D.h. es ist in Migrantenfamilien ein hohes Maß an intergenerativem Solidarpotential vorhanden (Familienbericht, 2000, S. 121). Ferner ist anzumerken, dass viele der Probleme und Belastungen nicht allein migrationsspezifische sind, sondern so oder in ähnlicher Weise auch bei deutschen Senioren/innen auftreten. Gleichwohl müssen die entsprechenden professionelle Unterstützungs- und Hilfeangebote „die jeweiligen spezifischen kulturellen und sozialen Bedürfnisse berücksichtigen. Es muss sichergestellt sein, dass die Älteren ausländischer Herkunft bei Sprach- und Informationsschwierigkeiten durch zugehende Beratung möglichst in der jeweilige Sprache an den vorhandenen Hilfemaßnahmen partizipieren können. Die in der Regel deutschsprechenden nachfolgenden Migrantengenerationen wie auch die in mehreren Städten entstandenen Selbsthilfeorganisationen können wichtige Vermittlungs- und Multiplikatorenfunktionen übernehmen“ (Familienbericht, 2000, S. 122).

Die Bereitschaft älterer Menschen, ihren Wohnort auch im Alter noch zu verlegen, hat in den zurückliegenden Jahren generell zugenommen (ebd. S. 118). Bei den älteren Migranten/innen hat das sog. Pendeln – das zeitweise leben in Deutschland und das zeitweise Leben im Herkunftsland – eine große Bedeutung. Nach der Hamburger Studie „pendeln“ etwa ein Drittel der befragten älteren Migranten/innen. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass das Pendeln vor allem ein Migrationsmodus der jungen alten Migranten/innen ist (Familienbericht, 2000, S. 119). Für Flüchtlinge gibt es diese Möglichkeit jedoch nicht. Sie können weder pendeln noch zurückwandern. Der sechste Familienbericht hält hierzu fest: „Gerade politische Flüchtlinge leiden deshalb unter Heimweh, weil sie ihren Auslandsaufenthalt als Provisorium betrachten, sich mit ihren Herkunftsländern verbunden fühlen und die politische Entwicklung in der Hoffnung auf baldige Rückkehr verfolgen. Heimweh und Depression wegen des Verlustes des sozialen und beruflichen Status und der Fähigkeit zur sprachlichen Kommunikation äußern sich dann in Symptomen, die im Alter oft als Senilität fehlinterpretiert werden“ (ebd.).

Abschließend sei angemerkt, dass sich nach den Ergebnissen der Hamburger Studie „eine deutliche Mehrheit der Befragten trotz aller Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, sich in Deutschland zuhause fühlt. Dass sich andererseits ein knappes Drittel trotz eines teils Jahrzehnte währenden Aufenthaltes immer noch fremd fühlen, sollte als Indiz für die großen Schwierigkeiten vor allem im Alltag gewertet werden. Auf der anderen Seite lässt auch der

hohe Zustimmungsggrad auf die obige Frage Interpretationsspielraum zu. So könnte die Zustimmung auch aus der noch größeren Fremdheitserfahrung in der vor Jahrzehnten verlassenen Heimat resultieren. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass sich die Herkunftsstaaten sehr stark verändert haben. Dass sie ihr Leben über Jahrzehnte in Deutschland eingerichtet haben, führt zu einer Vertrautheit mit der 'Gastgesellschaft' (Hervorhebung im Original). Man kennt sein Wohnviertel, die Stadt, in der man lebt, und ist schließlich stets irgendwie zurechtgekommen. Dazu kommt, dass in den meisten Fällen auch die Familie und oft auch Verwandtschaft und Freunde in der Bundesrepublik leben. Auch die sich daraus ergebende Einbettung in soziale Gruppen und Zusammenhänge führt dazu, sich eher hier wohl zu fühlen“ (Stadt Hamburg, 1998, S. 61).

2.4 Flüchtlinge in Wohnheimen ³

1. Einführung

Der Bericht zur Lebenssituation von Migranten und Migrantinnen im Stadtbezirk Mülheim hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, die Situation von Flüchtlingen und Aussiedlern in Mülheim zu beleuchten. Zu diesem Zweck ist ein Fragebogen für die Heimleitungen der neun Flüchtlingsheime konzipiert worden, auf dessen Auswertung die nachfolgenden Informationen basieren.

Bei den **neun Flüchtlingsheimen** im Stadtbezirk Mülheim kann nach drei Typen von Heimen unterschieden werden: Zum einen gibt es hauptsächlich mit Spätaussiedlern belegte Heime, zu denen die Wohnheime in der Ricarda-Huch-Straße, in der Schönrather Straße und am Graf-Mühlen-Weg gehören. Zum anderen gibt es reine Männerwohnheime; dies sind die Heime in der Peter-Grieß-Straße und in der Mündelstraße. Ferner gibt es Heime, in denen vorwiegend Flüchtlinge untergebracht sind, wozu die Heime am Flachsroster Weg, am Peter-Baum-Weg, am Dellbrücker Mauspfad und in der Moses-Heß-Straße zählen, die Flüchtlingsheime Peter-Baum-Weg und Dellbrücker Mauspfad werden ausschließlich von Roma belegt.

Was die Betreuung der Heime betrifft, so fällt sie sowohl in den Aufgabenbereich der Heimleitung (sofern vorhanden) als auch in den von Sozialarbeitern (sofern eingesetzt). Die Aufgaben der Heimleitung sind auf das Wohnheim begrenzt und bestehen vor allem darin, für die Umsetzung des Hausrechts zu sorgen, Personen zu betreuen, sich um alle anfallenden Belange im Wohnheim zu kümmern, die Außenwirkung des Wohnheims zu

³ Auswertung der Wohnheimbefragung

verantworten sowie bei Konflikten zu schlichten. Die Aufgaben von Sozialarbeitern hingegen sind etwas großflächiger angelegt – dazu gehören die Gesamtverantwortung für die Organisation und die verwaltungstechnische Abwicklung bei der Belegung, die Steuerung der Belegung sowie die Beratung und Betreuung von Personen mit Bleiberecht in Wohnheimen. Bei der Auflistung der Aufgaben wird schnell deutlich, dass sich die Aufgabenbereiche von Heimleitung und Sozialarbeitern überlappen und die Grenzen fließend sind. Zur guten Koordinierung gibt es bereits regelmäßig Austauschgespräche. Die Entwicklung seit 2002 geht dahin, dass die Heimleitungen (und auch die Wachdienste) aufgestockt worden sind, dass die Zahl der Sozialarbeiter hingegen rückläufig ist.

II. Sozialstruktur der Wohnheimbewohner

Bei den Fragen nach der Sozialstruktur der Wohnheimbewohner geht es in erster Linie um statistische Fragen wie die nach der Anzahl der zur Verfügung stehenden Heimplätze oder nach der Zahl der tatsächlichen Heimbewohner. Ferner ist die Zusammensetzung der Heimbewohner nach Aufenthaltsstatus, Herkunft, Alter und Geschlecht von Interesse. Die Zahlen sind zum Zeitpunkt der Befragung als zuverlässig einzuordnen, es sollte aber dabei beachtet werden, dass sie sich in der Zwischenzeit geringfügig verändert haben könnten, so dass sie in erster Linie als Richtwerte eine hohe Aussagekraft haben. Ferner basiert diese Auswertung natürlich auf den angegebenen Zahlen, die aber bisweilen in der Addition von der Gesamtzahl der Heimbewohner abweichen können, da nicht immer alle Wohnheime auf die Fragen in derselben Ausführlichkeit geantwortet haben.

Anzahl der zur Verfügung stehenden Heimplätze und Zahl der genutzten Plätze

Insgesamt verfügen die neun befragten Wohnheime über ein Aufnahmevermögen von etwa 1130 Heimplätzen. Davon waren zur Zeit der Befragung ca. 990 belegt.

Aufenthaltsstatus

Bei der Auswertung des Aufenthaltsstatus der Heimbewohner ist zwischen fünf Formen differenziert worden (nach dem alten Ausländerrecht, seit dem 01.01.2005 gilt das neue Zuwanderungsgesetz):

1. Asylbewerber,
2. Kontingentflüchtlinge,
3. Bewohner mit einem Duldungsstatus oder einer Grenzübertrittsbescheinigung,
4. Spätaussiedler und
5. Bewohner mit einer Aufenthaltsbefugnis, -gestattung, -erlaubnis.

Von den etwa 990 derzeitigen Heimbewohner gehören 38 Personen zu der ersten Gruppe, sprich: sie haben einen Asylantrag gestellt. Unter die Bezeichnung der Kontingentflüchtlinge fallen insgesamt 20 Personen. Die größte Zahl bilden die Bewohner mit einem Duldungsstatus bzw. mit einer Grenzübertrittsbescheinigung, dabei handelt es sich nämlich um etwa 450 Personen. Ebenfalls deutlich höher als die beiden erstgenannten Gruppen ist die Anzahl der Spätaussiedler, die sich auf 372 Personen beläuft. Zu denen, die über eine Aufenthaltsbefugnis oder –gestattung oder –erlaubnis verfügen, sind 74 Personen zu rechnen.

Herkunft

Die Auswertung der Heimbewohner nach ihrer Herkunft ist regional recht grob vorgenommen worden, da eine Differenzierung nach Ländern zu fein und damit zu unüberschaubar ausgefallen wäre. So ist festzuhalten, dass aus Asien insgesamt etwa 66 Heimbewohner stammen, aus Afrika lediglich 29 Personen. Eine hohe Anzahl von Personen (ca. 390) ist aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) nach Deutschland gekommen, von der die meisten Spätaussiedler sind. Die größte Zahl der Heimbewohner ist allerdings innerhalb Europas auf der Flucht: Etwa 300 Menschen stammen aus Ex-Jugoslawien oder dem Kosovo, zusätzlich sind noch ca. 150 Roma hierhin geflüchtet.

Alter

Bei der Altersstruktur lässt sich grob festhalten, dass etwa ein Drittel der Heimbewohner noch minderjährig ist (ca. 294 Kinder und Jugendliche). Von den 640 aufgeführten Erwachsenen gehören 42 Personen zu den Senioren, sprich: sie sind über 60 Jahre alt.

Geschlecht

Den Angaben der Heimleitungen zufolge, gibt es 527 Bewohner männlichen Geschlechts, während 378 weiblich sind. Bei diesen Zahlen gilt es aber zu bedenken, dass 3 der befragten Wohnheime keine Angaben zum Geschlecht gemacht haben, sowie, dass 2 der Wohnheime reine Männerwohnheime sind.

III. Das soziale Umfeld

Die Fragen nach dem sozialen Umfeld zielen zum einen auf die Einschätzung der Kontakte zum sozialen Umfeld wie die Nachbarschaft. Zum anderen sind Erkenntnisse über wünschenswerte bzw. erforderliche Förderangebote anvisiert sowie eine Bestandsaufnahme über die bereits genutzten bzw. wahrgenommenen Angebote. Ferner ist es interessant, wie

das Integrationsangebot in den Wohnheimen selbst aussieht und ob der Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen auch bei nicht vorgegebener Schulpflicht stattfindet.

Unterstützung durch und Zusammenarbeit mit dem sozialen Umfeld / Kontakte zur Nachbarschaft

Für alle Wohnheime gilt, dass sie kaum Kontakte zu ihrem Umfeld wie der Nachbarschaft haben. Das liegt bei manchen Wohnheimen an ihrer räumlich isolierten Lage, auf die auch die soziale Isolation folgt. Ferner haben die Nachbarn kein Interesse daran, die Bewohner kennen zu lernen, statt dessen ist das Gegenteil häufiger der Fall: Besonders im Sommer mehren sich die Beschwerden aus der Nachbarschaft wegen (Kinder-)Lärm und Müll. Im Umkreis von drei Wohnheimen wurde sogar eine Unterschriftenaktion gestartet oder der Beschwerdeausschuss der Stadt Köln bemüht. Daraufhin wurden in einem Fall die Kinderspielplätze abgebaut. Lediglich bei einem Wohnheim gibt es einen „Montagskreis“ im Sinne eines lockeren Freizeitangebots, den drei „Patenfrauen“ aus der Nachbarschaft initiiert haben. Aus einem Wohnheim nutzen die Spätaussiedler die Angebote der evangelischen Kirche.

Wünschenswerte bzw. erforderliche Förderangebote

Bis auf die beiden Männerwohnheime, in denen keine Kinder und Jugendlichen wohnen und dem Wohnheim „Am Flachsroster Weg“, um das sich die Jüdische Gemeinde intensiv kümmert, werden in allen Wohnheimen ein besseres Angebot für die Kinder und Jugendlichen gefordert. Damit sind sowohl Maßnahmen für die bessere schulische Integration gemeint, z.B. Hausaufgabenbetreuung oder berufliche Orientierungskurse für die Jugendlichen, als auch Freizeitangebote, die ihnen ein kind- und jugendgerechtes Aufwachsen auch in einer fremden Umgebung erlauben. Außerdem werden von vier Wohnheimen eine Intensivierung oder eine schnellere Vermittlung von Sprachkursangeboten gewünscht.

Wahrnehmung und Nutzung von bestehenden Angeboten im Stadtteil

Bei diesen Antworten ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der 5. Frage: Die Anbindung der Wohnheimbewohner an den Stadtteil ist sehr schwach ausgeprägt. Sie beschränkt sich in der Regel darauf, dass die Kinder und Jugendlichen den Kindergarten (oder Kinderhort) oder die Schule im Stadtteil besuchen und ggf. noch Freizeitangebote wahrnehmen (hierbei ist die OT St.John von zwei Wohnheimen für ihr Angebot lobend erwähnt worden). Von manchen Bewohner des Männerwohnheims in der Mündelstraße wird ferner die Abendschule besucht.

Integrationsangebote in den Wohnheimen

In vier von neun Wohnheimen gibt es keinerlei Angebote für die Bewohner, wobei in einem dieser Wohnheime die Caritas bald mit einem Angebot für die Kinder und Jugendlichen tätig werden will. In einem Wohnheim findet, wie bereits genannt, ein „Montagskreis“ von drei Frauen aus der Nachbarschaft statt. In dem Wohnheim, in dem russische Kontingentflüchtlinge untergebracht sind, bietet die Jüdische Gemeinde regelmäßig Sprechstunden an. Ferner gibt es zwischen zwei Wohnheimen eine Kooperation hinsichtlich des Angebots, so dass die Bewohner des einen Wohnheims am 2x wöchentlich stattfindenden Sprachkurs vom Katholischen Familienbildungswerk in dem anderen Wohnheim teilnehmen dürfen, sowie die Kinder an dem 2x wöchentlich stattfindenden Angebot des Deutschen Roten Kreuzes. In einem Wohnheim bietet ein Psychologe der Familienberatung der CSH 1x wöchentlich eine „Sprechgruppe“ für alle Bewohner an, sowie 1x wöchentlich eine psychosoziale Beratung.

Kindergarten-/ Schulbesuch auch in Fällen der nicht vorgegeben Schulpflicht (illegal eingereiste Flüchtlinge)

Bei den Antworten ergibt sich ein gemischtes Bild: In vier von sechs Fällen gehen die meisten Kinder in den Kindergarten oder in die Schule. In diesen Wohnheimen gibt es lediglich 1-2 Familien, die kein Interesse am schulischen Werdegang ihrer Kinder haben und generell nicht sonderlich gut integriert sind und schwer zu erreichen sind. Ansonsten gibt es noch ein positives Beispiel eines Wohnheims, in dem alle Kinder die Schule besuchen, auch wenn sie nicht der Schulpflicht unterliegen sowie ein konträres Beispiel eines Wohnheims, in dem kein Kind oder Jugendlicher die Schule besucht.

IV. Bewertung der Lebenssituation

Bei den nachfolgenden zwei Fragen stehen die Faktoren im Vordergrund, die für die Bewertung der Lebenssituation ausschlaggebend sind. Die Bewertung wird einmal aus der Sicht der Heimbewohner vorgenommen und einmal aus der Perspektive der Heimleitung.

Bewertung der Lebenssituation durch die Bewohner

Es gibt unterschiedliche Faktoren, die für die Bewertung ihrer Lebenssituation für die Bewohner ausschlaggebend sind: Ein Faktor ist die Verweildauer in den Wohnheimen; ein anderer Faktor ist der Aufenthaltsstatus. Je länger die Verweildauer und je unsicherer die Zukunftsperspektive ist, desto schlechter und verzweifelter fällt die Bewertung der eigenen Lebenssituation aus. (Dementsprechend sind Spätaussiedler aufgrund ihres sicheren

Aufenthaltsstatus' eher zufrieden und motiviert und verhalten sich in ihrem Umfeld sehr eigenverantwortlich). Ferner hängt die Bewertung auch sehr stark davon ab, ob die Bewohner über eine Arbeitserlaubnis verfügen oder nicht. Insbesondere männliche Bewohner, die aufgrund einer nicht vorhandenen Arbeitserlaubnis zur Untätigkeit verurteilt sind, schätzen ihre Situation als schlecht ein. Darüber hinaus sind auch sozialer Zusammenhalt und der Grad der Intimsphäre zwei weitere Faktoren für die Bewertung. Je besser die Hausgemeinschaft ist, desto positiver fällt die Bewertung aus (hierbei scheint die Güte der Hausgemeinschaft mit der Homogenität der Belegung zu korrelieren). Außerdem wird die Rückzugsmöglichkeit im Falle von abgeschlossenen Wohneinheiten sehr positiv eingeschätzt.

Bewertung der Lebenssituation durch die Heimleitung

Bei der Bewertung der Lebenssituation der Bewohner durch die Heimleitung ergibt sich ein sehr ähnliches Bild wie bei der Bewertung aus der Sicht der Bewohner. Es werden dieselben Faktoren wie Verweildauer, Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis, sozialer Zusammenhalt, Homogenität der Belegung und abgeschlossene Wohneinheiten genannt, die für eine positive oder negative Bewertung verantwortlich sind. Darüber hinaus wird von den Heimleitungen in zwei Fällen der schlechte bauliche Zustand als ein negativer Faktor genannt.

V. Traumata bei Bewohnern

Die Heimbewohner haben in vielen Fällen Flucht und Kriegserlebnisse erlitten. Nun befinden sie sich in einer fremden Umgebung. Es stellt sich die Frage, ob sie psychisch adäquat aufgefangen und bei Traumata entsprechend betreut und therapiert werden.

Betreuung von Traumatisierten

Während in vier Wohnheimen der Heimleitung keine traumatisierten Bewohner bekannt sind, gibt es in fünf Wohnheimen Bewohner, die ein Trauma erlitten haben oder psychisch krank sind. Insbesondere bei Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten treten schwere Traumata auf, die dringend der Hilfe und Behandlung bedürfen. Sie werden an die Beratungsstelle für Folteropfer der Caritas weitervermittelt; allerdings ist der tatsächliche Bedarf an Psychotherapien höher und wird daher nicht hinreichend abgedeckt. In einem Wohnheim besteht Kontakt zu dem Verein „Rom e.V.“.

Zusammenfassung

Abschließend können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

- Etwa ein Drittel der Heimbewohner ist minderjährig. Gerade die Kinder und Jugendlichen aber bedürfen besserer Betreuung.
- Es herrscht wenig Akzeptanz in der Nachbarschaft der Wohnheime, hier sind aber nicht nur die Integrationsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit der Heimbewohner gefordert, sondern auch die Toleranz der Umgebung.
- Es gibt Faktoren, die einen hohen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Lebenssituation der Heimbewohner haben (und auf die Integrationsbereitschaft). Diese Faktoren wie Verweildauer, Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis, sozialer Zusammenhalt und Grad der Intimsphäre bzw. Rückzugsmöglichkeit gilt es unter Nutzung aller vorhandenen Spielräume positiv zu beeinflussen.
- Die Betreuung von traumatisierten Bewohnern muss verbessert werden – Ignoranz gegenüber ihrem Leiden kann nicht länger geduldet werden.

2.5 Bedeutung des Islam für die Zuwanderer moslemischer Religionszugehörigkeit

Die Muslime in Deutschland und entsprechend auch die Muslime in Köln-Mülheim sind größtenteils türkischer Herkunft. Der Islam der türkischen Migranten der ersten und zweiten Generation, die größtenteils aus einfach strukturierten ländlichen Verhältnissen stammen, ist ein Islam, der sich aus religiös-kulturellen Traditionen speist und meistens nicht reflektiert, sondern gelebt wird. Die Moschee oder der Heimatverein werden als Orte betrachtet, an denen man sich treffen, Informationen austauschen und eine vertraute traditionelle Atmosphäre vorfinden kann. Hier haben die Vorbeter und Gemeindevorsteher nur begrenzten Einfluß. Man hört ihnen an Freitagen oder zu besonderen Anlässen, wie im Ramadan gerne zu, erhält aber die gewohnten Strukturen aufrecht. Aus diesem Grunde haben türkische Migranten vor allem in Stadtteilen wie Köln-Mülheim, wo sie einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, die Atmosphäre einer türkischen Kleinstadt entstehen lassen. Dies bemerkt man sehr deutlich bei einem Gang durch die Keupstraße im Stadtteil Mülheim. Hier findet der Betrachter neben Moscheen auch zahlreiche Gemüsegeschäfte, türkische Bäckereien und Konditoreien, türkische Supermärkte, aber auch zahlreiche türkische Teestuben. Besonders diese Teestuben stellen neben den Moscheen eine wichtige Anlaufstelle vor allem für männliches Publikum aus dem türkischen Migrantenumfeld dar. Hier treffen sich türkische Männer der ersten und zweiten Generation, um sich zu unterhalten, einen Tee oder auch Alkoholika zu sich zu nehmen, Karten zu spielen und soziale Kontakte zu pflegen. Interessant ist hier die Tatsache, dass von vielen dieser Männer sowohl die Moschee als auch die türkische Teestube gleichermaßen frequentiert wird, und dass man

zwischen der sakralen Atmosphäre der Moschee und der profanen der Teestube mit ihrem vom Islam untersagten verbotenen Glücksspiel (Kartenspiele) keinen Gegensatz sieht. Man geht also nicht in die Moschee, um sich indoktrinieren zu lassen, sondern um Erbauung zu erhalten, zu beten und vor allem, weil dies zum traditionellen türkischen Leben (besonders freitags) einfach dazu gehört. Danach begibt man sich auf einen Tee und ein Gespräch in eine Teestube, was man in Mülheim besonders an den Abenden des Ramadan sehr gut beobachten kann.

Die Kinder und Enkelkinder dieser Migranten, die die Heimat ihrer Eltern und Großeltern nur aus dem Urlaub kennen, haben ein anderes Verhältnis zur Kultur ihrer Eltern, zur islamischen Religion und vor allem zu den Traditionen. Interviews mit Jugendlichen aus muslimischen türkischen Migrantenfamilien ist zu entnehmen, dass sie sich häufig von den Traditionen ihrer Eltern distanzieren, diese kritisieren und sie so nicht mehr leben wollen. Anders als ihre Eltern haben sie außerhalb des traditionellen Umfelds ihrer Familie ein deutsches, nicht-muslimisches Umfeld vorgefunden, dessen Werte und Lebensweise sich von denen des Elternhauses unterscheiden. Sie fühlen sich zunehmend auch als ‚deutsch‘.

Der Islam – und nicht die türkische Tradition – wird bei der Identitätssuche vieler Jugendlicher mit in Betracht gezogen, aber auch kritisch reflektiert. Diese Jugendlichen möchten Bürger islamischer Religion mit türkischem Hintergrund sein und in der deutschen Gesellschaft wahr- und ernstgenommen werden. Häufig ist die intensive Beschäftigung mit dem Islam und auch die zunehmende religiöse Praxis als ein Selbständigwerden oder als eine Abgrenzung von der Familie und nicht unbedingt von der deutschen Gesellschaft zu verstehen.

Für die Identitätsfindung türkischer Jugendlicher in Mülheim spielt der Islam also durchaus eine zentrale Rolle. Es ist wohl zu erwarten, dass sich das traditionelle Bild Mülheims mit dem Generationenwandel verändern und für die deutsche Mehrheitsgesellschaft öffnen wird. (Muhammet Mertek, Der Islam und die muslimischen Migranten in Köln-Mülheim, S. 1-2 Manuskript, Markus Gerhold)

2.6 Selbstorganisationen und Moscheenvereine im Stadtbezirk Mülheim

2.6.1 Selbstorganisationen / Migrantenvereine

Migranten verfügen nach Beschreibung von Michael Krummacher (Einwanderer in der Kommune, 1996, S. 228) über ausgeprägte Selbsthilfepotenziale und gute soziale Netze.

Traditionell sind Nachbarschafts-Netzwerke und familiäre Selbsthilfepotenziale bei Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund der Familienstruktur und des

Familienzusammenhaltenes stärker ausgeprägt als bei Deutschen, so daß in Notlagen und schwierigen Lebenssituationen dieses Unterstützungspotenzial vor Inanspruchnahme von Fremdhilfen genutzt wird.

Migrantenvereine als „organisierte Selbsthilfepotenziale“ haben nach Beschreibung von Krummacher (a.a.O, S. 233) im Leben von Migranten im Stadtteil einen hohen Stellenwert. Ihr Aufgabenspektrum ist breit. Heimat in der Fremde, Selbsthilfenetze und Interessenvertretungen in der Kommune und im Stadtteil. Auf Stadtteilebene dienen sie der Pflege von Herkunftskultur, der Sprache, der Religion verbunden mit Alltagsgeselligkeit und Freizeitgestaltung. Hinzu kommen gezielte Selbsthilfeaktivitäten wie Rechts- und Sozialberatung, Sprachangebote.

Im Stadtbezirk Mülheim ist der Organisationsgrad von gemeinnützigen Migrantenvereinen mit sozialer Zielsetzung entgegen den Ausführungen von Krummacher nicht besonders ausgeprägt. Der Interkulturelle Dienst hat nur drei als gemeinnützig anerkannte Migrantenvereine und eine über Mülheim hinaus bedeutende Folkloregruppe recherchiert.

- 1) Yasam evi – Alternative Lebenshilfe
Wallstraße 110
51065 Köln

Der Verein wurde im April 2003 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, „zwischen zwei Kulturen eine soziale und kulturelle Brücke“ zu bauen.

„Unser Ziel ist es, einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen, indem wir jede Art von Gewalt und Rassismus ablehnen und unabhängig von politischen und religiösen Überzeugungen sind“ (aus der Satzung vom April 2003)

Mitglieder: 33, vorwiegend kurdisch

Finanzierung: Spenden, Kurseinnahmen und Mitgliedsbeiträge

Angebote: Sprachkurse, Nachhilfeunterricht, Unterricht in traditionellen Musikinstrumenten (türkische Gitarre, türkische Flöte)

- 2) Kultur Sport Verein ATLANT e.V.
Clevischer Ring 93
51063 Köln

Der Verein wurde am 01.06.2004 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, die „Integration der Menschen aus den ehemaligen GUS-Staaten in die deutsche Gesellschaft“ zu fördern.

Mitglieder: 50, vorwiegend Spätaussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten

Finanzierung: Spenden, Kurseinnahmen und Mitgliedsbeiträge

Angebote: Beratung, Sprachförderung, Kulturangebote

- 3) Büyükafsar Förderverein e.V.
Leimbachweg 60
51069 Köln

Der Verein hat das Ziel, „Begegnung, Verständigung und Integration zwischen Menschen aus Büyükafsar und deutschen Städten zu fördern, jede Art von Hilfe für Büyükafsargemeinde zu leisten und sozial schwache Personen zu unterstützen.

2001 hat der Verein zusammen mit dem Fußballverein Germania Mülheim auf dem Fußballfeld Wichheimer Straße ein Fußballturnier mit der E- und D-Jugend ausgetragen.

Mitglieder: 10

Finanzierung: Mitgliedsbeiträge

Angebote: Sportfeste, Beratung

- 4) BARIS – Volkstanzgruppe
C/o Engin Altinova
Felder Straße 149a
51371 Leverkusen

Die Baris-Gruppe besteht seit 1981 und wurde von türkischen Studenten in Köln-Mülheim gegründet. Die Folkloregruppe besteht aus 70 türkischen Jugendlichen, die sich aus den verschiedenen Volksgruppen und Religionen aus der Türkei zusammensetzt. Der größte Teil der Mitglieder ist in Deutschland geboren, aufgewachsen. Die Gruppe tritt auf kulturellen Veranstaltungen und Festen auf und ist in Mülheim bekannt.

Migrantenvereine und Selbstorganisationen haben eine wichtige Funktion im Hinblick auf Eigenverantwortung und Integration. Ihr reiches Potenzial an soziokulturellen und wirtschaftlichen Selbsthilfemöglichkeiten wird durch die Stadt Köln anerkannt und gefördert (Richtlinie zur Förderung von Interkulturellen Zentren, Stadt Köln, Interkulturelles Referat).

Die weit verbreiteten **Teestuben** erfreuen sich großer Beliebtheit. Zu unterscheiden sind zwei Arten: Die Teestube für Ältere und die Teestube für Jüngere. Der Grund für eine solche Unterscheidung liegt unter anderem im Respekt der jüngeren Generation gegenüber den Älteren. In deren Anwesenheit verzichten sie z.B. darauf zu rauchen. Während in Teestuben für Ältere meist nur Männer als Bedienung arbeiten, sind in denen der Jüngeren meist weibliche Bedienungen tätig. In einigen Teestuben der Älteren werden auch Glücksspiele organisiert. Die Teestuben der Jüngeren firmieren oft als Kultur- und Sportvereine. In ihnen widmen sich die Besucher dem Kartenspiel, Kicker und den Sportwetten. Auch Alkohol wird

konsumiert. (vgl. Muhammet Mertek, Überblick über die Situation der muslimischen Immigranten in Deutschland und insbesondere in Köln-Mülheim, S. 4)

2.6.2 Islamische Einrichtungen / Moscheenvereine im Stadtbezirk Mülheim

Der Stadtbezirk Mülheim verfügt mit neun islamischen Einrichtungen gegenüber z.B. Nippes (6), Kalk (4) über die größte Anzahl von Gebetshäusern in einem Bezirk, wobei sich alle Moscheen im Stadtteil Mülheim angesiedelt haben. Außer der Moschee in der Keupstraße 80, die sich an Muslime mit schiitischer Glaubensrichtung richtet, dominieren entsprechend dem Bundesdurchschnitt die Organisationen türkischer Muslime. Dabei ist auffällig, daß in Mülheim die überwiegende Zahl der Moscheenvereine sich als unabhängige Organisationen etabliert haben und keinem Dachverband, wie z.B. DITIB und Milli Görüs angehören. Viele der Gebetshäuser sind sog. Hinterhofmoscheen, haben aber im Stadtteil für die Migranten eine wichtige Funktion, ortsnah in einem vertrauten Raum den Glaubensausübungen nachzugehen.

Eine große Rolle spielt für viele türkisch-islamische Verbände nach wie vor die politische Situation in der Türkei, auch wenn – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Verantwortlichen im Gespräch jegliche parteipolitische Bindung ihrer Organisationen in die Türkei abstreiten. „Es kann mit gewissem Recht behauptet werden, daß die türkisch-islamische Szene in Deutschland ein Spiegelbild der Verhältnisse in der Türkei dargestellt, da sämtliche Verbände aus entsprechenden Organisationen im Heimatland hervorgegangen sind und in irgendeiner Weise nach wie vor mit ihnen verbunden sind“ (Lemmen, Thomas, Türkisch-islamische Organisationen in Deutschland, Altenberge 1998, S. 26).

Das Interkulturelle Referat der Stadt Köln hat in seiner Broschüre „Islamische Einrichtungen in Köln“ eine Übersicht über die größten in Deutschland aktiven islamischen Dachverbände beschrieben, aus der hier ein kurzer Auszug zugesammengefaßt wird (die Broschüre kann über das Interkulturelle Referat angefordert werden):

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion – DITIB

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (gegründet 1982 in Berlin) ist eine staatliche Einrichtung der türkischen Republik, deren Aufgabe es ist, sich um die religiösen Bedürfnisse der in Deutschland lebenden Türken zu kümmern. Sie untersteht dem staatlichen Präsidium für Religiöse Angelegenheiten in Ankara und ist dem Laizismus der

türkischen Verfassung verpflichtet. Politische Aktivitäten sind den Mitgliedern im Rahmen des Verbandes streng verboten und können zum Verlust der Mitgliedschaft führen.

Islamische Gemeinschaft Milli-Görüs (IGMG)

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs ist der zweitgrößte in Deutschland aktive türkisch-islamische Dachverband. Die Zentrale des Verbandes befindet sich in der Merheimer Straße in Nippes.

Der Name Milli Görüs (Nationale Weltsicht) ist vom Titel einer 1973 erschienenen Schrift des späteren türkischen Premierministers Necmettin Erbakan übernommen. Mit National dürfte hier weniger türkisch-nationalistisch als des ursprünglich im Koran gebrauchten arabischen Wortes *Milla* gemeint sein, also Konfession oder Glaubensgemeinschaft.

Der Verband unterhält eine Stiftung, die islamischen Bestattungen und ggf. Überführungen in die Türkei finanziert, außerdem organisiert sie Pilgerfahrten nach Mekka sowie Aktivitäten zum Fastenmonat Ramadan und anderen islamischen Feiertagen. Gleichzeitig geht es dem Verband darum, die Rechte der Muslime als Religionsgemeinschaft in Deutschland durchzusetzen und ihre Stellung innerhalb der deutschen Gesellschaft zu verbessern.

Die IGMG versichert, daß diese Bemühungen in keiner Weise im Gegensatz zur deutschen Verfassung stehen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz ist diesbezüglich anderer Ansicht. Er gelangte zu der Einschätzung, ihre Bestrebungen richteten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik. Nach dem neuesten Bericht des Verfassungsschutz NRW wird folgender Ausblick genommen: „Die Repräsentanten der IGMG verweisen auf neue liberale Bestrebungen in der IGMG, die sich insbesondere im Nachgang zu den Parlamentswahlen in der Türkei im Jahre 2002 verfestigt haben sollen, als von den Nachfolgegruppierungen der früheren ‚Wohlfahrtspartei‘ die liberale AKP rund 35 % der Wählerstimmen erhielt, während sich die ‚Traditionalisten‘ um Erbakan lediglich 2,5 % der Wählerstimmen stützen können. Es ist jedoch nicht ersichtlich, daß diese Bestrebungen zwischenzeitlich in der IGMG die Oberhand gewonnen hätten und die ‚Traditionalisten‘ um Erbakan nicht mehr die kämpferisch-islamistische Ausrichtung der IGMG bestimmten“. (Verfassungsschutzbericht NRW 2003, S. 232).

Es ist jedoch hinzuzufügen, dass Sozial- und Religionswissenschaftler, die sich mit der IGMG beschäftigen, gegen die Beurteilung der IGMG durch die Verfassungsschutzämter Einwände erheben. So werden „den Funktionären in den Verfassungsschutzberichten Doppelzüngigkeit unterstellt – wobei allerdings die Beweise der Prüfung nicht standhalten“ (Schiffauer, 2004a, S. 89). Die Sozial- und Religionswissenschaftler sehen vielmehr „in der IGMG eine Gemeinschaft im Umbruch, in der neben alten Islamisten eine Generation von

Erneuerern hochkommt. Diese jungen Mitglieder wollen als rechthgläubige Muslime in dieser Gesellschaft leben. Weder wollen sie deren islamische Umgestaltung, noch wollen sie eine Parallelgesellschaft aufbauen“ (ders. 2004b, S. 8).

Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ)

Der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) e.V. war die erste Vereinigung in Deutschland, die den Anspruch auf die Interessenvertretung aller Muslime erhob. Unter dem Namen „Islamisches Kulturzentrum e.V.“ 1973 in Köln gegründet, beantragte der Verband bereits 1979 erfolglos die Anerkennung des Islams als Körperschaft öffentlichen Rechts. 1980 nahm er den heutigen Namen an.

Die Mitglieder des VIKZ werden oft als *Süleymançilar* bezeichnet, in Anlehnung an den islamischen Gelehrten Süleyman Hilmi Tunahan (1888-1959), dessen Anhänger sie seien. In zahlreichen Veröffentlichungen wird der Verband mit der *Süleymançi*-Bewegung gleichgesetzt, der aufgrund der Zugehörigkeit ihres Begründers zum *Naksibendiye*-Orden ein mystisches Religionsverständnis nachgesagt wird.

Im Gegensatz zu der immer wieder geäußerten Einschätzung, der Verband sei eine ordensähnliche Vereinigung mit mystischen und schwer durchschaubaren Glaubensinhalten, betont die Organisation jedoch stets ihre Übereinstimmung mit der orthodoxen Lehre des sunnitischen Islam und ihre Zugehörigkeit zur hanafitischen Rechtsschule.

Die Ziele des Dachverbandes sind in erster Linie die Vermittlung von Religion und die theologische Ausbildung von Hocas und Religionslehrern, auch im Hinblick auf einen möglichen islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen. So sieht der VIKZ die Pflege des Glaubens und die Arbeit mit Jugendlichen, also die Vermittlung von Grundlagen der Religion, islamischer Kultur und die Weitergabe von türkisch-islamischer Identität und Wertmaßstäben als ihre Hauptaufgabe.

Im Stadtbezirk Mülheim bestehen folgende Moscheenvereine / Gebetshäuser ⁴:

Sultan Ahmet Camii
 Montanusstraße 76
 51065 Köln

- Vereinsmoschee, keine strukturelle Bindung zur IGMG, kann aber eindeutig diesem Dachverband zugeordnet werden.

⁴ Islamische Einrichtungen in Köln, Veröffentlichung der Stadt Köln, Interkulturelles Referat

Islamische Gemeinschaft Jama'at un – Nur e.V.
 Nurculuk Bewegung
 Zentrale
 Neustraße 11
 51063 Köln

- Versteht sich als intellektuelle Bewegung islamischer Dachverband

Yunus Emre Camii
 Clevischer Ring 113
 51063 Köln

- Deutsch-Türkischer Kulturverein e.V., versteht sich als Kulturverein, Pflege der Religion und Aufrechterhaltung türkischer Identität. Jugendarbeit ist ein Schwerpunkt ihrer Arbeit, bietet Sport- und Hausaufgabenbetreuung an.
 Vereinsmitglieder sympathisieren mit der türkischen MHP (Partei der Nationalen Bewegung)

Türkisch-Islamische Kulturgemeinde (Ehli Beyt Camii)
 Keupstraße 80
 51063 Köln

- Unabhängige Gemeinde, Gebete und Feiertage nach schiitischem Ritus, Einzugsbereich über Mülheim hinaus, Angebote sind rein religiös

Ömer ul Faruk Camii
 Keupstraße 123
 51063 Köln

- Unabhängiger Verein, der die Räume von der IGMG angemietet hat. Islamischer Religions- und Kulturunterricht

Firkhan Mescidi
 Andreaestraße 14
 51063 Köln

- Grundlagenvermittlung von islamischer Religion und Kultur, konservative Muslime in der Gemeinde

Förderverein der Haci Bektas Veli Kultur in Köln und Umgebung e.V.
 Montanusstraße 20
 51064 Köln

- Religionsausrichtung der Alaviten, arbeitet als unabhängiger Verein, konzentriert sich auf religiöse, kulturelle und soziale Aufgaben

Islamische Akademie Villa Hahnenburg
 Ackerstraße 146
 51065 Köln

- Träger der Akademie ist die VIKZ. Bis zum Jahr 2000 Bildungseinrichtung mit Stadtteilbezug, seit 2000 Beschränkung auf religiöse Unterweisung von Muslimen

Zusammenfassung

- ⇒ Vorsichtig geschätzt: 15.000 – 18.000 Personen gehören muslimischen Gemeinden an
- ⇒ 90.000 – 100.000 Kölner Muslime (Moscheenvereine erreichen 15 – 20 % aller Muslime, Stadtbezirk Mülheim: 32.702 (22 %) der Migranten, dabei stammen 70 % aus muslimischen Herkunftsländern (Mehrheit Türken und Kurden)
- ⇒ Erfüllen religiöse und soziale Funktionen, dienen als Treffpunkte und Anlaufstellen
- ⇒ Erziehungstätigkeit entzieht sich weitgehend deutschen Behörden
- ⇒ Man kann davon ausgehen, daß der größte Teil der Moscheenbesucher nicht aufgrund politischer Interessen einer Gemeinde angehört
- ⇒ Organisationen sind bemüht, sich von ihrem Dasein in wenig beachteten „Hinterhofmoscheen“ zu lösen und ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit zu treten. Muslimische Gemeinden wollen keine Provisorien mehr sein, sondern Vertreter der legitimen Interessen eines Teils der bundesdeutschen Bevölkerung

2.7. Türkische Selbständige – Wirtschaftspotenziale am Beispiel der Keupstraße

Die Geschichte der Keupstraße – eine Erfolgsgeschichte

Türkische Selbständige leisten mit ihren unternehmerischen Initiativen einen bedeutenden Beitrag zur Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Dabei nimmt die Zahl der in Deutschland lebenden türkischen Unternehmen kontinuierlich zu: Mittlerweile haben rund 60.000 Unternehmen in Deutschland 7,5 Milliarden Euro investiert und circa 350.000 Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt erzielen sie ein jährliches Umsatzvolumen von 30 Milliarden Euro⁵.

⁵ Kölner Stadt-Anzeiger, 27.04.2004, S.3

Hinter diesen beeindruckenden Zahlen verbergen sich persönliche Erfolgsgeschichten von türkischen Einwanderern, die unternehmerischen Mut und Aufstiegswillen bewiesen haben. Beispielhaft für eine solche energische Persönlichkeit steht Tamer Kulmac, der das Firmenimperium Sahinler Holding/Sahinler Group mit Hauptsitz in Würselen, aufbaute. Mit insgesamt 28 Unternehmen, verteilt auf 13 Länder mit 12.000 Mitarbeitern, erwirtschaftet es jährlich einen Umsatz von rund 1,15 Milliarden Euro ⁶.

Türkische Selbständige beleben auch die Kölner Wirtschaft. Nach einer aktuellen Untersuchung im Jahr 2004 vom Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln stellt die Türkei mit 220 Unternehmen den größten Anteil des wirtschaftlichen Engagements, gemessen an der Gesamtzahl der verschiedenen Nationen ⁷. Aus der Kölner Untersuchung geht weiterhin hervor, dass wirtschaftliche Initiativen integrative Wirkungen haben. Das zeigt sich z.B. daran, dass türkische Selbständige bzw. Gesellschafter bzw. Inhaber überwiegend eingebürgert waren oder einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hatten ⁸.

Graphik, 2.2

In Köln sind türkische Unternehmen, Betriebe und Geschäfte in unterschiedlich ausgerichteten Unternehmensverbänden und Initiativen organisiert. Neben dem europaweit tätigen Dachverband türkischer Unternehmer und Industrieller ATIAD (Association of Turkish Businessmen and Industrialists) und einigen türkischen Unternehmerverbänden wie Müsiat, gibt es auch Kooperationen zwischen deutschen und türkischen Unternehmern. Dazu gehört beispielsweise die im Jahr 2003 gegründete Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer (TD-IHK); diese Zusammenarbeit macht deutlich, dass türkische

⁶ Nach Kölner Stadt-Anzeiger, 27.04.2004, S.3

⁷ Untersuchung zur Präsenz der ausländischen Unternehmen in Köln, S. 6

⁸ Ebenda, S. 6

Unternehmen mit ihrem Einsatz für die Stärkung der lokalen Ökonomie aus vielen Städten und Stadtteilen nicht mehr wegzudenken sind und zunehmend als Partner anerkannt werden.

Dies gilt in besonderer Weise für Köln, wo die türkischen Unternehmer und Einzelhandelsgeschäfte zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur geworden sind. Dieses Potenzial hat der bereits 1990 ins Leben gerufene Türkisch-Deutscher Unternehmerverein (TDU e.V.), früh erkannt, der vor allem in der Kölner Region engagiert ist.

Diese Entwicklung ist bei einzelnen Straßenzügen (z.B. Weidengasse, Keupstraße) besonders deutlich zum Tragen gekommen, was auch zunehmend von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. So ist die Keupstraße heute über Köln hinaus bekannt als attraktive Einkaufsstraße mit exotischem Flair. Die bestehende Infrastruktur an Dienstleistungen, Einzelhandelsgeschäften und Gastronomiebetrieben mit ihrer Angebotsvielfalt und –qualität wird sowohl von deutschen als auch von türkischen Kunden geschätzt.

Am Beispiel der Keupstraße kann man den allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandel sehr gut nachvollziehen, ebenso wie die Einwanderungsgeschichte in Deutschland, für die die Keupstraße zum Spiegelbild geworden ist.

Schon während der Industrialisierung im 19./20. Jahrhundert wurden viele ausländische Arbeitskräfte mit der Aussicht auf Arbeit und Lohn angelockt. Dies setzte sich auch nach dem zweiten Weltkrieg fort, als die Arbeitskräfte knapp waren und ausländische Arbeitnehmer für die Industrie angeworben wurden. Schon in den 50er und 60er Jahren zogen die ersten Migranten in die Keupstraße. Die Kabelwerke von Felten & Guillaume (F&G) in der Schanzenstraße beschäftigten in diesen Jahrzehnten bereits eine große Zahl von ausländischen Arbeitern. Die vorwiegend türkischen Arbeiter suchten in Köln preiswerten Wohnraum und fanden ihn in den sanierungsbedürftigen und teilweise heruntergekommenen Häusern in der Keupstraße, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes. Deutsche mit dem Wunsch nach einem qualitativ höheren Wohnstandard zogen aus. Der demographische Wandel der Straße von einer deutschen zu einer vorwiegend türkischen Bevölkerung setzte sich in den 70ern und 80ern fort. Der ausländische Anteil liegt heute bei 58,8 %.

Die Keupstraße war auch Anlaufstelle für neu Zugewanderte, die hier ihre ersten Integrationsschritte unternahmen, von familiären und nachbarschaftlichen Netzwerken unterstützt. Das überrascht nicht, denn „...eine anfängliche Konzentration von Zuwanderern in einzelnen Stadtvierteln ist nicht nur verständlich, sie ist sogar ein wichtiger Zwischenschritt zu einem konstruktiven und belebenden Miteinander in einer Stadt, die wie Köln ihre

historische Entwicklung und multikulturelle Vielfalt gerade auch einer gewissen Offenheit gegenüber Zuwanderern verdankt“⁹.

Parallel zu dieser demographischen Entwicklung setzte ein industrieller Strukturwandel in Köln ein, der Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit zur Folge hatte. Davon waren in erster Linie unqualifizierte Arbeitnehmer betroffen, darunter auch viele türkische Migranten. Der Weg in die Selbständigkeit war für einige Migranten ein Ausweg aus dieser Lebenskrise. Die erste Generation der türkischen Einwanderer verfügte über positive Erfahrungen, die sie ermutigten, selbst die Initiative zu ergreifen. Gewinnstreben, der Drang nach Selbständigkeit oder materielle Not waren der Motor für vergleichsweise hohe Risikobereitschaft.

Viele von ihnen sind bis heute in der Keupstraße erfolgreich, weil zum einen der soziale Zusammenhalt innerhalb des Migrantenmilieus noch gut funktioniert und sie zum anderen ihre Dienste außerdem in der Herkunftssprache anbieten können.

Die bunte Alltagsbetriebsamkeit in der Keupstraße wurde allerdings mit dem Bombenanschlag von 9. Juni 2004 jäh gestört. Der bislang unaufgeklärte Bombenanschlag, bei dem 22 Menschen verletzt worden sind, vier davon schwer, war ein Schock, von dem sich die Einwohner nur mühsam erholen können. Daher war es auch sehr wichtig, daß rund 15.000 Menschen am 11. Juli zu einem Solidaritätsfest gekommen sind, um ihren Beistand zu bekunden. Gerade wenn manchmal abfällige und diskriminierende Kommentare über die Keupstraße geäußert werden, ist es auch von Seiten der Stadt Köln notwendig, sich mit den Einwohnern zu solidarisieren¹⁰.

2.7.1 Unternehmerbefragung Keupstraße

1. Einführung

Für den Migrantenbericht hat der Interkulturelle Dienst des Bezirksjugendamtes Mülheim eine anonyme Befragung der Selbständigen in der Keupstraße vorgenommen, um sich ein besseres Bild von ihrer Situation zu machen und um, davon ausgehend, Handlungsvorschläge unterbreiten zu können.

Die Fragebögen wurden Ende März 2004 ausgeteilt. Insgesamt sind 44 Fragebögen zurückgekommen, von denen keiner vollständig ausgefüllt wurde. Wahrscheinlich sind nicht immer alle Fragen verstanden worden. Da aber alle Fragebögen zu einem überwiegenden Teil ausgefüllt worden sind, sind ihnen viele aussagekräftige Informationen zu entnehmen.

⁹ prognos, Einschätzung der zukünftigen sozialen Entwicklung in der Stadt Köln, Gutachten im Auftrag der Stadtparkasse Köln, S. 61

¹⁰ Vgl. Ottersbach, Markus: Die Marginalisierung städtischer Quartiere in Deutschland als theoretische und praktische Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 28/2003, S. 32-39

Die Unternehmerbefragung wurde vom Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln ausgewertet.

II. Die Unternehmerbefragung

a) Personenbezogene Daten

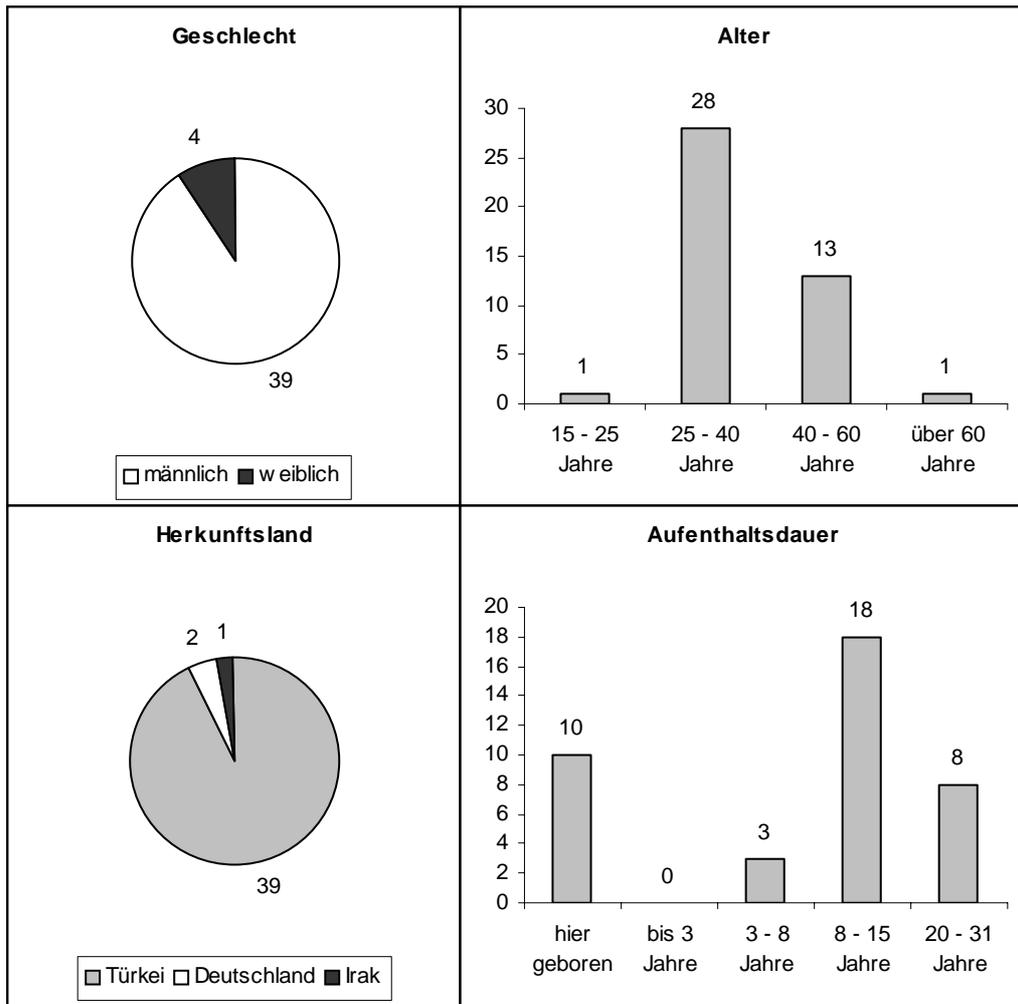
Unter die personenbezogenen Daten fallen die Antworten zu Geschlecht, Alter, Herkunftsland und der Aufenthaltsdauer. Daraus lassen sich Rückschlüsse auf die Sozialstruktur der Unternehmer in der Keupstraße ziehen.

Geschlecht: Männer sind vorherrschend in der unternehmerischen Infrastruktur der Keupstraße: Von 44 Befragten waren lediglich vier Personen weiblich (1 x k. A.).

Alter: Beim Alter dominiert die Gruppe der 25-40jährigen, zu der 28 Personen gehörten. 13 Befragte gaben ihr Alter mit der Angabe 40-60 Jahren an. Die beiden anderen möglichen Angaben („15-25“ und „über 60“) waren nur für jeweils eine Person zutreffend. (1 x k. A.)

Herkunftsland: Der Herkunft nach ist die beinahe uneingeschränkte Anzahl der Unternehmer in der Keupstraße türkisch. Denn von 44 Befragten gaben 39 Personen die Türkei als Herkunftsland an, lediglich 3 Personen wichen davon ab, von denen 2 aus Deutschland stammen und 1 Person aus dem Irak. (2 x k. A.)

Aufenthaltsdauer: Bis auf drei Personen, die sich bislang zwischen 3-8 Jahren in Deutschland aufhalten, leben alle Befragten schon seit mehr als acht Jahren in Deutschland (26 Personen kreuzten „8-15 Jahre“ an, wovon 8 Personen schon länger als 20 Jahre hier leben) oder sind bereits hier geboren (10 Personen). (5 x k. A.). Inwieweit aber die Befragten hier in Deutschland eingebürgert sind, ist der Frage nicht zu entnehmen.

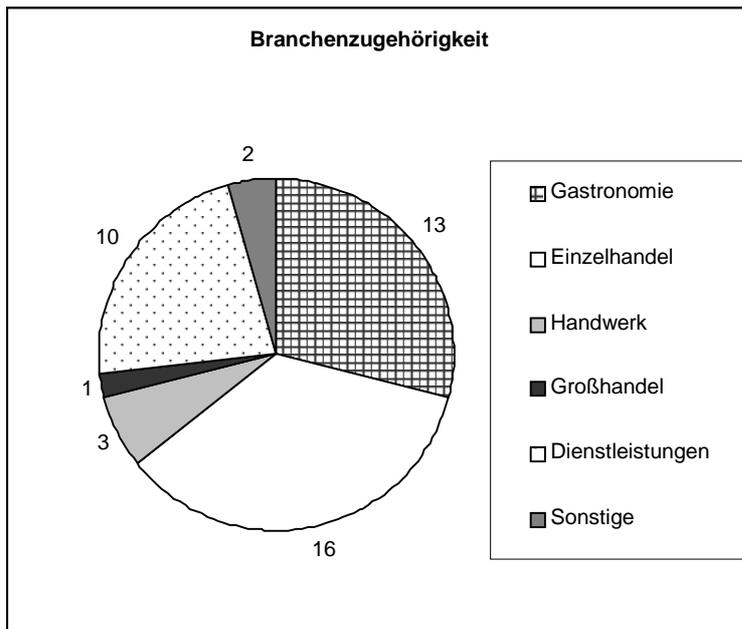


b) Unternehmensbezogene Daten

Zu den unternehmensbezogenen Daten gehören die Antworten auf Fragen nach dem Unternehmensalter, der Branchenverteilung, der Ausbildungssituation, der Mitarbeitersituation, der Umsatzentwicklung (der vergangenen und zukünftigen), der Auswirkungen der Schanzenstraße, sowie zuletzt die Bewertung des Standortes Keupstraße.

Unternehmensalter: Bei den Fragen „Seit wann sind Sie selbständig?“ und „Seit wann haben Sie Ihr Geschäft in der Keupstraße?“ gaben viele Befragte lediglich ein Jahr an, was darauf schließen lässt, dass die Fragen wohl ungenau beantwortet wurden. Es lässt sich aber sagen, dass die größte Zahl der Personen schon seit mehr als 5 Jahren zum Erscheinungsbild der Keupstraße gehören (9 Personen länger als 5 Jahre, 13 über 10 Jahre und 4 über 20 Jahre). Neben diesen „alteingesessenen“ Unternehmern gibt es auch eine nicht geringe Anzahl von hinzukommenden Selbständigen, die dies erst seit kurzem sind (17 Personen weniger als 5 Jahre).

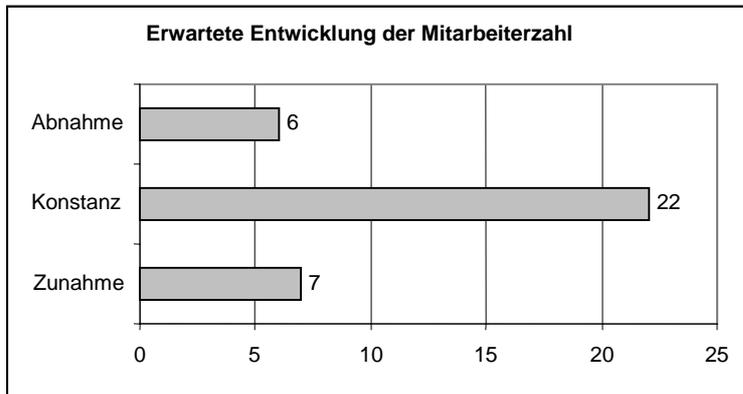
Branchenverteilung: Bei der Branchenverteilung ergibt sich ein ausgewogenes und facettenreiches Bild. Am stärksten vertreten ist der Einzelhandel mit 16 Nennungen (davon einmal zusammen mit „Großhandel“ angekreuzt), gefolgt von Gastronomiebetrieben (13) und Dienstleistungsbetrieben (10). Das Handwerk ist allerdings mit nur drei Nennungen vertreten. Darüber hinaus wurde von 2 befragten Personen „Sonstiges“ angekreuzt.



Ausbildungssituation: In nur vier Betrieben werden Lehrlinge ausgebildet, wobei das Interesse daran höher ist (9 Betriebe). Unterschiedliche Gründe sind für diese geringe Zahl von Ausbildungsbetrieben verantwortlich: Die meisten Unternehmer besitzen keinen Ausbilderschein (32), was u.a. auch auf Sprachschwierigkeiten zurückzuführen ist. (Möglicherweise werden darüber hinaus die bürokratischen Hürden zum Erwerb des Ausbilderscheins grundsätzlich als zu hoch eingeschätzt). Außerdem sprechen auch manchmal innerbetriebliche Gründe gegen die Ausbildung von Lehrlingen. So scheinen manche Betriebe nur auf einen Arbeitsplatz angelegt oder räumlich zu klein zu sein.

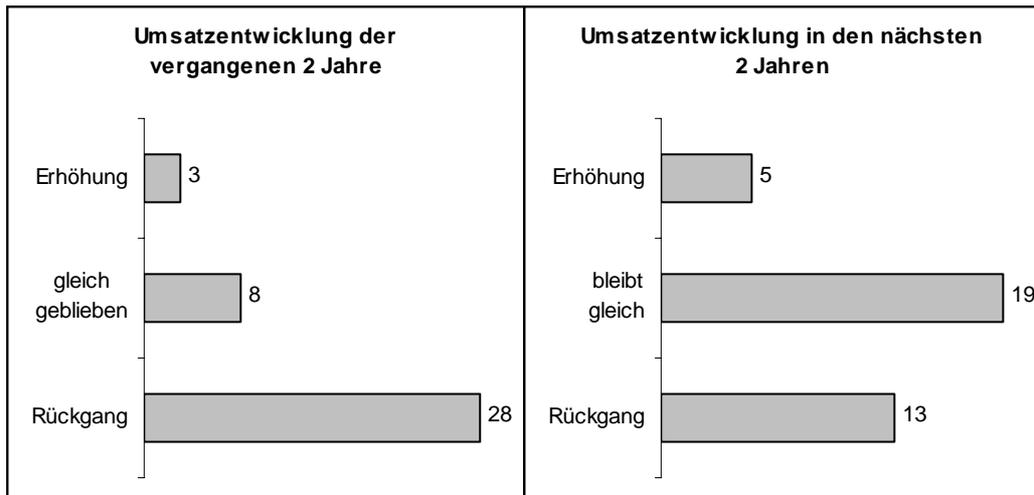
Mitarbersituation: (z.T. unvollständige Angaben): Den gemachten Angaben ist zu entnehmen, dass es sich in erster Linie um Klein- und Kleinstbetriebe in der Keupstraße handelt: 7 Befragte gaben die Mitarbeiterzahl mit „1“ an, 6 Personen sind allein auf sich gestellt und haben gar keinen Mitarbeiter. Eine Großzahl der Unternehmen erwartet keine Veränderungen in ihrer Mitarbeiterzahl (22 x). Unter den Befragten, die Veränderungen erwarten, halten sich die Optimisten und die Pessimisten etwa die Waage: 7 Befragte

erwarten eine steigende Mitarbeiterzahl, 6 Befragte hingegen eine sinkende (Rest der Befragten: k. A.). Als Gründe für den Personalabbau bzw. der Nichteinstellung neuer Mitarbeiter werden i.d.R. die schlechte Wirtschaftslage und die Umsatzsituation angegeben. Für diejenigen, die eine Steigerung ihrer Mitarbeiterzahl erwarten, stellt sich die Situation offenbar anders dar; sie argumentieren mit einem gutem Umsatz.



Umsatzentwicklung der vergangenen zwei Jahre (z.T. unvollständige Angaben): Die angespannte gesamtdeutsche Wirtschaftslage spiegelt sich in den Zahlen der Unternehmer der Keupstraße wider: Bei 28 Betrieben hat sich der Umsatz negativ entwickelt, bei 8 Unternehmen stagnierte er und lediglich 3 Personen gaben an, dass der Umsatz gestiegen sei (Rest k. A.). Für den Umsatzrückgang bzw. –stagnation werden die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage und die mangelnde Kaufkraft der Kunden verantwortlich gemacht. Nicht gering (11 Personen) ist auch die Zahl derer, die den Umsatzrückgang auf die Umstellung auf den Euro zurückführen.

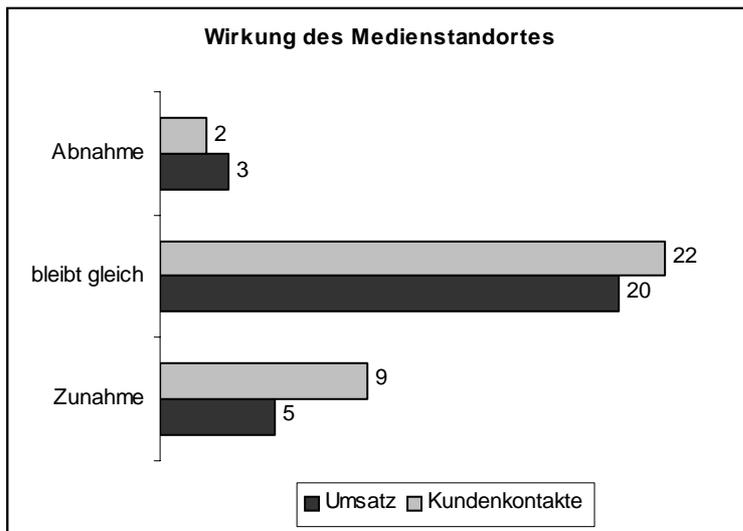
Umsatzerwartung für die nächsten zwei Jahre: (z.T. unvollständige Angaben): Auch in der Umsatzerwartung ergibt sich ein wenig optimistisches Bild. Nur 5 Unternehmen erwarten steigende Umsätze, während 13 Betriebe sinkende Umsatzzahlen befürchten. 19 Unternehmen rechnen mit einer Stagnation des Umsatzes (Rest k. A.). Sofern Gründe für diese Erwartungen geäußert worden sind, so sind sie unter „schlechte Wirtschaftslage“ zusammenzufassen. Eine Person äußerte darüber hinaus die Meinung, dass die negative Medienberichterstattung über die Keupstraße zu der angespannten Situation beitrage.



Jährlicher Umsatz/ Ausgaben für den Wareneinkauf: Zwischen diesen inhaltlich unterschiedlichen Fragen ist in den Antworten nicht differenziert worden, so dass die gegebenen Antworten nicht als zuverlässig eingeschätzt werden können. Nur soviel lässt sich festhalten: Da der Umsatzwert generell der höhere Wert als der Wareneinkauf ist, kann der höchste genannte Wert als ein Umsatzwert eingeordnet werden. Demnach bewegt sich der Umsatz in einem Spektrum bis zu 1.000.000 € (höchster, genannter Wert – 3x).

Bisheriges Investitionsvolumen: Am häufigsten wurde das Investitionsvolumen auf 25.000 € - 50.000 € veranschlagt (10x). Ein Investitionsvolumen von bis zu 25.000 € wurde 6x genannt, während ein Investitionsvolumen von 50.000 € - 100.000 € von 7 Unternehmern angegeben wurde. Bei weiteren zwei Personen belief sich das Investitionsvolumen auf eine Marge von 100.000 € - 200.000 €. Bei einer Person betrug es sogar 350.000 € (Rest: k. A.).

Auswirkungen durch den Medien-, Veranstaltungsort Schanzenstraße: (z.T. unvollständige Angaben): Für die meisten der Befragten hat der Medien- und Veranstaltungsort Schanzenstraße keinerlei Auswirkungen auf ihren Umsatz und ihre Kundenkontakte. So wurde die Frage nach den Auswirkungen auf den Umsatz von der größten Anzahl der Personen (20) neutral beantwortet, indem sie keine Auswirkungen festgestellt haben. 5 Befragte hingegen weisen der Schanzenstraße eine positive Wirkung zu; sie führten eine Umsatzsteigerung darauf zurück. 3 Personen sehen eher Nachteile durch die Schanzenstraße und stellten einen sinkenden Umsatz wegen ihr fest. Ähnlich sieht es auch bei den Auswirkungen auf den Kundenkontakt aus: Wieder ist die Zahl derer am größten, die keine Veränderungen sehen (22 x). Immerhin 9 Befragte stellen einen gestiegenen Kundenkontakt fest, während dies 2 Personen verneinen, indem sie sogar einen gesunkenen Kundenkontakt konstatieren.

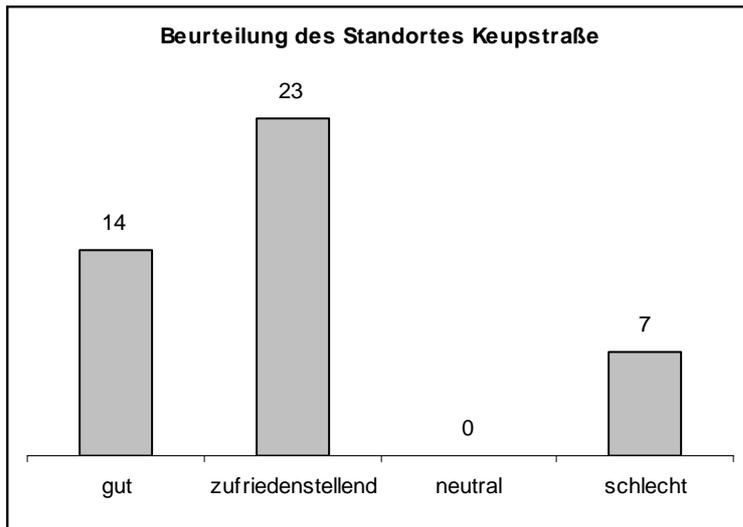


Bewertung des Standortes Keupstraße: Die Einschätzung des Standortes Keupstraße wird größtenteils als zufriedenstellend bewertet (23 x); 14 Personen äußern sich positiver, indem sie den Standort als „gut“ einschätzen. Nur 7 Befragte geben an, dass der Standort schlecht sei.

Positiv sehen die Geschäftsleute den hohen Bekanntheitsgrad der Keupstraße als Einkaufsstraße, insbesondere bei den türkischen Migranten. Demnach sei die gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichende Straße über die Grenzen Kölns bekannt, und das große Waren- und Dienstleistungsangebot sowie die große Anzahl der Gastronomiebetriebe wirke sich positiv aus. Einige der Unternehmer stellen eine positive Entwicklung der Keupstraße während der letzten Jahre fest, indem sich ihr äußeres Erscheinungsbild verbessert habe.

Negativ hingegen bewerten die Befragten die Parkplatzsituation, die immer noch mangelhafte Sauberkeit sowie den zu hohen bürokratischen Aufwand der Unternehmertätigkeit. In diesem Zusammenhang wird bemängelt, dass die staatlichen Auflagen zu hoch seien, dass bürokratische Hürden abgebaut werden müssten und dass das Steuersystem zu kompliziert sei. Ferner fühlen die Befragten ihre Interessen von der Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt. Auch von der Stadt Köln selbst verspreche man sich mehr Unterstützung. Vereinzelt wird die Dominanz von Migranten kritisiert. Außerdem wird von einer Person geäußert, dass Frauen nicht gerne in die Keupstraße kämen.

Bisweilen wird der Wunsch nach gemeinsamen Aktivitäten (z.B. Straßenfest) geäußert, bzw. deren Fehlen in Form des Vorwurfs von mangelndem Gemeinsinn angemahnt.



III. Handlungsmöglichkeiten

Ausgehend von den Bewertungen des Standortes Keupstraße lassen sich Handlungsmöglichkeiten in drei Bereichen ableiten: a) Parkplätze b) Erscheinungsbild und c) Bürokratie.

Zu a) Parkplätze: Sowohl die Parkplatz- als auch die Verkehrssituation werden von vielen Geschäftsleuten als sehr unbefriedigend dargestellt. Hier sind Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gefordert. So könnten beispielsweise bestehende Parkverbote verstärkt kontrolliert werden. Allerdings gilt es dabei auch die Haltemöglichkeiten des Lieferverkehrs sowie die Parkmöglichkeiten für die Kunden zu berücksichtigen.

Zu b) Erscheinungsbild: Das Erscheinungsbild der Keupstraße lässt sich hinsichtlich *Sauberkeit* und *Sicherheit* noch stark verbessern. Regelmäßiges Reinigen durch die AWB reicht offenbar nicht aus. Vielmehr scheinen verstärkte Kontrollen notwendig zu sein. Dies gilt auch, ggf. in Zusammenarbeit mit der Polizei, für die allgemeine Sicherheitssituation auf der Straße. (Dies gilt vor allem zur Steigerung der Attraktivität der Keupstraße für Frauen). Verstärkte Präsenz ist daher ratsam, um die objektive Sicherheitssituation sowie das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Zu c) Bürokratie: Viele der Befragten beklagten die Anzahl und die Komplexität staatlicher Regelungen. Diese wirken sich offenkundig negativ auf wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten der Geschäftsleute aus. Hier gilt es seitens der Verwaltung kundenfreundlich zu handeln und Ermessensspielräume auszunutzen.

Allgemein sollte von städtischer Seite der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich offenbar viele Geschäftsleute auf der Keupstraße von Seiten der Stadt Köln bzw. anderen Behörden nicht verstanden fühlen. Doch diese Unternehmer besitzen sowohl ein wirtschaftliches als auch ein hohes integratives Potenzial, dessen Missachtung die Stadt Köln sich nicht leisten kann. Daher sollten Entscheidungen transparenter und in einer verständlichen Form begründet werden, um auf diese Weise den Betroffenen das Gefühl zu vermitteln, ernst genommen zu werden. Es ist hochgradig wünschenswert, *in Kooperation* mit den Geschäftsleuten Handlungsfelder zu bearbeiten und die bestehenden Probleme zu lösen.

IV. Interessengemeinschaft Keupstraße e.V.

Die Interessengemeinschaft Keupstraße e.V. (IG Keupstraße e.V.) ist für die Geschäftsleute, Unternehmer und Handwerker aus dem Wohnbereich der Keupstraße ein wichtiger Zusammenschluss, um in politischen Gremien, in der Verwaltung und in den Medien die Interessen nach außen wirksam zu vertreten.

Entstanden ist die IG Keupstraße aus einer Bürgerinitiative, die in den 80er Jahren aus einem Zusammenschluß von Bewohnern und Geschäftsleuten entstanden ist.

1995 wurde die Initiative als Interessengemeinschaft Keupstraße e.V. in das Vereinsregister eingetragen und ihre Gemeinnützigkeit anerkannt.

Ziel des Vereins ist

- die Förderung des friedvollen Zusammenlebens unterschiedlicher Nationalitäten und der Toleranz untereinander auf der Grundlage des Gedankens der Völkerverständigung.
- die Förderung von kulturellen Aktivitäten und des interkulturellen Austausches mit dem Ziel, Barrieren und Vorurteile der Bewohner untereinander abzubauen.
- die Wahrnehmung der Interessen und Rechte der Bürger des Keupstraßenviertels und die Verbesserung der Verkehrslage im Bereich der Keupstraße

Durch Öffentlichkeitsarbeit, vielfältige Aktivitäten, Projekte und kulturelle Veranstaltungen ist es der Interessengemeinschaft Keupstraße in Kooperation und Vernetzung mit der lokalen Politik, Verwaltung und sozialen Diensten gelungen, das negative Image der Straße zu verbessern und die bestehende Infrastruktur an Dienstleistungen, Einzelhandelsgeschäften und Gastronomiebetrieben zu professionalisieren.

Die in der Befragung vom März 2004 benannten Handlungsfelder Parkplatzsituation, Erscheinungsbild der Straße hinsichtlich Sauberkeit und Sicherheit und die nach Meinung der Geschäftsleute komplexen staatlichen Regelungen wurden in der Vergangenheit auch von der IG Keupstraße thematisiert.

Anlässlich des Bombenanschlags am 09. Juni 2004 organisierte die IG Keupstraße in Kooperation mit vielen Initiativen und Vereinen ein Solidaritätsfest, das von rund 15.000 Menschen aufgesucht wurde. Die Veranstaltung hat den Menschen aus der Straße viel Mut gemacht, ihre schwierige Situation zu bewältigen.

Die IG Keupstraße e.V. wird auch in Zukunft ein wichtiger Gesprächspartner für politische, ökonomische und soziale Fragestellungen im Stadtteil sein und ihren Beitrag für ein friedliches Zusammenleben in der Straße und im Stadtteil leisten.

3. Angebote und Kooperationsprojekte zur Verbesserung der Lebenslagen von MigrantInnen

Ausgangslage

Wie das Amt für Stadtentwicklung und Statistik festgestellt hat, verfügen – bei steigender Tendenz – 40 % der bis zu 14-jährigen Kinder und Jugendlichen in Köln über einen Migrationshintergrund. Im Stadtteil Mülheim beträgt der Anteil der Einwohner/innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit an der Gesamtbevölkerung 29,2 %. Darin sind die Bewohner/innen mit Migrationshintergrund, die über einen deutschen Paß verfügen, wie die SpätaussiedlerInnen, nicht enthalten.

Für eine bedarfs- und zielgruppengerechtes Handlungskonzept gilt es, auf mehreren Ebenen tätig zu werden. Vor Ort ist die Initiierung von stadtteilorientierten Maßnahmenkonzepten notwendig. Hierbei stehen die sprachliche und interkulturelle Bildung, die Jugendförderung, sowie die Qualifizierung und Beschäftigung im Vordergrund. Diese Tätigkeitsfelder bieten wesentliche Ansatzpunkte, die lebensweltliche und soziale Integration zu fördern. Damit die zur Verfügung stehenden Ressourcen sinnvoll und effizient genutzt werden, ist auf einer breiteren Ebene die Vernetzung mit gesamtstädtischen Konzepten ratsam, ja geradezu unverzichtbar. Eine solche Vernetzung hat neben dem Synergieeffekt den Vorteil, dass auf diese Art und Weise die Kenntnis, Transparenz und Übersichtlichkeit der Angebotsstrukturen sichergestellt wird.

Die Vernetzung kann darüber hinaus auch einen „kreativen Austausch“ begünstigen. So können Erfahrungen und Erkenntnisse aus der praktischen Stadtteilarbeit, in der modellhaft Projekte und Maßnahmen entwickelt wurden, zum Aufbau und zur Förderung auch von gesamtstädtischen Netzwerken und Projekten genutzt werden. Ein gelungenes Beispiel für einen solchen „Ideentransfer“ stellt das Netzwerk „Runder Tisch deutsch lernen in Köln-Mülheim“ dar. Motiviert durch die positive Resonanz in Mülheim wurde nämlich dieser Ansatz in Form des gesamtstädtischen Kooperationsprojektes „Netzwerk Deutsch in Köln“ erweitert und fortgesetzt und hat damit einen sehr wichtigen Beitrag zur Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten geleistet.

Die unter I aufgeführten Bereiche beziehen sich auf gesamtstädtische Dienste und Netzwerke. Unter Punkt II werden Fachdienste, Projekte und Netzwerke beschrieben, die sich auf den Stadtbezirk Mülheim beziehen.

I. Gesamtstädtische Dienste

1. Städtische Ämter und Fachdienststellen

- Interkulturelles Referat der Stadt Köln
- Amt für Weiterbildung der Stadt Köln, Kompetenzzentrum Sprachförderung
- Schulverwaltungsamt, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)
- Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Jugendförderung
- Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und Betreuung von Kindern

2. Freie Träger und Behörden

- Internationaler Bund, Sprach- und Bildungsstätte
- Jugendmigrationsdienst – Fachstelle für Zuwanderung des Internationalen Bundes
- Industrie- und Handelskammer Köln
- Bezirksregierung – Generale Migration

3. Netzwerke

- Netzwerk Deutsch für Köln

II. Träger und Angebotsstruktur im Stadtbezirk Mülheim

1. Fachdienste und Institutionen

- Amt für Kinder, Jugend und Familie, Interkultureller Dienst im Allgemeinen Sozialen Dienst, Aussenstelle Mülheim
- Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
- Interkultureller Sozialer Service
- Türkisch-Deutscher-Akademischer Bund e.V., Einrichtung „dialog“
- Stützpunkt für Senioren mit Migrationshintergrund der Arbeiterwohlfahrt

2. Angebote und Kooperationsprojekte zur Sprachförderung

- Runder Tisch „Deutsch lernen in Mülheim“ / Info-hotline
- Koordinierte zweisprachige Alphabetisierung im Anfangsunterricht (KOALA)
- Rucksack in der Grundschule – Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung
- Sprachförderung für Grundschüler/innen und Schüler/innen aus weiterführenden Schulen – Mülheim-Programm, Teil C
- Sprachangebote für Erwachsene mit Migrationshintergrund
- Sprachangebote des Amtes für Weiterbildung, VHS Köln-Mülheim

3. Projekte für Jugendliche im Übergang Schule / Beruf

- Arbeitskreis Jugendberatung aus Mülheim „JaM“
- Ausbildungsbörsen Chance 2003 und 2004
- Außerschulische Hausaufgabenhilfen

4. Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung

5. Netzwerke

- Seniorennetzwerk Mülheim
- Interreligiöser Runder Tisch Mülheim

III. Landesprogramm NRW Soziale Stadt - Mülheim-Programm

Im folgenden werden Ziele und Aufgabenbereiche der einzelnen Ämter und Fachdienststellen beschrieben und Projekte und Netzwerke dargestellt:

I. Gesamtstädtische Angebote

Kommunale Fachämter wie das Interkulturelle Referat und das Kompetenzzentrum Deutschförderung ebenso wie Fachabteilungen des Jugendamtes und der Industrie- und Handlungskammer, der Internationale Bund und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien haben auf gesamtstädtischer Ebene Leitlinien und Aufgabenkonzepte entwickelt mit der Zielsetzung, die Integration von Familien, Kindern und Jugendlichen zu fördern. und das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalität und Religion in dieser Stadt zu gestalten.

Mit dieser Zielvorgabe hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung im Juli 2004 ein „Kölner Gesamtkonzept zur Sprachförderung“ einstimmig verabschiedet, in dem die Sprachförderung zu einem der Schwerpunkte der Kölner Bildungspolitik erklärt wird. In dem Maßnahmenteil dieses Konzeptes sind alle Sprachfördermaßnahmen und –projekte, nach Bildungsbereichen gegliedert, aufgeführt. Ebenso werden die in Köln bestehenden Netzwerke beschrieben. Das Mülheimer Netzwerk ist Teil des gesamtstädtischen Netzwerkes „Deutsch für Köln“.

Das Kölner Gesamtkonzept zur Sprachförderung unter Federführung von Dez. IV (Schulverwaltungsamt / RAA, Amt für Kinder, Jugend und Familien, Amt für Weiterbildung) stellt einen eigenständigen Bereich des Interkulturellen Programms unter Federführung von Dez. V / Interkulturelles Referat dar.

Eine Kurzübersicht über den Maßnahmenteil des vom Rat am 20.07.2004 beschlossenen Gesamtkonzeptes zur Sprachförderung wird den Mitgliedern der Bezirksvertretung auf Wunsch zur Verfügung gestellt.

1. Städtische Ämter und Fachdienststellen

Interkulturelles Referat der Stadt Köln

Das Interkulturelle Referat ist dem Dezernat Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung zugeordnet. Am 25.04.1978 wurde das damalige

„Ausländerreferat“ per Ratsbeschluss beauftragt, ein gesamtstädtisches „Maßnahmenprogramm zur Förderung von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien“ zu erstellen. Das Maßnahmenprogramm wurde bis 1998 regelmäßig fortgeschrieben und diente den Interkulturellen Diensten in den Stadtbezirken Innenstadt Nord und Süd, Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler, Kalk und Mülheim als Leitlinie ihrer Arbeit.

Aufgabe des Interkulturellen Referates ist es, durch geeignete soziale, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen ein friedliches und konstruktives Zusammenleben der unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Gruppen in Köln zu fördern.

Aufgabenschwerpunkte:

- ⇒ Konzeptentwicklung und Vernetzung der Integrationsarbeit unter Berücksichtigung des Zuwanderungsgesetzes (z.B. Einrichtung einer Integrationskonferenz)
- ⇒ Konzeptionelle Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsarbeit (Berücksichtigung der relevanten EU-Richtlinien von Maastricht und Amsterdam und der noch ausstehenden nationalen Umsetzung)
- ⇒ Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, insbesondere
 - Durchführung von Interkulturellen Trainings (Multiplikatoren-schulung)
 - Anhebung des Anteils von Auszubildenden mit Migrationshintergrund
- ⇒ Geschäftsführung des Integrationsrates und Zentrenförderung.

Amt für Weiterbildung, Kompetenzzentrum Sprachförderung

Die Stadt Köln, die Universität Köln und die Bezirksregierung in Köln sind gemeinsam für das Kompetenzzentrum Sprachförderung verantwortlich.

Es initiiert und unterstützt neue Formen des Lehrens und Lernens. In der europäischen Metropole Köln geht es darum, moderne Konzepte zur mehrsprachigen Erziehung umzusetzen. Die Grundlage dafür ist die natürliche Mehrsprachigkeit in unseren Schulen. Ihre Stärkung führt zu einer erheblichen Verbesserung der Kompetenzen in der deutschen Sprache – der wichtigsten Voraussetzung für Schulerfolge der Kölner SchülerInnen.

Durch das Internetportal des Kompetenzzentrums Sprachförderung sollen diese Aktivitäten innovativ unterstützt werden. Der Fokus liegt auf der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien, die in Lehrerfortbildungen erprobt und evaluiert werden sollen. Ein Punktesystem und Kommentare zu den Materialien ermöglichen es, die Materialien besser auszuwählen, einzuschätzen und selbst Rückmeldung zu geben.

Schulverwaltungsamt, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)

Die Stadt Köln richtete 1994 auf der Basis eines Ratsbeschlusses eine Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) für Köln ein. Das Land NRW, das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien (MGSFF) und das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (MSJK) fördern die RAA Köln. Bei der RAA Köln sind die besonderen Aufgaben des Schulverwaltungsamtes hinsichtlich der Bildungsintegration zugewanderter Kinder und Jugendlicher gebündelt. Sie arbeitet in einem Verbund mit insgesamt 27 kommunalen RAA in NRW.

Die RAA wollen dazu beitragen, dass Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als gesellschaftliche Ressource und als besondere Stärke von Menschen und Gruppen anerkannt werden.

Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Jugendförderung

Die Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte arbeiten auf der Grundlage der Richtlinie „Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit“. Der interkulturelle Arbeitsansatz ist als Vorgabe in diesen Richtlinien festgeschrieben. Danach hat die offene Kinder- und Jugendarbeit in Köln den Auftrag, „diskriminierenden und fremdenfeindlichen Tendenzen mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken. Durch interkulturelles Lernen werden kulturelle Unterschiede erfahren und Vergleiche gezogen. Eigene Normen und soziale Systeme werden analysiert und relativiert. Ziel ist es, kulturelle Vorurteile abzubauen und Toleranz und Akzeptanz aufzubauen“. (Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln, Richtlinien, 2000, S. 3)

Durch den Beschluß des Jugendhilfeausschusses vom 23.03.1999 zur Jugendhilfeplanung „Integrative Jugendarbeit“ in Köln wurden Leitziele und ein entsprechendes Verfahren hierzu festgelegt. (Ebd., S. 3).

Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuung für Kinder

Die Fachabteilung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familie der Stadt Köln hat 2002 die Broschüre „Leitlinien zur ganzheitlichen Sprachförderung“ herausgegeben, um einen Beitrag zur Diskussion auf der Bund- und Landesebene zu leisten. Bei Bedarf kann diese Broschüre vom Amt für Kinder, Jugend und Familie angefordert werden.

Weiterhin wurden auf der Grundlage der „Richtlinien des Landes NRW über die Gewährung von Zuwendungen für Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich“ Kinder mit erheblichen Sprachdefiziten, insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, gefördert.

Kindertagesstätten erhalten danach finanzielle Unterstützung für Personalausgaben, die durch die Entlastung der Fachkräfte der Tageseinrichtungen entstehen, damit die Fachkräfte gezielte Angebote zur Sprachförderung selbst durchführen können.

Im Stadtbezirk Mülheim haben 2003/2004 folgende städtische Einrichtungen an einer Sprachfördermaßnahme teilgenommen:

Kita Johanniterstraße

Kita Auguste-Kowalski-Straße

Kita Holweider Straße

Kita Am Steinbergswieher (2 Sprachfördermaßnahmen)

Kita Malteser Straße

Kita Berliner Straße

Kita Von-Sparr-Straße

Kita Wiesdorfer Straße

Kita Böckingstraße

Kita Picoloministraße 528

Kita Picoloministraße 531 (2 Sprachfördermaßnahmen)

Franz-Werfel-Straße

2. Freie Träger und Behörden

Internationaler Bund, Sprach- und Bildungsstätte

Der Internationale Bund (IB) ist einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland.

Die Sprach- und Bildungsstätte des IB in Köln-Mitte bietet seit 1977 Sprachkurse für Migranten an, die darauf ausgerichtet sind, die soziale und berufliche Integration durch Vermittlung oder Verbesserung der sprachlichen Kompetenz zu fördern. In unterschiedlichen Sprachmodulen werden die Migranten auf eine schulische und berufliche Ausbildung, auf eine Berufsbildungsmaßnahme des Arbeitsamtes oder eine Arbeitsaufnahme vorbereitet. Finanziert wird ein großer Teil der Sprachangebote durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Die Sprach- und Bildungsstätte des IB ist Teilnehmer des Runden Tisches Deutsch lernen in Mülheim und hat durch Kooperation und Vernetzung mit sozialen Diensten und Einrichtungen im Stadtbezirk Mülheim (u.a. Jobbörse ProVeedel, Interkultureller Dienst, BuchT) Sprachangebote vor allem für die sonst schwer zu erreichenden Migrantinnen mit bildungsfernem sozialen Hintergrund in Siedlungen und Stadtteilen aufgebaut.

Inwieweit diese Zielgruppe der sog. „Bestandsausländer“ nach dem neuen Zuwanderungsgesetz gefördert werden können, bleibt abzuwarten.

Jugendmigrationsdienst – Fachstelle für Zuwanderung des Internationalen Bundes

Die Jugendmigrationsdienste des Internationalen Bundes (IB) unterstützen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration in die deutsche Gesellschaft. Sie sind Mittler zu Regeldiensten wie Jugend-, Sozial-, und Arbeitsämtern sowie zu Sprachkursträgern und weiterunterstützenden Diensten

Der Jugendmigrationsdienst wird in den Bereichen Sprachkurs, Beratung beim Übergang Schule – Beruf, Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und Wohnheime aktiv.

Gefördert werden die Integrationsangebote durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Inneren, das Land NRW und die Stadt Köln.

Im Stadtteil Mülheim führt der Jugendmigrationsdienst das Integrationsprojekt „link-up“! im Geneveva-Gymnasium durch.

Industrie- und Handelskammer

Projekt – „Pro Qualifizierung“

Pro Qualifizierung (ProQua) will die Arbeitslosigkeit von Migrantinnen, die wegen ihres Migrationshintergrundes auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, vermeiden oder sie wieder in die Arbeit führen. Kern der Projektarbeit ist der Aufbau eines Informations- und Beratungsnetzwerkes für die Zielgruppe, differenziert nach Industriebetrieben und Verwaltungen, kleinen und mittelständigen Unternehmen des Handwerks sowie Migrantinnen- und Beratungsorganisationen.

Unterstützend zu dieser Arbeit bietet ProQua maßgeschneiderte Schulungen für Multiplikatoren an. Darüber hinaus bietet ProQua für involvierte Akteure, beispielsweise aus der Zielgruppe, aus Unternehmen, für Berater oder für Multiplikatoren Schulungen zur interkultureller Kompetenz an.

Die Entwicklungspartnerschaft soll im Januar 2005 mit der konsolidierenden Phase, im Mai 2005 mit der aktiven Phase beginnen und bis Ende 2007 laufen.

Träger der Entwicklungspartnerschaft: GBFW e.V. – Gesellschaft für berufliche Förderung der Wirtschaft, Köln.

Koordinierungsstelle Ausbildung in Ausländischen Unternehmen (KAUSA)

Seit 2001 arbeitet die bundesweite Koordinierungsstelle KAUSA unter der Trägerschaft des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (1999 bis 2001 Trägerschaft IHK zu Köln und Handwerkskammer zu Köln).

Ihr Ziel ist es, mehr Ausbildungsplätze in Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft zu schaffen. Dieses Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, koordiniert regionale Initiativen und Projekte, die Unternehmer ausländischer Herkunft beim Einstieg in die duale Ausbildung unterstützen.

Berufliche Erstqualifizierung von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund in Köln und Umgebung (BQN II)

Service und Aktivitäten von BQN II sind:

- ⇒ Junge Migranten informieren und motivieren
- ⇒ Elternveranstaltungen initiieren und organisieren
- ⇒ Unternehmer beraten und Ausbildungsstellen aquirieren
- ⇒ Vorbilder/Multiplikatoren schulen und einsetzen
- ⇒ Akteure in der Berufsausbildung sensibilisieren und vernetzen
- ⇒ Junge Migranten und ihre Eltern beraten
- ⇒ Presse- und Öffentlichkeit informieren und aufklären

Bezirksregierung – Generale Migration

Die Fachabteilung Generale Migration in der Bezirksregierung hat folgende Aufgabenbereiche:

- Unterstützung der Schulaufsicht bei der Ressourcenverteilung (Stellen für den muttersprachlichen Unterricht, Stellen für Integrationshilfe)
- Durchführung von Multiplikatoren-ausbildungen und Lehrerfortbildung im Bereich „Mehrsprachigkeit“
- Deutsch als Zweitsprache, projektorientierte Begleitung von schulischen Arbeitsstrukturen im Bereich „sprachliches Lernen“
- Begleitung des Schulversuchs „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“
- Vertretung der Bezirksregierung im Kompetenzzentrum Sprachförderung

3. Netzwerke

Netzwerk Deutsch für Köln

Das Netzwerk „Deutsch für Köln“ ist aus dem Projekt „Optimierung der Zuwandererberatung auf kommunaler Ebene und den Veränderungen in der Integrationsförderung“ hervorgegangen. Die Aufgaben des Netzwerkes bestehen darin, das Deutschkursangebot im Bereich der Erwachsenenbildung und im Übergang von der Schule in den Beruf unter den Trägern und Anbietern abstimmen zu helfen, rechtzeitig über Entwicklung zu informieren, Qualitätsstandards zu entwickeln, die Qualitätssicherung zu unterstützen und Orientierung bei den Kursen zu geben. Dabei betrachtet das Netzwerk die begleitenden

Integrationshilfen und Maßnahmen im Kontext der Sprachförderung. Zudem ist das Netzwerk „Sprachrohr“ der Träger und Anbieter von Deutschkursen. Durch diesen Zusammenschluss ist es für sie leichter, Einfluss auf die Entwicklungen in Köln zu nehmen.

II. Träger und Angebotsstruktur im Stadtbezirk Mülheim

1. Fachdienste und Institutionen

Amt für Kinder, Jugend und Familie, Interkultureller Dienst im Allgemeinen Sozialen Dienst, Außenstelle Mülheim

Der spezielle Arbeitsauftrag des Interkulturellen Dienstes wurde durch den Rat der Stadt Köln im Maßnahmenprogramm zur Integration ausländischer Familien von 1978 festgelegt und regelmäßig fortgeschrieben.

Vorrangiges Ziel war es zunächst, neue Methoden der Sozialarbeit zu entwickeln, um die Zielgruppe der ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien zu erreichen. Den Migranten sollte der Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten im Stadtteil verschafft werden, sowie Hemmschwellen abgebaut werden. Die Zielsetzung lautete Chancengleichheit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Der heutige Arbeitsauftrag des Interkulturellen Dienstes ist die „Erschließung, Fortentwicklung und der effektive Einsatz von geistigen und finanziellen Ressourcen für die interkulturelle und integrative Arbeit im Stadtbezirk“. (Situationsbericht und aktuelle Anforderungen an die Arbeit, S. 3)

Konkret heißt das für die Arbeit, eine bedarfsorientierte Angebotsstruktur zu entwickeln. Hierzu gehört die Initiierung und Durchführung eigener Projekte ebenso wie die Vernetzung und die gemeinsame Erarbeitung und Durchführung mit anderen Trägern.

Gemäß dieser Zielsetzung ist es Aufgabe des Interkulturellen Dienstes

- Projekte im Stadtteil zu initiieren und durchzuführen
- Migranten zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben zu aktivieren und zur Integration in den Stadtteil anzuregen
- Als Multiplikator aufzutreten bzw. an der Vernetzung mitzuwirken
- Den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern und Verständnis für andere Lebensweisen zu wecken
- Alternativen zu nationalistischen und fundamentalistischen Angeboten zu schaffen
- Antidiskriminierungsarbeit

In der Außenstelle des Interkulturellen Dienstes in Mülheim im Wohnbereich der Keupstraße finden soziale Gruppenangebote und Fördermaßnahmen für Familien, Frauen, Kinder statt, z.B. Frauengesprächskreise, Hausaufgabenförderung, Sprachförderung, Sportangebote und Mädchengruppen.

Außerdem bietet der Interkulturelle Dienst wöchentlich eine Einzel- und Familienberatung (mit Dolmetscherin) an, die alle relevanten Themen der ökonomischen Absicherung (vom Kindergeld bis zur Rente) unter Berücksichtigung migrantenspezifischer Fragestellungen und Rechtsgrundlagen zum Inhalt hat.

Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.

Der Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. hat seinen Sitz seit 1999 in der Keupstraße 93, wo er wegen seiner örtlichen Anbindung - trotz seines gesamtstädtischen Ansatzes – besonders von Migrantinnen und Migranten aus dem Stadtbezirk Mülheim aufgesucht wird.

Der Verein wurde 1992 aus Anlass der Brandanschläge in Mölln und Solingen gegründet und setzt sich seitdem für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben von Menschen in Köln ein, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Herkunft, Kultur und Religion. Ein weiteres Ziel des Vereins ist es, dass sich möglichst viele Menschen gegen Rechtsextremismus und rassistische Tendenzen in unserer Gesellschaft engagieren und solidarisieren. Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. ist zugleich Träger des AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln.

Die Einzelfallarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Antidiskriminierungsarbeit, durch die wichtige Informationen über das Ausmaß und die Formen von Diskriminierung gewonnen werden, sowie über die Bewältigungsstrategien der Betroffenen. Dieses Wissen bildet eine entscheidende Grundlage für die Entwicklung wirksamer Handlungsansätze und Interventionsstrategien gegen Diskriminierung.

Im Rahmen der Vernetzungsstrukturen von Institutionen, Einrichtungen und Schulen – insbesondere im Stadtteil Mülheim – bietet der Verein außerdem speziell zugewanderten Eltern Beratung und Hilfestellung bei Fragen zur schulischen Entwicklung sowie zur Bildungslaufbahn des Kindes, zu Sonderschulüberweisungen und Übergangsempfehlungen an.

Interkultureller Sozialer Service (ISS)

Das Netzwerk „Interkultureller Sozialer Service“ ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die mit einem interkulturellen sozialpädagogischen Ansatz in der Kinder- und Jugendhilfe tätig ist.

Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Betreuung und Beratung von Migrantenfamilien und binationalen Familien. Das Angebot beinhaltet sozialpädagogische Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung von Krisen, bei Erziehungsschwierigkeiten sowie bei konkreten Alltagsproblemen.

Türkisch-Deutscher-Akademischer Bund e.V. - Einrichtung „dialog“

Träger des Bildungszentrums Dialog ist der Türkisch-Deutsche Akademischer Bund e.V. in Köln-Ehrenfeld. Das Bildungszentrum wurde durch die Stadt Köln 2003 als Interkulturelles Zentrum anerkannt und entsprechend der Förderrichtlinien gefördert.

Zielsetzung des Vereins ist die

- ⇒ Förderung der Erziehung und Bildung aller Gruppen dieser Gesellschaft, insbesondere der Schüler und Studenten sowie deren Eltern und
- ⇒ darüber hinaus die Förderung des Sports und der Wissenschaft.

Im Rahmen des vom Verein getragenen Bildungszentrums werden z.B. Hausaufgabenhilfe, Nachhilfekurse / Einzelnachhilfe in Deutsch, Mathematik und Englisch, Vorbereitungskurse für das Abitur für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 2 – 13 angeboten.

Weiterhin werden Freizeitaktivitäten in kulturellen und sozialen Bereichen durchgeführt.

„Zwecks näheren Kennenlernens werden an Erwachsene in Jugendherbergen und Naturfreundehäusern Ausflüge mit Übernachtungen angeboten, dort unsere Arbeit vorgestellt und versucht, materiell oder immateriell die Unterstützung dieser Eltern in erster Linie als Selbsthilfe, aber auch als Beitrag für die Gesellschaft zu erhalten. Dabei wird angestrebt, Werte und Normen zu vermitteln, die für die soziale Integration wesentlich sind“. (Auszüge aus dem Kurzportrait des Bildungszentrums).

Stützpunkt für Senioren mit Migrationshintergrund der AWO

Der „Stützpunkt für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund“ besteht seit dem 01.01.2003 und wurde auf Initiative der BezirksvertreterInnen von der SPD und von dem Bündnis90/Die Grünen eingerichtet. Er steht allen MigrantInnen offen. Hauptsächlich wird er von türkischen MigrantInnen frequentiert. Inzwischen hat sich eine feste Gruppe gebildet, die regelmäßig dienstags musiziert. Über den Chor hinaus wird möglichst einmal wöchentlich ein Programm angeboten, z.B. Kino/Theaterbesuch, Infoveranstaltungen oder ein Ausflug.

Ziel der Einrichtung ist es, älteren MigrantInnen einen Treffpunkt zu bieten, wo sie sich zwanglos treffen, unterhalten und ihre Freizeit verbringen können. Die Angebote sollen aus der möglichen, altersbedingten Isolation heraus helfen und neuen Bekanntschaften und Kontakten die Türen öffnen.

2. Angebote und Kooperationsprojekte zur Sprachförderung

Eine erfolgreiche soziale, schulische und berufliche Integration ist wesentlich abhängig vom Erlernen der deutschen Sprache. Berufliche und schulische Qualifizierung ist z.B. ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht möglich. Gesellschaftliche Teilhabe und soziales oder politisches Engagement setzen ebenfalls gute Sprachkenntnisse voraus.

Die Erwartung, dass der Erwerb der deutschen Sprache bei Kindern von Familien mit Migrationshintergrund automatisch erfolgen würde, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, die Sprachkompetenz der hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen hat sich verschlechtert. Zuwanderer, die als Flüchtlinge oder im Rahmen von Familien- und Ehegattennachzug aus eher bildungsfernen Schichten nach Deutschland kommen, beherrschen auch oft nach Jahren die deutsche Sprache nur in rudimentären Ansätzen. Sie bewegen sich hier in ihrer eigenen Community, Kontakte zur deutschen Bevölkerung sind eher die Ausnahme. Die Segregation in Stadtteilen und Siedlungen macht es vor allen Dingen Jugendlichen ausländischer Herkunft schwer, aus ihrem sozialen und räumlichen Umfeld heraus neue berufliche Perspektiven für sich zu entwickeln.

Diese Problemlagen haben zu innovativen Förderprogrammen und Handlungskonzepten des Landes NRW, der Kommune und des Stadtbezirkes geführt, denn "ob durch Sprachenvielfalt Barrieren entstehen oder sie sich zu geistigen und materiellen Ressourcen entwickeln, wird durch Sprachfördermaßnahmen in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung wesentlich mitentschieden". (RAA, Beschlußvorlage, Kölner Gesamtkonzept zur Sprachförderung, S. 5). Ein Exemplar des Gesamtkonzeptes zur Sprachförderung wird den Mitgliedern der Bezirksvertretung auf Wunsch zur Verfügung gestellt.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, das am 01. Januar 2005 in Kraft trat, werden alle neu zugewanderten Ausländer verpflichtet, einen 30-stündigen Integrationskurs - Orientierungskurs über gesellschaftliche Gegebenheiten mit maximal 600 Stunden Deutschunterricht (300 Stunden Grundkurs, 300 Stunden Aufbaukurs) - zu absolvieren. Bereits hier lebende „Bestandsmigranten“ werden nur zum Teil berücksichtigt, so daß von Fachverbänden befürchtet wird, daß diese Zielgruppe nicht in erforderlichem Maße erreicht wird und bestehende, in Stadtteilen und Siedlungen mühsam entwickelte Angebote für bildungsferne Migranten/-innen zum großen Teil wegfallen.

Runder Tisch „Deutsch lernen in Mülheim“ / Info-Hotline

Der Runde Tisch „Deutsch lernen in Köln-Mülheim“, der sich auf Initiative der JobBörse Mülheim und der VHS Mülheim erstmalig im März 2000 zusammensetzte, führt mehr als 20 Anbieter von Sprachkursen und Multiplikatoren zusammen. Ziel ist es

- Alle Sprachkursangebote in Mülheim zu erfassen (nutzer- und bedienerfreundlich) und laufend zu aktualisieren
- Zugänge zu sprachlicher Förderung von Migrant/-innen zu erleichtern
- Die Angebotsvielfalt im Stadtbezirk zu steuern, zu optimieren und zu sichern, zielgruppen- und veedelsorientiert
- Bedarfe festzustellen und Transparenz herzustellen
- Qualitätsstandards zu entwickeln und zu sichern
- Austausch, Information und Lobbyarbeit

Trägerübergreifend und jenseits von Konkurrenz werden verschiedene öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Sprachförderung erfolgreich umgesetzt. Sie sind impulsgebend für andere Kölner Stadtteile und Netzwerke. Die Info-Hotline als offene telefonische und persönliche Sprechstunde zur Beratung und Vermittlung in den passenden Sprachkurs, die von ProFit im Veedel und dem Internationalen Bund (Sprach- und Berufsbildungsstätte) bedient wird, erfährt eine rege Nutzung. Seit 2003 hat sich der Runde Tisch Kalk mit dem Mülheimer Runden Tisch verbunden.

Koordinierte zweisprachige Alphabetisierung im Anfangsunterricht (KOALA)

KOALA hat die Verbesserung der Deutschkenntnisse durch Übertragung der Kenntnisse in der Muttersprache auf die Zweitsprache Deutsch zum Ziel. Durch einen altersgerechten Transfer der Kenntnisse in der Muttersprache fördert sie die Erziehung zur Mehrsprachigkeit und verbessert die Schulleistungen.

Das didaktische Konzept sieht folgendermaßen aus:

- Inhaltliche und methodische Koordination des muttersprachlichen und des Regelunterrichts
- Strukturierte Gegenüberstellung der Muttersprache und der Zweitsprache Deutsch
- Regelmäßiges Teamteaching mit den Lehrkräften des muttersprachlichen und des Regelunterrichts
- Interkulturelles Lernen zwischen den Lehrkräften und den Kindern
- Gezielter Sprachaufbau in der Zweitsprache Deutsch durch einen Deutschunterricht konzipiert als Zweitsprachen-Unterricht

Die Projektkoordination obliegt der Bezirksregierung Köln in Kooperation mit dem Schulamt für die Stadt Köln.

Beteiligte Grundschulen im Stadtbezirk Mülheim

GGs An St. Theresia

GGs Mülheimer Freiheit

GGs Alte Wipperfürther Straße

Rucksack in der Grundschule - Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung

Das aus den Niederlanden stammende Projekt wurde 1999 erstmalig in Essen per Ratsbeschluss als wichtiger Bestandteil eines umfassenden „Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“ durch die RAA entwickelt und umgesetzt.

In dem Projekt „Rucksack in der Grundschule“ werden die sprachliche und schulische Integration von Grundschulkindern durch eine aktive Zusammenarbeit von Eltern und Schule gefördert. Die Grundidee ist die Verknüpfung scheinbar isolierter Elemente zu einem Gesamtkonzept – schulische Sprachförderung und Elternbildung bilden ein gemeinsames Erziehungs- und Handlungskonzept.

An den Grundschulen Mülheimer Freiheit und Alte Wipperfürther Straße werden je ca. 10 – 12 „Schulmütter“ (Mütter, deren Kinder die 1. und 2. Klasse der Schule besuchen) wöchentlich durch eine „Stadtteilmutter“ (ebenfalls eine Mutter, deren Kinder die jeweilige Grundschule besuchen) unterrichtet. In den „Müttergruppen“ werden sowohl Erziehungsthemen als auch Themen des Unterrichts zeitgleich zur schulischen Arbeit vermittelt.

Über das Rucksackprogramm werden die Mütter mit dem schulischen Geschehen und dem Lernstoff ihrer Kinder vertraut gemacht und ermutigt, ihre Kinder im Elternhaus zu fördern und bei den Hausaufgaben zu unterstützen.

Ein positiver Aspekt dabei ist die gleichzeitige Verbesserung der Muttersprache und der Deutschkenntnisse.

Beginn: 2. Schulhalbjahr 2005

Projektteilnehmer: Gemeinschaftsgrundschulen Mülheimer Freiheit und Alte Wipperfürther Straße, Interkultureller Dienst Mülheim, RAA, CSH – Familienberatung, Deutsch-türkischer Verein

Das Projekt wird durch einen sog. „Beirat“ fachlich begleitet, dem folgende Institutionen angehören:

- Kompetenzzentrum Sprachförderung
- Schulamt der Stadt Köln
- Bezirksregierung Köln, Generale Sprachförderung
- VHS, Abteilung Sprachförderung
- Integrationsrat der Stadt Köln

Evaluert wird das Projekt durch das Land NRW.

Finanzierung: Bezirksvertretung des Stadtbezirks Mülheim

Sprachförderung für Grundschüler/-innen und Schüler/-innen aus weiterführenden Schulen – Mülheim-Programm, Teil C

Die meistdiskutierte Untersuchung im Bereich Bildung ist vor zwei Jahren die PISA-Studie gewesen. Sie hat Ergebnisse geliefert, wonach deutsche Schüler/innen im internationalen Vergleich relativ schlecht abschneiden. Besonders schockierend ist die Tatsache, dass in keinem anderen Land die Korrelation zwischen sozialer Herkunft und erbrachter Leistung so hoch war wie in Deutschland. Von Chancengleichheit kann hier kaum gesprochen werden. Kinder aus sozial schwachen Familien bedürfen dringend einer stärkeren Förderung. Im Zusammenhang mit einem sehr hohen Anteil an MigrantInnen bedeutet das vorrangig eine sprachliche Förderung. Nur wer die deutsche Sprache ausreichend beherrscht, kann mit Gewinn am Unterricht teilnehmen.

Die im Folgenden dargestellten Teilprojekte basieren auf dieser Erkenntnis, und die beteiligten Institutionen versuchen, durch enge Vernetzung und Kooperation die sprachliche und soziale Kompetenz der jungen AusländerInnen zu verbessern, die beteiligten LehrerInnen weiter zu qualifizieren und geeignete Methoden der Sprachförderung für die genannte Zielgruppe zu entwickeln.

1. Außerschulische Sprachförderung von GrundschülerInnen mit Migrationshintergrund im Wohnbereich Keupstraße und im angrenzenden Wohnbereich Buchheim.
2. Außerschulische Sprachförderung von SchülerInnen von weiterführenden Schulen in Mülheim-Nord
3. Ergänzende Deutschförderung für jugendliche Seiteneinsteiger/-innen in Vorbereitungsklassen an Hauptschulen mit dem Einzugsbereich Mülheim und Buchforst
4. Forum zur Didaktik und Methodik – ein übergreifendes Projekt zur Qualitätsentwicklung und –sicherung.

Sprachangebote für Erwachsene mit Migrationshintergrund

Für Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern werden gem. der Richtlinien des Bundesamtes

für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg Sprachkurse finanziert.

Über das Netzwerk „Deutsch lernen in Mülheim“ konnten aufgrund der guten Kooperation u.a. mit dem Internationalen Bund, dem Deutsch-türkischen Verein und dem Öko-Bildungswerk für bildungs-

ferne Schichten Sprachangebote ortsnahe in Siedlungen und Stadtteilen entwickelt werden.

Projekte wie z.B. „Mamma lernt Deutsch“ in der Grundschule Mülheimer Freiheit oder „Deutsch für den beruflichen Einstieg“ der JobBörse Mülheim, Sprachförderung für Mütter in Kitas der Interkulturellen Dienste Kalk und Mülheim und Sprachangebote in der Hacketäuer Siedlung, Am Donewald und in Buchheim sind durch optimale Netzwerke und Kooperationen entstanden.

Die neuen Richtlinien des Zuwanderergesetzes, die gemäß der Richtlinien fast ausschließlich Sprachangebote für Neuzuwanderer finanzieren, gefährden die gewachsenen Strukturen und Netzwerke.

Sprachangebote des Amtes für Weiterbildung, VHS

Das Amt für Weiterbildung der Stadt Köln (VHS) führt in der Geschäftsstelle im Bezirksrathaus am Wiener Platz Kurse in Deutsch als Fremdsprache auf verschiedenen Niveaustufen durch. Von Kursen Absolute Anfänger/-innen reicht das Angebot bis zur Mittelstufe (Stufe C1 nach dem Europäischen Referenzrahmen). Neben den Kursen, in denen systematisch Deutsch gelernt wird, laufen auch Alphabetisierungskurse für Menschen mit Migrationshintergrund und Konversationskurse, in denen die Hemmungen beim Sprechen abgebaut werden. Im Jahr 2004 verzeichnete die VHS in Köln-Mülheim 800 Belegungen in 46 Veranstaltungen mit insgesamt 7.000 Unterrichtsstunden. Eine Anmeldung kann immer erst nach einer qualifizierten Beratung stattfinden. Zweimal in der Woche bietet die VHS Köln kostenlose Beratung an, innerhalb derer ein Einstufungstest ausgewertet und ein persönliches Gespräch über den individuellen Lernweg geführt wird. Die Sprachberatung ist kostenlos.

3. Projekte für Jugendliche im Übergang Schule / Beruf

Für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die schulische und spätere berufliche Qualifizierung von höchster Bedeutung. Leider verlässt in Köln fast jeder zehnte ausländische Schulabgänger die Schule ohne Abschluß. Die Chancen dieser Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind damit erheblich schlechter als die von deutschen Jugendlichen.

Gerade der Übergang Schule – Beruf erfordert qualifizierte Hilfe und Beratung in sozialräumlicher Nähe, um die Berufswahl- und Bildungsentscheidungen von Migrantenjugendlichen zu verbessern und damit die Ausbildungschancen zu erhöhen.

Arbeitskreis Jugendberatung aus Mülheim „JaM“

Der Arbeitskreis Jugendberatung aus Mülheim (JaM) ist ein Zusammenschluß von verschiedenen Beratungsstellen, Trägern der Jugendberufshilfe, dem Arbeits- und dem Schulamt und dem Interkulturellen Dienst mit dem Ziel, auf der Grundlage von Kooperation und Vernetzung die Beratung für benachteiligte Jugendliche zu optimieren. Ein großer Teil der Zielgruppe sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, die aufgrund mangelnder Sprachkompetenz, schlechten Schulabschlüssen oder abgebrochenen Schulkarrieren keinen Ausbildungs- und Arbeitsplatz finden. Für diese Zielgruppe sind besondere Zugänge in der Beratung und Motivation erforderlich, die die Jugendlichen in ihrem vertrauten Umfeld erreichen.

Ausbildungsbörsen Chance 2003 und 2004

Die Ausbildungsbörsen Chance 2003 und 2004 wurden als Info- und Kontaktbörsen in der Stadthalle Mülheim durchgeführt, was sich großer Teamarbeit verdankte. So haben unterschiedliche Institutionen zusammengearbeitet, indem sie sich von einem sozialräumlichen Handlungsansatz leiten ließen. Insgesamt haben Unternehmen, Ausbildungsberater von Industrie- und Handwerkerkammer, Innungen, die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung des Arbeitsamtes Köln Mülheim in Kooperation mit Beratungsstellen freier Träger der Berufswahlorientierung und der Berufsvorbereitung, Jugendwerkstätten präsentiert.

Betriebe, die nicht vor Ort sein konnten, präsentierten ihr Angebot an Praktika, Ausbildungs- und/oder Arbeitsplätzen anhand von Kurzprofilen auf Stellwänden im Foyer. Weitergehende Informationen zum Betrieb, Adresse und Ansprechpartner konnten die Besucher/-innen der Ausbildungsbörsen am Stand des Arbeitskreises JaM einholen.

Schwerpunktmäßig wurden auf der Ausbildungsbörse Chance 2004 Migrantenjugendliche und deren Eltern angesprochen, weil hier ein besonders großer Bedarf nach Unterstützung und Hilfestellung besteht.

Außerschulische Hausaufgabenhilfen

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie, Sachgebiet Jugendförderung bietet Hilfen im Rahmen des Ausländermaßnahmenprogramms für folgende Zielgruppe an:

- Arbeitslose ausländische Jugendliche, die keine vorhandenen Angebote nutzen

- Ausländische SchülerInnen oder Auszubildende, die Probleme bei der Erreichung des Klasse- oder Ausbildungsziels erkennen lassen.

Die Hilfsangebote bestehen aus:

- a) sozialpädagogisch betreuten Freizeitangeboten
- b) Förderunterricht mit sozialpädagogischer Hilfestellung, für die Altersgruppe 7 – 16 Jahren

Zielsetzung:

Die Angebote der Jugendberufshilfe an ausländische Jugendliche geschehen unter der Prämisse, dass diese Gruppe besonders von Jugendarbeitslosigkeit betroffen ist.

Die Einbindung der Eltern bei einem sozialpädagogischen Einsatz ist dabei nicht nur erforderlich, sondern zwingend notwendig. Insbesondere ist die familiäre Situation der Jugendlichen zu berücksichtigen, so dass etwaige Störfelder durch Elternbesuche ausgeschaltet werden können.

In folgenden Einrichtungen finden Förderangebote statt:

- ⇒ Interkultureller Dienst im Allgemeinen Sozialen Dienst, Außenstelle Mülheim
- ⇒ Jugendladen AaK, Bergisch-Gladbacher Straße

5. Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung

Wie bereits aufgeführt, verfügt Mülheim über ein großes Potential ausländischer Unternehmen aus dem klein- und mittelständischen Bereich, insbesondere türkischer Selbständiger vorrangig angesiedelt im Umfeld der Keupstraße.

Gemeinsam zeigen hier verschiedene Akteure Präsenz und bieten Unterstützung an, wie Interkultureller Dienst Mülheim, Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln, Agentur für Arbeit Mülheim, Industrie- und Handelskammer mit den Projekten BQN II, KAUSA, Bund Deutscher Architekten, JobBörse ProVeedel Mülheim und Interessengemeinschaft Keupstraße.

Geschäftsleute und Gewerbetreibende werden informiert und motiviert, Serviceangebote und Fördermittel in Anspruch zu nehmen:

- zur Einstellung und Qualifizierung von Personal
- zu Fragen von Ausbildung und Existenzgründung
- zu Belangen ihres Wohnumfeldes

Beispielhaft können hier folgende Veranstaltungen / Projekte erwähnt werden:

- Wohnumfeldprojekt Keupstraße
- Info-Veranstaltungsreihe kompakt und im Verbund
- „Erfolgreich in der Keupstraße“

Durch das Wegbrechen von Einfachst-Arbeitsplätzen in der Mülheimer Industrie und im gewerblichen Bereich gibt es eine große Anzahl von Arbeitslosen mit geringer Qualifikation. Mit dem Programm „Soziales Köln JobBörsen ProVeedel“ ist mit der Einrichtung der Jobbörsen Mülheim (Christliche Sozialhilfe) und Buchheim (Arbeiterwohlfahrt) stadtteilbezogene Arbeitsvermittlung und Beratung für den Stadtbezirk Mülheim installiert worden. Arbeitsuchende mit Migrationshintergrund finden hier, unterstützt durch spezielle Maßnahmen und Angebote, individuelle

Beratung und Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Im ProFit-Büro der Jobbörse Mülheim schulen und trainieren Arbeitsuchende mit Migrationshintergrund und hoher Qualifikation (Studienabschlüsse, Diplome) andere Arbeitssuchende oder Schüler/-innen in den verschiedensten Bereichen von PC- und Sprachkursen bis hin zu Sportangeboten. Indem sie junge Menschen und Erwachsene (z.T. ausländischer Herkunft) fit machen für Schule und Arbeitswelt, repräsentieren sie selbst einen erfolgreichen Weg der Integration und qualifizieren sich gleichzeitig für eine eigene Positionierung auf dem Arbeitsmarkt.

5. Netzwerke

Seniorennetzwerk Mülheim

Das Seniorennetzwerk Mülheim wird im Auftrag der Stadt Köln von der AWO, Kreisverband Köln e.V. organisiert und koordiniert.

Die Seniorennetzwerkarbeit zielt auf die Verbesserung der Lebensqualität älterer Mitbürger/innen in der Nachbarschaft und im Stadtteil hin. Sie dient den Bedürfnissen älterer Menschen nach Kommunikation, Information, Bildung und Freizeitgestaltung, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Umfassendes Ziel ist es, ältere Menschen vor Isolation und Einsamkeit zu bewahren, sowie den Bedürfnissen der älteren Menschen durch Anregung ihrer aktiven Beteiligung und ihres Engagement gerecht zu werden.

Im Stadtteil Mülheim liegt der Anteil der älteren MigrantInnen bei ?. Ziel des Seniorennetzwerkes war es deshalb, in Kooperation mit Multiplikatoren und mit dem Interkulturellen Dienst Zugänge zu Angeboten zu entwickeln, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern und Zugangsbarrieren zu Institutionen der Altenhilfe abzubauen.

In Kooperation mit dem Interkulturellen Dienst, dem Internationalen Bund und der VHS entstanden zwei Frauengesprächskreise sowie ein Alphabetisierungskurs für SeniorInnen mit Migrationshintergrund.

Interreligiöser Runder Tisch Mülheim

Der interreligiöse Runde Tisch wurde 1999 im Rahmen des Landesprojektes „Dialog in der Keupstraße“ durch das Interkulturelle Referat der Stadt Köln und den Interkulturellen Dienst gegründet.

Eine der Zielsetzungen darin ist das gegenseitige Kennenlernen der beteiligten Kirchen und religiösen Gemeinschaften, sowie die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen verschiedener Herkunft und Religion im Stadtteil Mülheim.

Im zweimonatigen Rhythmus treffen sich die Vertreter der Konfessionen und religiösen Gemeinschaften an wechselnden religiösen Versammlungsstätten, tauschen ihre Ansichten über theologische Fragen aus, nehmen Stellung zu herausfordernden gesellschafts-politischen Ereignissen im Stadtbezirk Mülheim, bereiten und führen gemeinsam Feste und Veranstaltungen durch.

Im Jahr 2004 fanden zwei gemeinsame Feste unter Beteiligung von hunderten Gästen statt. Über den Inhalt hinaus gab das jeweilige Motto auch über das Ziel Aufschluß: „Essen und Trinken verbindet – Begegnung schafft Solidarität“.

Im Laufe der Zeit hat sich der Runde Tisch immer wieder durch neue Mitglieder erweitert.

Zur Zeit sind folgende christliche Konfessionen und religiöse Gemeinschaften vertreten:

- Katholische Pfarreien
- Evangelische Kirchengemeinde
- Evangelische Freikirchliche Gemeinde (Baptisten) Freie Evangelische Gemeinde
- Serbisch-Orthodoxe Gemeinde
- Rumänisch Orthodoxe Gemeinde
- Buddhistische Gemeinschaft Soka Gakei
- Sikh Gemeinschaft
- DITIP
- Jamaat'un Nur (Nurculuk)
- Haci Bektasi Veli Kulturverein (Alaviten)

Sprecher des Runden Tisches ist zur Zeit Pfarrer Peter Száva, Evangelische Kirchengemeinde

III. Landesprogramm NRW Soziale Stadt - Mülheim-Programm

Seit 2003 sind die Stadtteile Mülheim und Buchforst in das Landesprogramm „Soziale Stadt“, Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, dem sogenannten „Mülheim-Programm“ aufgenommen.

Das Landesprogramm verknüpft sozialraumorientierte Stadterneuerungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit stadtentwicklungsplanerischen Fachkonzepten, um für das Strukturfördergebiet in überschaubaren Zeiträumen möglichst gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im Verhältnis zur Gesamtstadt herzustellen. Dieser Arbeitsansatz entspricht dem Leitbild „Netzwerk Soziale Stadt“ des Landes NRW für diese Strukturfördergebiete.

Dabei wurde der mit dem Kalk-Programm seit 1994 praktizierte und bewährte Handlungsansatz zur Stabilisierung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Rechtsrheinischen unter Beachtung der jeweiligen kleinräumigen Situationen in drei Handlungsfeldern fortgeschrieben:

- A Stärkung der lokalen Wirtschafts- und Beschäftigungsbasis
- B Stabilisierung und Ergänzung der Wohnfunktion
- C Verdichtung des sozial-kulturellen Netzwerkes

Die Stadtteile Mülheim und Buchforst wurden 2003 in dieses Landesprogramm aufgenommen. Wesentlicher Grund für die Anerkennung dieser Stadtteile waren die anhaltend weit überdurchschnittlichen Sozialindikatoren z.B. hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe- oder Jugendhilfebedarf. Hinzu kommt der auch hier hohe Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, der verstärkte Eingliederungs- und Qualifizierungshilfen erforderlich macht.

Zur Erstellung der 1. Stufe des Mülheim-Programms wurden die vor Ort tätigen sozialen Akteure, Initiativen und Vereine weitgehend in die Arbeit einbezogen. Der mit dem Stadtteilforum „Mülheim-Nord“ im März 2001 eingeleitete Planungsdialog wurde u.a. durch den Einbezug des zentralen Trägernetzwerkes „Mülheimer Bürgerdienste“ sowie der bezirksorientierten Verwaltung seit dem Herbst 2001 intensiviert und durch Fachgespräche mit der Bezirksvertretung Mülheim im Mai 2002 und Februar 2003 ergänzt.

Aus den Bürgerdiensten wurden im Teil C des Landesprogramms folgende Arbeitsgruppen mit 11 Einzelmaßnahmen gebildet:

- Bildung / Qualifizierung
- Beruf / Beschäftigung

- Gewaltprävention
- Suchtprävention
- Verbesserung von Netzwerkstrukturen

Das Integrierte Handlungskonzept des Mülheim-Programms wird im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten in den Handlungsfeldern A, B und C fortgeschrieben. Danach werden die Einzelmaßnahmen in der 2. und 3. Stufe fortgeführt.

Um die Ausbildung längerfristiger selbsttragender Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern und Synergieeffekte des Integrierten Maßnahmenprogramms zu sichern, soll das Stadtbereichsmanagement ausgebaut und mit ausreichenden Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

4. Handlungsfelder

Wie die Darstellung sowohl der gesamtstädtischen als auch der auf den Stadtbezirk Mülheim bezogenen Maßnahmen, Projekte und Angebote zeigt, besteht bereits in unterschiedlichen Bereichen eine vielfältige Angebotsstruktur, die die Integration der Migrantinnen und Migranten im Stadtbezirk Mülheim fördert und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen gestaltet. Netzwerke und Kooperationen zwischen einzelnen Angebotsträgern und städtischen Einrichtungen haben mit dazu beigetragen, dass trotz knapper Haushaltslage wichtige Projekte und Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden. Die Ausbildungsbörse Chance 2003 / 2004 und das Projekt „Rucksack in der Grundschule - koordinierte Sprachförderung und Elternbildung“ stehen beispielhaft für dieses Engagement und die Netzwerkbildung im Stadtteil. Die Bezirksvertretung Mülheim hat bisher zahlreiche soziale Projekte im Migrationsbereich gefördert und ihre Realisierung ermöglicht. Entsprechend dem bezirklichen Kooperationsvertrag zwischen CDU und SPD wird der Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtbezirk Mülheim ein hoher Stellenwert eingeräumt - „Die Integration von Migranten ist gerade im Stadtbezirk Mülheim ein wichtiges Anliegen“ (Koalitionsvertrag, 2004).

Die im folgenden aufgeführten Handlungsfelder beschreiben einige der erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten.

1. Förderung der sozialen Integration im Zusammenhang von Zuwanderung und Heiratsmigration

Angehörige der zweiten Migrationsgeneration türkischer Herkunft entscheiden sich zu ca. 60 % für eine transnationale Ehe, d.h. sie holen ihre Ehepartner/innen aus der Türkei. Ein großer Teil von ihnen bereitet sich auf ein Leben in Deutschland nur wenig oder gar nicht

vor. In Wohnbereichen mit hohem Anteil an Migrantinnen und Migranten bietet das Lebensumfeld für die neuen Bewohner/innen zumeist kaum Kontakte außerhalb ihrer Familie. So organisieren viele Eltern und hier vor allen Dingen die Mütter über Jahre hinaus ihr Familienleben und die Erziehung der Kinder, ohne Kenntnisse in der deutschen Sprache zu erwerben. Um die Isolation aufzubrechen und die Motivation zum Spracherwerb zu stärken, sollten entsprechende Förder- und Unterstützungsangebote entwickelt werden, die die jeweils unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Bedarfe berücksichtigen. Durch das neue Zuwanderergesetz sind für **Neuzugewanderte** Sprach- und Integrationskurse verpflichtend vorgeschrieben und erfüllen damit eine langjährige Forderung von Fachdiensten. Bereits hier lebende Migrantinnen und Migranten werden aber nur zum Teil berücksichtigt, so dass diese Zielgruppe nicht in erforderlichem Maße erreicht wird. Hier besteht erhöhter Handlungsbedarf:

- Sprachförderung, orientiert an lebensweltlichen Konzepten
- Organisation von Kinderbetreuung parallel zu den Sprachkursen
- Intensivierung des Beratungsangebotes für Heiratsmigranten/innen in der Kommunalverwaltung und sozialen Diensten durch interkulturelle Öffnung. Zugangsmöglichkeiten werden so erleichtert und sprachliche Barrieren abgebaut.

2. Förderung der lokalen Ökonomie

Wie ausgeführt, steht die Keupstraße beispielhaft für die Umstrukturierung einer traditionellen deutschen Einkaufsstrasse zu einem türkischen Versorgungszentrum mit Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten, Moscheen und Dienstleistungsangeboten. Türkische Unternehmen sind mit ihrem Einsatz für die Stärkung der lokalen Ökonomie aus vielen Stadtteilen nicht mehr wegzudenken. Aus einer Kölner Untersuchung vom Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln aus 2004 geht hervor, dass wirtschaftliche Initiativen integrative Wirkungen haben. Sie stärken Selbsthilfepotenziale und Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke und tragen zu einer Stabilisierung von Stadtquartieren bei.

Die Entwicklung der Keupstraße von einem sozialen Brennpunkt in den 80er Jahren mit einer hohen Rate von Jugendkriminalität und illegalem Drogenhandel zu einem intakten türkischen Wohngebiet und Versorgungszentrum hat dies eindrucksvoll gezeigt. Projekte und Maßnahmen des Interkulturellen Dienstes Mülheim in den Jahren 1996 – 2000, wie z.B. das Wohnumfeldprojekt, Kulturveranstaltungen „Offene Welten“, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch die Etablierung einer Jugendeinrichtung, um nur einige Projekte zu nennen, haben zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Im Bereich der Berliner Strasse / Von-Sparr-Strasse findet zur Zeit ein ähnlicher Umstrukturierungsprozess statt, der begleitet und gefördert werden sollte. Zu initiieren wären hier etwa Runde Tische, eine Förderung zur Organisation der Geschäftsinhaber/innen,

Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und auch Unternehmensberatung.

3. Förderung der Trägervielfalt, Initiativen und Selbstorganisationen

Migrantinnen und Migranten aus bildungsfernen Schichten leben vor allen Dingen in Siedlungen und Stadtquartieren mit sozialem Wohnungsbaubestand. Hier leisten kleine Träger, Initiativen und Selbsthilfeaktivitäten eine wichtige integrative Arbeit vor Ort. Die Einrichtungen in den Siedlungen sind für die Bewohner/innen gut erreichbar und Angebote und Projekte können von kleinen Einrichtungen meist flexibel und bedarfsorientiert entwickelt werden. Weiterhin ist der prophylaktische Arbeitsansatz unter Umständen kostengünstiger als teure Hilfen zur Erziehung und Heimunterbringungen.

Beispielhaft sind Einrichtungen wie der Buchheimer Treff, die Kölner Selbsthilfe e.V., die Christliche Sozialhilfe e.V. in der Hacketäuer Siedlung, um nur einige zu nennen. Viele kleine Träger kämpfen aufgrund der schwierigen Haushaltslage von Kommune, Land und Bund und Kirchen zur Zeit ums Überleben.

Die Vielfältigkeit der unterschiedlichen Träger, Vereine und Initiativen im Stadtbezirk Mülheim gilt es zu fördern und zu erhalten, da sie nachhaltig die Selbstverantwortlichkeit und Eigeninitiative von Bewohner/innen mit schwierigen Lebensläufen stärken und zur sozialen Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen beitragen.

4. Förderung von Angeboten im Kinder- und Jugendbereich

Die beschriebenen schwierigen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Stadtbezirk Mülheim erfordern weiterhin das Engagement von Politik, Verwaltung und sozialen Diensten. Ihr Anteil an der Mülheimer Bevölkerung wird weiter zunehmen und machen Unterstützungs- und Förderangebote im schulischen und sprachlichen Bereich zwingend notwendig. Dabei ist es wichtig, Eltern mit in die Erziehungsverantwortung einzubeziehen und spezielle Konzepte zu entwickeln, die die Mütter und Väter befähigen, ihre Kinder schulisch und sprachlich zu fördern. Selbstorganisationen, Interkulturelle Zentren und Bildungseinrichtungen der Zuwanderer sollten in die Integrationsarbeit einbezogen werden, da die Mitarbeiter/innen aufgrund ihres sprachlichen und kulturellen Migrationshintergrundes über gute Zugänge zu Eltern und Jugendlichen verfügen.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Förderung von Austausch und Begegnung zwischen Jugendlichen verschiedener Nationalitäten, z.B. zwischen türkischen und russischen Jugendlichen

- Entwicklung von Angeboten zur Förderung von Elternarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen
- Schulische und sprachliche Förderung
- Förderung von Maßnahmen und Angeboten im Übergang Schule / Beruf

4. **Flüchtlinge in Wohnheimen**

Die Befragung der Flüchtlingswohnheime ergab, dass etwa ein Drittel der Heimbewohner/innen minderjährig ist eine bessere Betreuung benötigen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umsetzung der Neuorientierung der Kölner Flüchtlingspolitik, die durch den Rat der Stadt Köln im Juli 2004 beschlossen wurde, stellt zukünftig die Verbesserung der Lebenssituationen von Flüchtlingen und ihrer Familien dar. Eine positive Integration wird durch die eingeführte Schulpflicht für illegal eingereiste Flüchtlinge erreicht.

5. Literatur

- Alisch, Monika/ Dangschat, Jens S. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich
- Alisch, Monika, (1999): Stadtteilmanagement, Opladen: Leske + Budruck
- Auernheimer, Georg (2003): Einleitung. In ders. (Hrsg.): Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 7 – 19. Opladen: Leske + Budrich
- Bade, Klaus J./ Bommers, Michael (2004): Einleitung: Integrationspotentiale in modernen Wohlfahrtsstaaten – der Fall Deutschland. In: dies./ Münz, R. (Hrsg.): Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven, S. 11 – 42. Frankfurt a.M./ New York: Campus
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000): Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2004): Migrationsbericht der Integrationsbeauftragten in Zusammenarbeit mit dem europäischen forum für migrationsstudien (efms) an der Universität Bamberg. Berlin/ Bonn
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Behringer, Luise (1998): Lebensführung als Identitätsarbeit. Der Mensch im Chaos des modernen Alltags. Frankfurt a.M., New York: Campus
- Boos-Nünning, Ursula (2000): Kinder aus Zuwandererfamilien in einer Gesellschaft der Ungleichheit: Armut und Wohnen. In Buchkremer, H./ Bukow, W.-D./ Emmerich, M. (Hrsg.): Die Familie im Spannungsfeld globaler Mobilität. Zur Konstruktion ethnischer Minderheiten im Kontext der Familie, S. 53 – 79. Opladen: Leske + Budrich
- Boos-Nünning, Ursula/ Karakasoglu, Yasemin (2004): Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- Bremer, Peter (2000): Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten. Opladen: Leske + Budrich
- Bremer, Peter/ Gestring, Norbert (2004): Migranten – ausgegrenzt? In: Häußermann, H./ Kronauer, M./ Siebel, W. (Hrsg.): An den Rändern der Städte, S. 258 – 285. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Bukow, Wolf-Dietrich/ Nikodem, Claudia/ Schulze, Erika/ Yildiz, Erol (2001): Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen: Leske + Budrich
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht, Berlin

- Diefenbach, Heike (2002): Bildungsbeteiligung und Berufseinmündung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Ein Forschungsbildung der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP). In: dies./ Renner, G./ Schulte, B.: Migration und die europäische Integration. Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. Materialien zum 11. Kinder- und Jugendbericht Band 5.(Hrsg. von der Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht), S. 9 – 70. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut
- Dietrich, Marius/ Knoche, Heinz/ Tischler, Annette (2004): Gerecht und attraktiv. Die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2004, S. 213 – 215.
- Freie und Hansestadt Hamburg/ Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Amt für Soziales und Rehabilitation – Abteilung Altenhilfe und Pflege und Abteilung Ausländischer Arbeitnehmer und ihre Familien (1998): Älter werden in der Fremde. „Wohn- und Lebenssituation älterer ausländischer Hamburgerinnen und Hamburger“. Hamburg
- Fuchs, Hans-Werner/ Reuter, Lutz R. (2000): Bildungspolitik in Deutschland. Entwicklungen, Probleme, Reformbedarf. Opladen: Leske + Budrich
- Geiger, Ingrid (1998): Altern in der Fremde – zukunftsweisende Herausforderungen für Forschung und Versorgung. In: David, M./ Borde, T./ Kentenich, H. (Hrsg.): Migration und Gesundheit. Zustandsbeschreibung und Zukunftsmodelle, S. 167 – 184. Frankfurt a.M.: Mabuse
- Gomolla, Mechthild (2003): Fördern und Fordern allein genügt nicht! Mechanismen institutioneller Diskriminierung von Migrantenkindern und -jugendlichen im deutschen Schulsystem. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 97 – 112. Opladen: Leske + Budrich
- Gomolla, Mechthild/ Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske + Budrich
- Granato, Mona (2003a): Jugendliche mit Migrationshintergrund – auch in der beruflichen Bildung geringere Chancen? In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 113 – 135. Opladen: Leske + Budrich
- Granato, Mona (2003b): Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Opladen: Leske + Budrich
- Gültekin, Nevâl (2003): Interkulturelle Kompetenz als Standard in der Sozialen Arbeit. In Neue Praxis 1/2003, S. 89 – 98.
- Hanesch, Walter/ Krause, Peter/ Bäcker, Gerhard/ Maschke, Michael/ Otto, Birgit (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-

- Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Handschuck, Sabine/ Schröer, Hubertus (2002): Interkulturelle Orientierung und Öffnung von Organisationen. Strategische Ansätze und Beispiele der Umsetzung. In: Neue Praxis 5/2002, S. 511 - 521
- Hurrelmann, Bettina (2003): Ein erweitertes Konzept von Lesekompetenz und Konsequenzen für die Leseförderung. In Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 177 – 194. Opladen: Leske + Budrich
- Jugendwerk der Deutschen Shell (1997): Jugend´97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Politische Orientierungen. 12. Shell Jugendstudie. Opladen: Leske + Budrich
- Kelek, Necla (2005a): Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Kelek, Necla (2005b): Die Braut als Schnäppchen. Einige deutsch-türkische Familien importieren junge Türkinnen – zwei Geschichten mitten aus Deutschland. In: Die Zeit Nr. 5, 27.01.2005, S. 10
- Keupp, Heiner (2003): Krisen des Aufwachsens als Verlust einbettender Kulturen und der sozialen Ozonschicht. In: Gemeindepsychologie – Rundbrief Nr. 1/03, S. 17 – 33.
- Keupp, Heiner/ Ahbe, Thomas/ Gmür, Wolfgang/ Höfer, Renate/ Mitzscherlich, Beate/ Kraus, Wolfgang/ Straus, Florian (1999): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Kornmann, Reimer (2003): Zur Überrepräsentation ausländischer Kinder und Jugendlicher in „Sonderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 81 – 95. Opladen: Leske + Budrich
- Krummacher, Michael, Waltz, Viktoria (1998): Einwanderer in der Kommune, Klartextverlag Essen
- Lutz, Ronald (2004): Kinder, Kinder ...! Bewältigung familiärer Armut. In Neue Praxis 1/2004, S. 40 – 61.
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW (Hrsg.) (2004): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung. Düsseldorf
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW (Hrsg.) (2003): Landessozialbericht 2003. Menschen in NRW in prekärer Lebenslage. Düsseldorf

- Ratzki, Anne (2003): Skandinavische Bildungssysteme – Schule in Deutschland. Ein provokanter Vergleich. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 23 – 31. Opladen: Leske + Budrich
- Schulze, Erika/ Soja, Eva-Maria (2003): Verschlungene Bildungspfade. Über die Bildungskarrieren von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, S. 197 – 210. Opladen: Leske + Budrich
- Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2003): Kölner statistische Nachrichten: Einwohner in Köln 2002. Köln
- Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2004): Kölner statistische Nachrichten: Bevölkerungsprognose Köln 2025. Köln
- Taylor, Charles (1995): Das Unbehagen an der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Taylor, Charles (1997): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Walther, Andreas/ Stauber, Barbara/ Bolay, Eberhard/ Bois-Reymond, Manuela du/ Morch, Sven/ Machado, José/ Schröer, Andreas (1997): Junge Erwachsene in Europa – Neue Übergänge zwischen Jugend und Erwachsen-Sein. Ein interkultureller Entwurf des europäischen Forschungsnetzwerkes EGRIS. In: Neue Praxis 3/97, S. 244 – 265.
- Zentrum für Türkeistudie (ZfT) (2003): Migrationsbericht 2003 der Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Band 5, Münster/Hamburg/London: Lit Verlag

